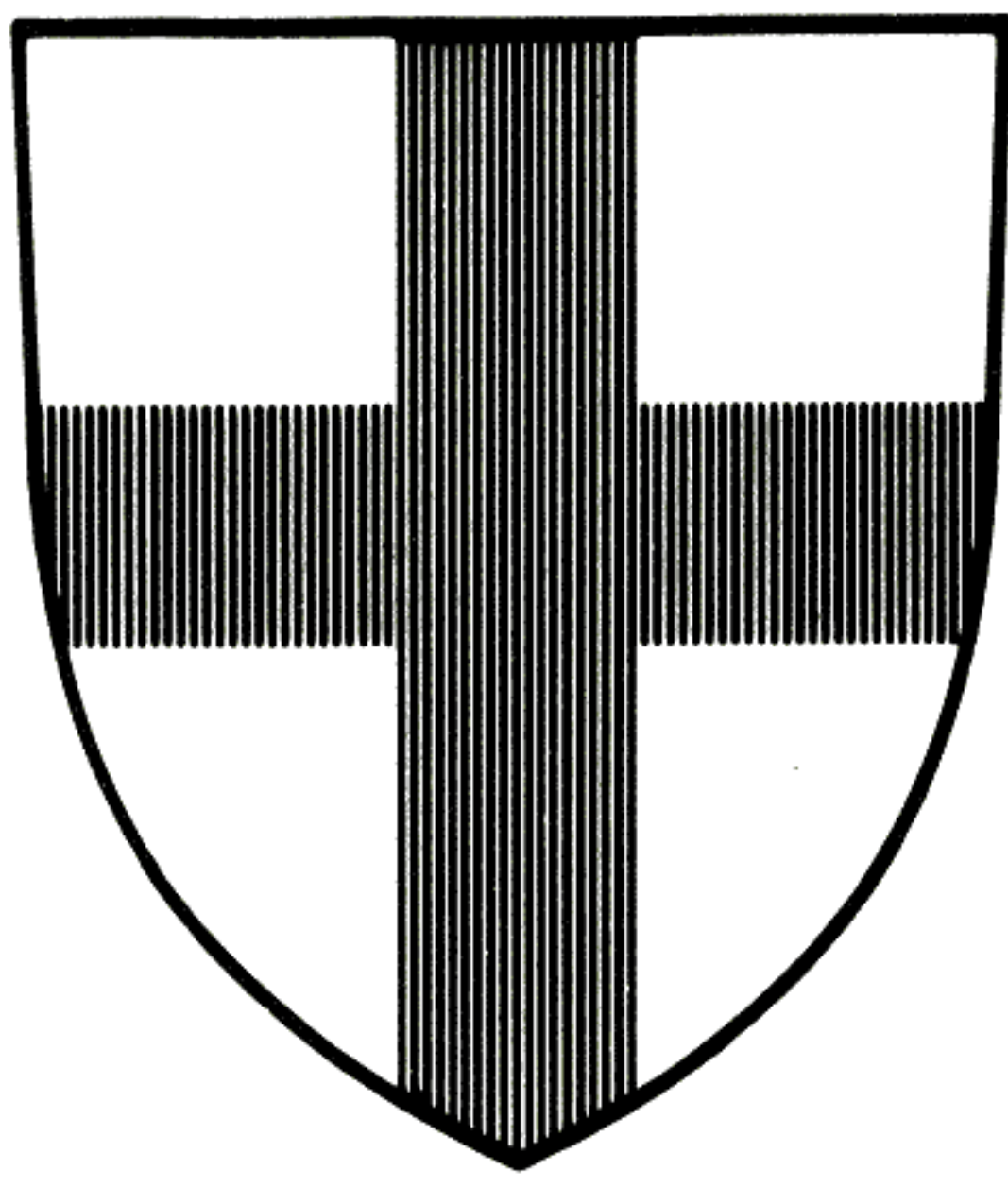




Sonderberichte

des Amtes für Statistik und Einwohnerwesen

Stadt Freiburg im Breisgau

- Wahlen -

1994: Das Jahr wichtiger Wahlentscheidungen

– Vor der Gemeinderatswahl, der Europawahl und der Bundestagswahl –

Vor den Wahlen 1994: Trends, Besonderheiten

Wahlkampf in Freiburg i. Br.

Die Wählerschaft der GRÜNEN

Die Republikaner in Freiburg i. Br.

Politische Partizipation und Wahlverhalten von Frauen

Die Alten – das zukünftige Machtpotential?

Wahlverhalten in städtischen Problembezirken

Sozialstruktur und Wahlverhalten

Politikverdrossenheit?

Mai
1994

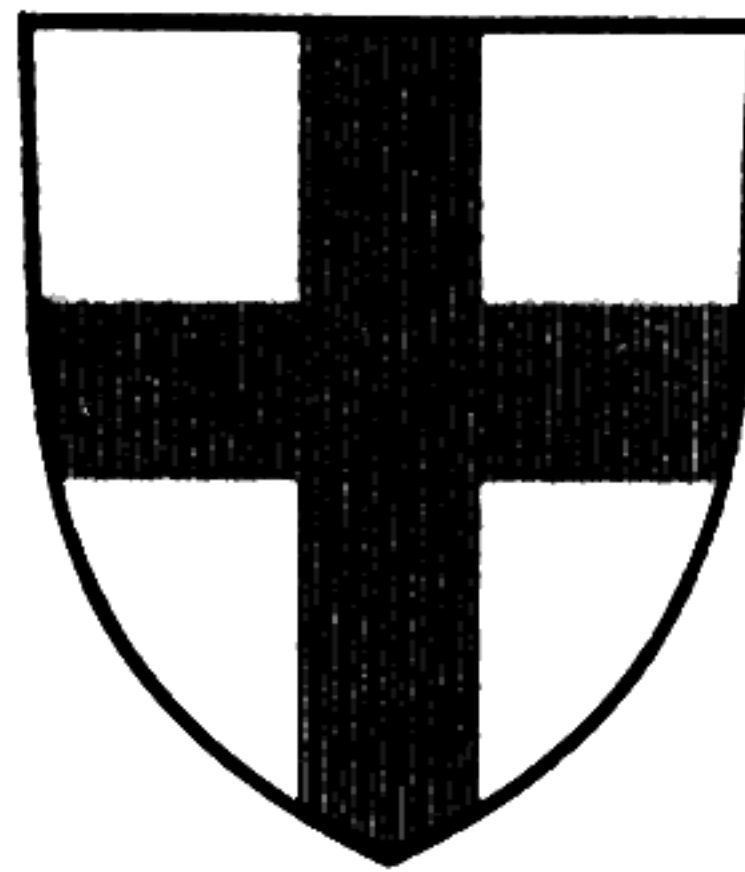
Herausgeber:
Amt für Statistik und Einwohnerwesen der Stadt Freiburg im Breisgau

Meridies

- W a h l e n -

1994: Das Jahr wichtiger Wahlentscheidungen

vor den Kommunalwahlen, der Europawahl und der Bundestagswahl



Mai 1994

INHALT

	Seite
Vorwort	5
Vor den Wahlen des Jahres 1994 von R. Tressel	7
"Wenn Sie uns wählen, werden Sie REICH, BERÜHMT und GLÜCKLICH. EHRENWORT!" Zum Wahlkampf 1994 in Freiburg von P. A. Richter und G. Wenger	18
An den Grenzen des Wachstums? Die Wählerschaft der GRÜNEN vor den Wahlen des Jahres 1994: Das Beispiel Freiburg von J. Schmidt	26
Die Republikaner in Freiburg: Wirklich nur eine Protesterscheinung? von U. Eith und W. Haeusler	32
Freiburg – Musterstädtchen der Emanzipation? Politische Partizipation und Wahlverhalten von Frauen von B. Rosenzweig	39
Die Alten – das zukünftige Machtpotential? von C. Wenkert	46
Wahlverhalten in städtischen Problembezirken. Empirische Befunde und Interpretationen am Beispiel Freiburg im Breisgau von A. Pfeil	54
Sozialstruktur und Wahlverhalten in Freiburg von J. Eicher	60
Politikverdrossenheit? Plädoyer für eine realitätsgerechte Betrachtung der Politik von U. Eith	67
Autorenverzeichnis	75
Anhang: Veröffentlichungen des Amtes für Statistik und Einwohnerwesen seit 1978	

Vorwort

Von März bis Oktober 1994 finden in der Bundesrepublik Deutschland 18 verschiedene Wahlen statt: Kommunalwahlen (9), Landtagswahlen (7), Europawahl und Bundestagswahl. In Freiburg werden die Bürger zu drei Wahlen aufgerufen: Am 12. Juni zur verbundenen Europawahl und Gemeinderatswahl (sowie acht Ortschaftsratswahlen) und am 16. Oktober zur Bundestagswahl.

Diese beeindruckende Zahl von Wahlen wäre allein Anlaß genug, sich eingehend mit Wahlen zu beschäftigen, mit früheren Ergebnissen und mit den neuesten Stimmungen und Trends. Doch nicht nur die Zahl der Wahlen weckt das Interesse, sondern auch die Vorahnung, daß sich am Ende des Wahljahres 1994 die politischen Kräfteverhältnisse in der Bundesrepublik wesentlich anders darstellen könnten als heute.

Das vorliegende Heft versucht im Vorfeld der Wahlen, von verschiedenen Standpunkten aus das Verhalten der Wähler und die Veränderungen in der Parteienlandschaft zu beschreiben und zu erklären. Dadurch sollen zugleich Entwicklungen und Zusammenhänge erkennbar werden, die den Ausgang der kommenden Wahlen mitbeeinflussen. Dieses Heft, das seine Bedeutung vor allem aus dem breiten Spektrum der Themen bekommt, wäre ohne das Fachwissen und das Engagement der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der "Arbeitsgruppe Wahlen" sowie des Seminars für wissenschaftliche Politik der Universität Freiburg – Lehrstuhl Prof. Dr. Oberndörfer – und ihres Koordinators Ulrich Eith nicht zustande gekommen. Die Autorinnen und Autoren des Seminars haben mit ihren Beiträgen die Tradition der engen Zusammenarbeit zwischen Universität und Kommunalstatistik in Freiburg fortgesetzt.

Die Autorinnen und Autoren möchten ihre Beiträge Prof. Dr. Oberndörfer widmen, der in diesem Jahr seinen 65. Geburtstag feiert.

Allen, die durch ihre Initiative und ihre Mitarbeit diesen Beitrag zur kommunalen Wahlforschung in Freiburg unterstützten, gilt mein besonderer Dank.



(Dr. von Hamm)

Direktor

Vor den Wahlen des Jahres 1994

von Rainer Tressel

1. Ausgangslage vor den Wahlen 1994

Alle Betrachtungen zum Wahlgeschehen in der Bundesrepublik in diesem Jahr, mit dem Höhepunkt der Bundestagswahl im Herbst, gipfeln in der Erwartung, daß der Wechsel der Regierung in der Luft liegt und die Parteienlandschaft am Ende des Wahljahres anders aussieht als zu Beginn. Die Forscher und Analytiker stützen sich dabei auf die allgemeine politische Stimmung, auf den Wunsch vieler nach einem Regierungswechsel¹⁾ und auf die seit langem günstigen Stimmungswerte für einen "Kanzler Scharping" für die SPD und die GRÜNEN einerseits und die ungünstigen Werte für Kanzler Kohl, die CDU und die F.D.P. andererseits.²⁾ Außerdem können die Experten auf die Faustregel bauen, daß wirtschaftliche Krisen eher die Opposition als die Regierung begünstigen.

Trotz der Bedeutung dieser gegenwärtigen wirtschaftlichen und politischen Situation muß man sehen, daß die Parteienlandschaft schon seit längerer Zeit in Bewegung geraten ist. Die Wähler präsentieren sich heute anders, und vieles deutet darauf hin, daß sie sich auch anders verhalten als noch vor wenigen Jahren.

Das Ziel dieses Heftes ist es, in verschiedenen Beiträgen die wichtigsten Trends und Entwicklungslinien der letzten Jahre anhand der Freiburger Ergebnisse aufzuzeigen und zu erklären. Die Freiburger Wahlergebnisse sind zwar infolge lokaler struktureller Besonderheiten atypisch und keineswegs identisch mit denen von Land und Bund und doch ist ein gewisser Gleichschritt in der Entwicklung nicht zu übersehen. Im Zentrum der Darstellung sollen die Wahlen stehen, die dieses Jahr in Freiburg stattfinden: die Gemeinderatswahl, die Europawahl und die Bundestagswahl. Der Bundestagswahl kommt dabei aufgrund ihrer Bedeutung und ihrer Aussagefähigkeit für die politische Stimmung und der politischen Kräfteverhältnisse in der Bundesrepublik eine besonders große Rolle zu.

2. Allgemeine Entwicklungstrends, Wende- und Höhepunkte in der Geschichte der Wahlen zum Bundestag

2.1 Die Periode bis 1969

Nachdem bei der ersten Wahl zum Bundestag im Jahre 1949 in den elf Ländern der Westzone noch 16 Parteien und 70 parteilose Kandidaten antraten und man schon die Fortsetzung der Weimarer Verhältnisse befürchtete, erfolgte schon 1953 eine gewisse Stabilisierung. Diese setzte sich in den folgenden Wahlen fort und lief allmählich auf die Etablierung eines Dreiparteiensystems aus CDU, SPD und F.D.P. hinaus, das von 1961 bis 1980 auf Bundesebene Bestand hatte.

¹⁾ Im März waren 57 % im Westen und 73 % im Osten für einen Regierungswechsel. Die Zeit Nr. 11 vom 11. März 1994.

²⁾ Das Politbarometer der Forschungsgruppe Wahlen e. V., Mannheim ermittelte im März 1994 im Westen folgende Stimmungswerte: CDU 30, SPD 48, F.D.P. 4 und GRÜNE 12, im Osten CDU 24, SPD 42, F.D.P. 4, GRÜNE 10.

Dabei entstand auch ein für die Bundesrepublik neuer und dann charakteristischer Parteientyp: Die CDU entwickelte sich schon sehr früh unter der Kanzlerschaft von Adenauer zur Volkspartei, die mit Erfolg Wählergruppen aus allen Lagern anzog. In Freiburg erzielte die CDU 1953 mit 55,2 % ihr bisher bestes Ergebnis, das sich auf Bundesebene erst bei der nächsten Wahl einstellte. Die SPD hingegen, die unter Schumacher zunächst noch traditionelle sozialistische Positionen vertrat, erreichte unter dem Eindruck der wachsenden ideologischen Konfrontation zwischen Ost und West ihren Tiefpunkt. Sie lag in Freiburg bei 23,6 %. Erst gegen Ende der 50er Jahre vermochte sich die SPD allmählich aus einer festgefügtten Minderheitenposition um 30 % zu lösen. Dies geschah durch eine grundsätzliche personelle und programmatische Erneuerung. Mit der Anerkennung der sozialen Marktwirtschaft und der Westintegration wurde die SPD auch für breite Wählerschichten außerhalb der Arbeiterschaft akzeptabel. Die Gewinne der SPD gingen mit Verlusten der CDU einher, so daß die Entwicklung beider Parteien allmählich aufeinander zulief. 1963 ging die Ära Adenauer zu Ende, Bonn erlebte den ersten Kanzlerwechsel, dem im Jahre 1966 der zweite zur großen Koalition folgte. Drei Jahre später vollzog sich der Machtwechsel zur sozialliberalen Koalition. Die SPD wurde 1969 in Freiburg erstmals die stärkste Partei. Die Liberalen, die bis dahin im Bund immer bei rund 10 % lagen, wurden durch ihre Wende von der CDU zur SPD an den Abgrund der Fünfprozentklausel getrieben. In Freiburg erreichte die F.D.P. mit 7,9 % ihr bisher schlechtestes Ergebnis, das allerdings 1983 noch unterboten wurde.

2.2 Die Periode zwischen 1969 und 1982

Die Koalition von SPD und F.D.P. unter der Kanzlerschaft von Brandt und Schmidt hielt bis zum erneuten Partnerwechsel der F.D.P. im Herbst 1982. In dieser Periode ragen zwei Wahlen durch ihre Personalisierung und Polarisierung besonders heraus, die Wahlen von 1972, als Brandt ein Mißtrauensvotum überstand und klar gegen Rainer Barzel siegte, und die von 1980 als Franz-Josef Strauß gegen Helmut Schmidt antrat und es zu einer starken Emotionalisierung des Wahlkampfes kam. Während sich die Wähler 1972 für Willi Brandt mobilisieren ließen, gingen sie 1980 vor allem an die Wahlurne, um Strauß zu verhindern. Die Stimmung war 1980 durchaus günstig für die Konservativen, nicht aber für Strauß, so daß seine Kandidatur die SPD nochmals vor der Oppositionsbank rettete.

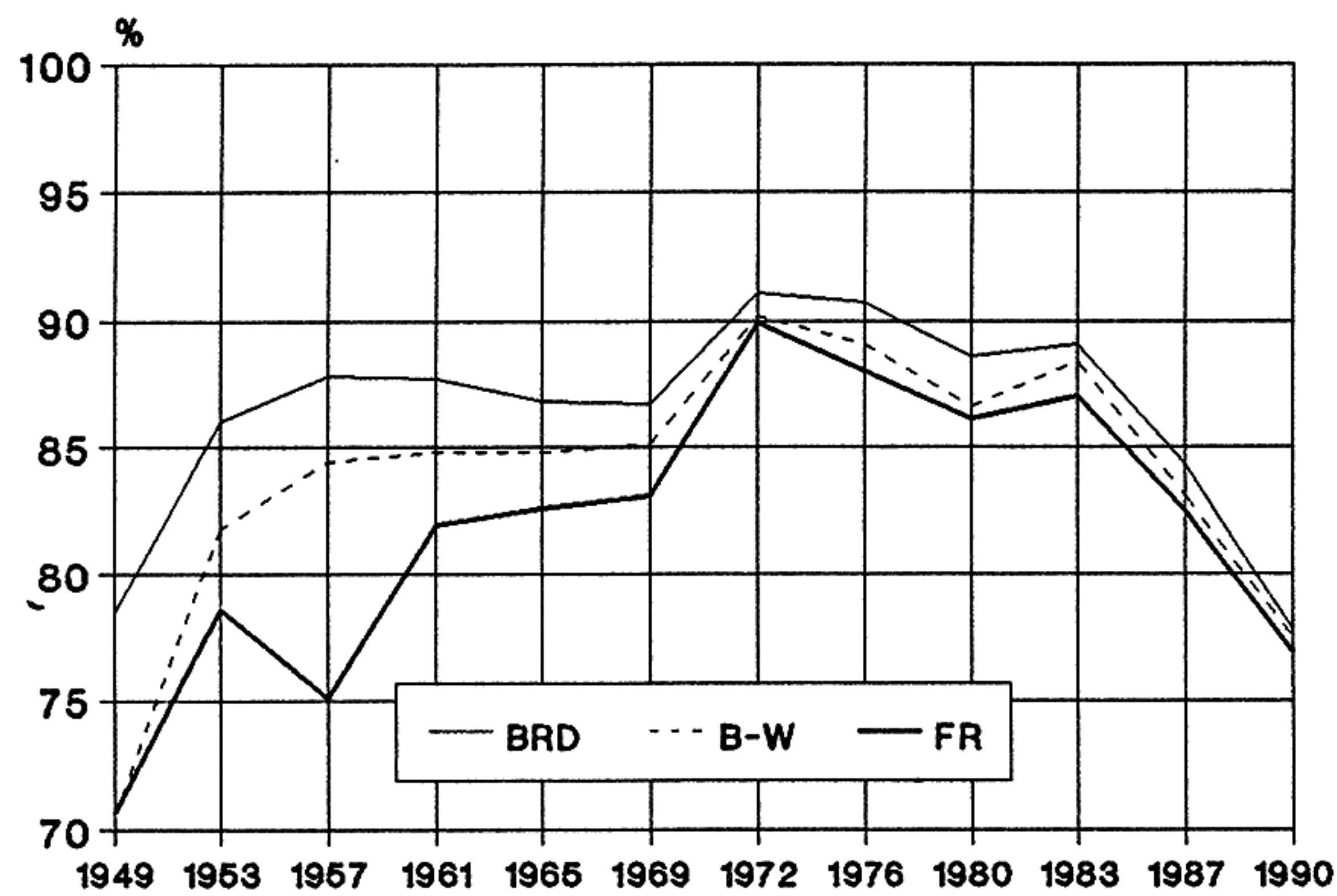
2.3 Die Zeit nach dem Regierungswechsel 1983

1983 bestätigte der Wähler die neue Koalition zwischen CDU und F.D.P. Dabei profitierte die CDU in besonderem Maße, während die F.D.P. durch den Wechsel erneut starke Einbußen hinnehmen mußte. Mit dem Jahr 1983 endete zugleich die Periode stetiger Konzentration der Wähler auf die drei Parteien CDU, SPD und F.D.P. Die GRÜNEN konnten 1983 erstmals auf Bundesebene die Fünfprozentklausel überspringen. Seither haben sie sich trotz des Rückschlags bei der Bundestagswahl 1990 als vierte Partei fest etabliert. Freiburg ist seit Beginn eine ihrer absoluten Hochburgen in der Bundesrepublik. Die Existenz der GRÜNEN schwächt seither die Sozialdemokraten, da viele Wähler der Umweltpartei, insbesondere jüngere, sonst wohl zur SPD neigen würden.

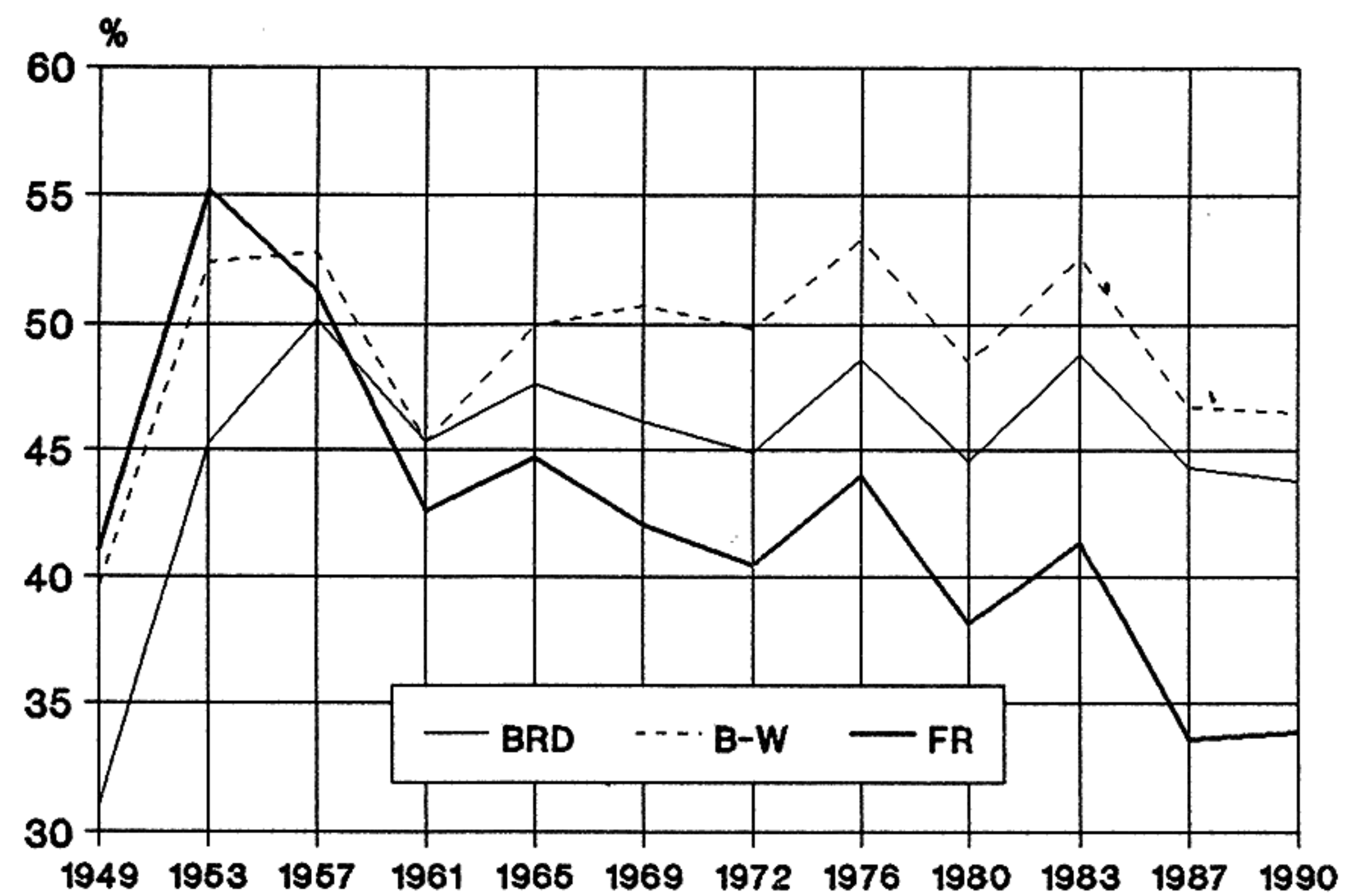
Nach einigen Erfolgen der GRÜNEN schienen sich zwei feste Blöcke, die CDU/F.D.P. einerseits und die SPD/GRÜNE andererseits, zu etablieren. Doch die Stabilität dieser Konstellation dauerte nicht lange und gegen Ende der 80er Jahre hatten neue Parteien am rechten Rand Erfolg, diesmal eher zu Lasten der CDU. Die beiden großen Volksparteien schrumpften in den 80er Jahren, und nur der hohe

Wahlbeteiligung und Stimmenanteile der Parteien (Zweitstimmen) bei den Bundestagswahlen in Freiburg i. Br., Baden-Württemberg und in der Bundesrepublik Deutschland seit 1949

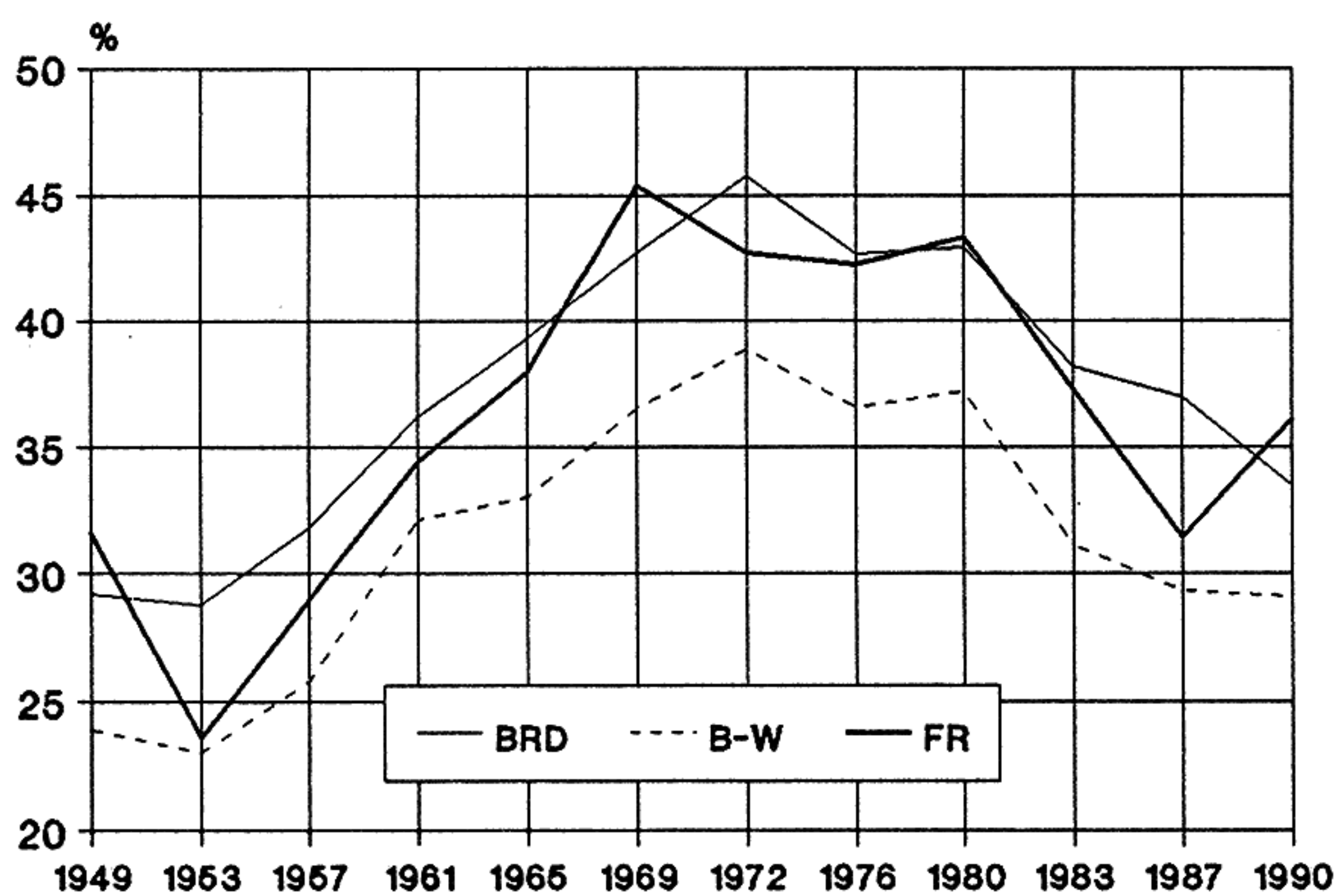
Wahlbeteiligung



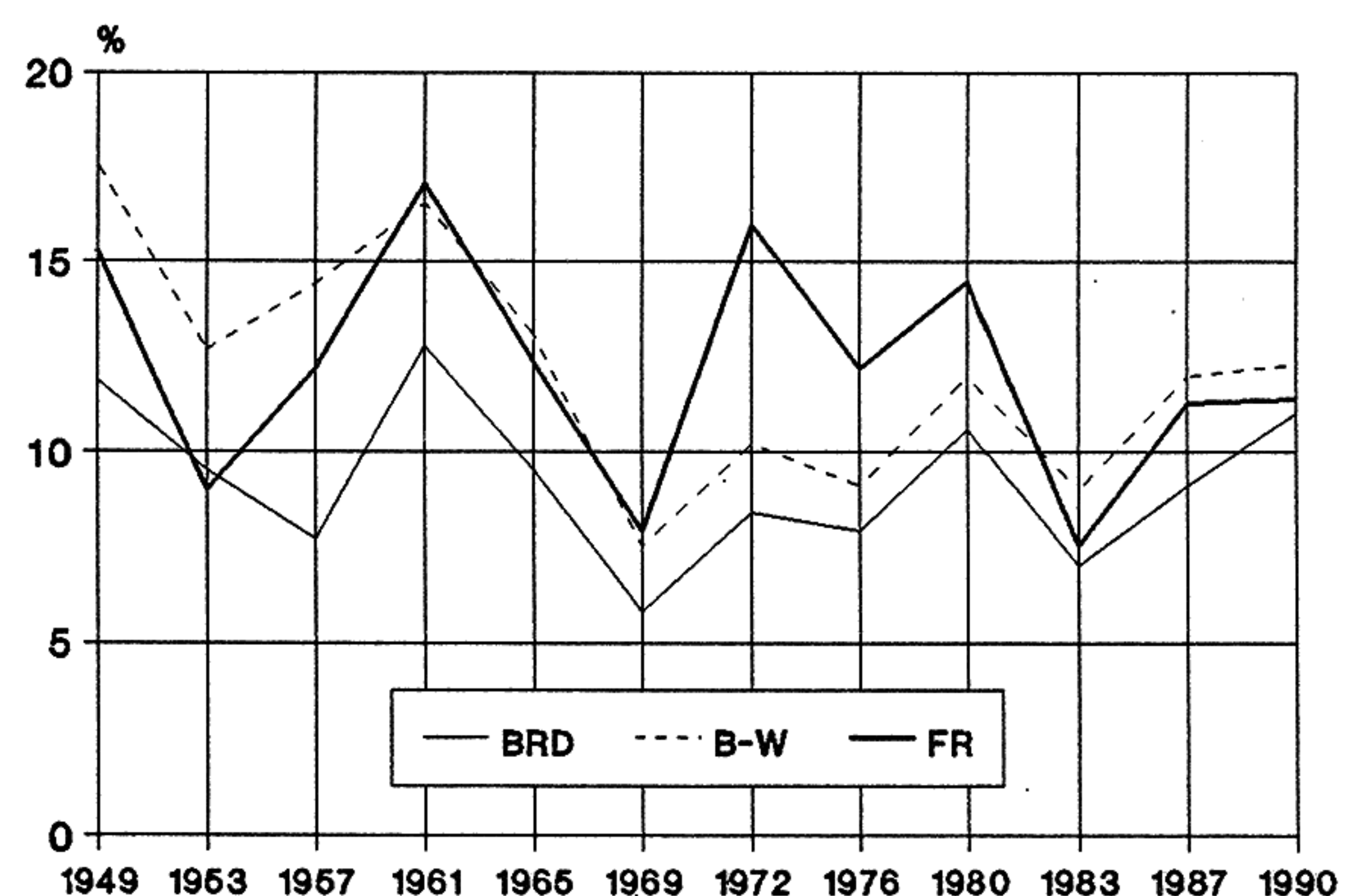
CDU



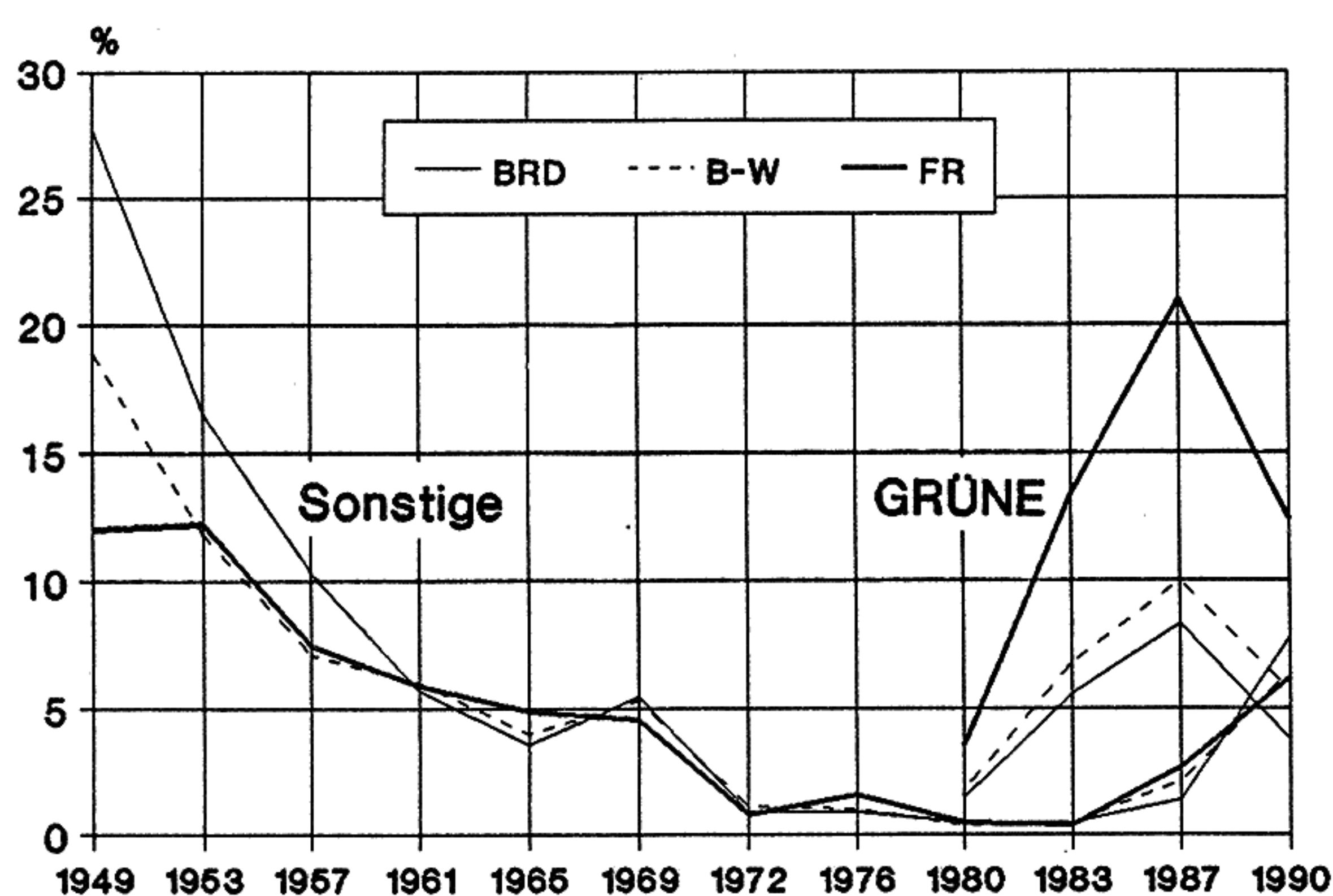
SPD



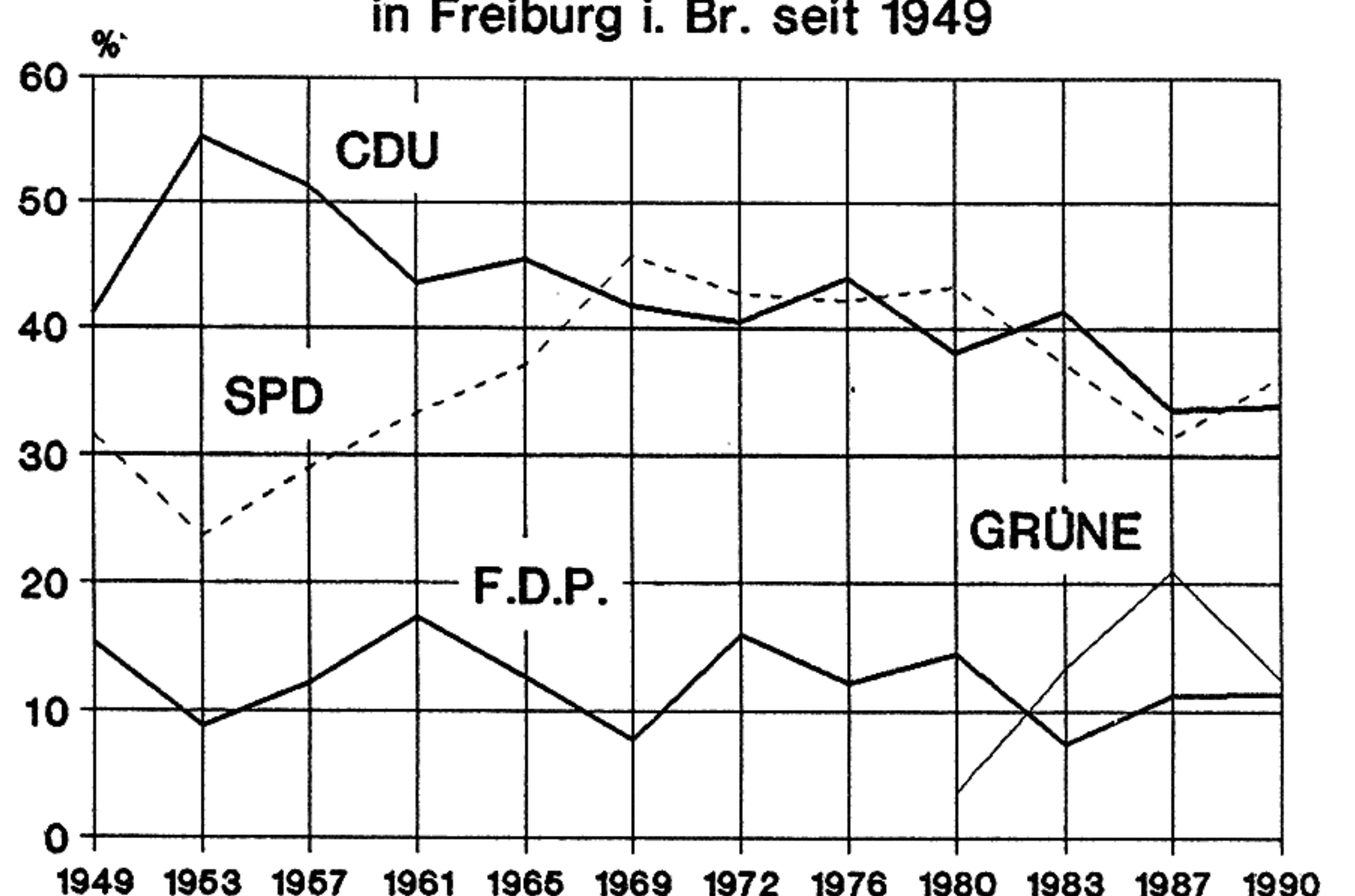
F.D.P.



GRÜNE/Sonstige



Stimmenanteile der Parteien in Freiburg i. Br. seit 1949



Sympathiewert, den der Kanzler und die CDU durch den Prozeß der Wiedervereinigung erreichten, verhalfen der Regierungskoalition von CDU und F.D.P. bei der Bundestagswahl 1990 zu einem guten Ergebnis.

Während die Wahl 1990 ein Plebiszit für die Einheit war, getragen von Anerkennung für den Kanzler und der Hoffnung auf eine bessere Zukunft, steht die Bundestagswahl 1994 im Zeichen der Ernüchterung über die eher enttäuschende Wirklichkeit nach der Vereinigung.

Bundestagswahlen in Freiburg i. Br. 1949 - 1990 (in %)

	1949	1953	1957	1961	1965	1969	1972	1976	1980	1983	1987	1990
Wahlbeteiligung	70,7	78,6	75,1	82,0	82,6	83,1	89,9	88,0	86,1	87,0	82,5	76,9
CDU	41,1	55,2	51,3	42,6	44,7	42,1	40,5	44,0	38,1	41,4	33,6	33,9
SPD	31,6	23,6	29,0	34,4	38,0	45,4	42,7	42,2	43,3	37,3	31,4	36,1
FDP	15,3	9,0	12,2	17,1	12,4	7,9	16,0	12,2	14,5	7,5	11,3	11,4
GRÜNE									3,6	13,4	21,0	12,4
Sonstige	12,0	12,2	7,5	5,9	4,9	4,6	0,8	1,6	0,5	0,4	2,7	6,2
darunter REP												1,9
"Bonner Parteien" CDU + SPD + FDP	88,0	87,8	92,5	94,1	95,1	95,4	99,2	98,4	95,9	86,2	76,3	81,4

3. Gemeinderats- und Europawahlen in Freiburg

Jeder Wahltyp hat seine eigene Gesetzlichkeit. Man kann daher nicht unbedingt von einer Wahl auf die andere schließen. Es gibt zwar deutliche Übereinstimmungen in den allgemeinen Trends, nicht aber in den einzelnen Stimmenergebnissen der Parteien. Die Unterschiede lassen sich zum Teil erklären durch

- die unterschiedlich hohe Wahlbeteiligung,
- die unterschiedlich ausgeprägte Neigung des Wählers zum Parteienwechsel,
- das unterschiedlich breit gefächerte Angebot von Parteien und Wählergemeinschaften, das zur Wahl steht, und
- den lokalen Bezug von Gemeinderatswahlen mit ihrem spezifischen Wahlsystem, das durch die Möglichkeit zum Kumulieren und Panaschieren ortsbekannten Persönlichkeiten und Gruppierungen beträchtliche Chancen einräumt.

Gemeinderats- und Europawahlen gelten als Nebenwahlen. Sie werden im allgemeinen im Vergleich zur Bundestagswahl als eher zweitrangig angesehen. Hier sind die Wahlberechtigten und Wähler offener und wechselbereiter. Sie folgen stärker als bei Bundestagswahlen momentanen Stimmungen. Dadurch haben auch neue und nichtetablierte Parteien ihre Chancen. Das hat zur Folge, daß bei Bundestagswahlen der Anteil der Stimmen für die Altparteien CDU, SPD und F.D.P. höher liegt als bei den Gemeinderats- und Europawahlen. Die Bonner Parteien schneiden im allgemeinen bei Gemeinderats-

wahlen am schwächsten ab, da der starke lokale Bezug sehr viele Stimmen auf Wählergemeinschaften und andere lokale Gruppierungen und Persönlichkeiten umleitet. Umgekehrt gilt: Bei Gemeinderats- und Europawahlen ist der Stimmenanteil kleiner Parteien höher als bei Bundestagswahlen.

Durch die stärkere Öffnung und größere Experimentierfreudigkeit bei den Nebenwahlen sind neue Trends im Wählerverhalten und in der Parteienkonstellation bei Gemeinderats- und Europawahlen häufig früher und deutlicher erkennbar als bei Bundestagswahlen.

Sieht man sich die lange Reihe der Ergebnisse der Gemeinderatswahlen in Freiburg an, so erkennt man einen ähnlichen Verlauf wie bei den Bundestagswahlen.

- Die CDU liegt in den 50er Jahren deutlich vor der SPD. Der Annäherungsprozeß zwischen beiden verläuft allerdings wesentlich schneller als bei der Bundestagswahl. Schon 1962 liegt die SPD mit 36 % vor der CDU (32,9 %).
- Die nächsten vier Wahlen bis 1975 sind durch wechselnde Mehrheiten gekennzeichnet. Beide Parteien können zusammen bis zum Jahr 1975 ihre Position Zug um Zug verbessern, vornehmlich zu Lasten der Freien Wähler und der nicht parteigebundenen Kandidaten. Der Konzentrationsprozeß des nationalen Parteiensystems setzt sich damit auch im kommunalen Bereich fort.
- Das Jahr 1975 kann als Wendepunkt angesehen werden. Die CDU erreicht bei dieser Wahl mit 42,1 % in Freiburg ihr bisher bestes Kommunalwahlergebnis. Die SPD rangiert mit 32,5 % deutlich abgeschlagen auf dem zweiten Rang; eine Position, die sie seither nicht mehr verbessern konnte. F.D.P. und Freie Wähler erreichen jeweils 10,3 %.
- Ab 1975 beginnt der stetige Abstieg der großen Parteien. Er verläuft bei der SPD heftiger und rascher als bei der CDU. Dies hängt unmittelbar mit den Erfolgen der GRÜNEN zusammen, die aus dem Stand heraus bei der Gemeinderatswahl 1980 8,4 % erreichten und seither bis auf 20 % (1989) hochkletterten.
- Die CDU kam durch die GRÜNEN weniger in Bedrängnis. Außerdem verhalf ihr 1980 die Auseinandersetzung um die Hausbesetzungen und das Klima starker politisch-ideologischer Polarisierung nochmals zu einem beachtlichen Ergebnis. Seither blieb sie von dem bundesweiten Erosionsprozeß des traditionellen westdeutschen Parteiensystems nicht verschont. Sie verlor seither viele Wähler, wobei nur ein Teil von ihnen zu den Republikanern und der konservativen umweltschutzorientierten ÖDP abwanderte.

Die Bonner Altparteien, die 1971 noch 87,4 % aller Stimmen auf sich vereinigten, konnten 1989 nur noch einen Anteil von 59,3 % erreichen.

Gemeinderatswahlen in Freiburg i. Br. 1953 - 1989 (in %)

	1953	1956	1959	1962	1965	1968	1971	1975	1980	1984	1989
Wahlbeteiligung	55,7	49,9	52,2	51,5	52,3	52,2	52,1	59,8	57,4	56,2	57,6
CDU	37,8	40,2	39,8	32,9	36,8	39,3	38,3	42,1	40,4	36,2	26,8
SPD	19,8	28,7	27,8	36,0	37,7	31,1	41,3	32,5	27,5	26,8	25,6
FDP	8,8	a	a	5,7	5,9	7,1	7,8	10,3	10,4	6,2	6,9
Freie Wähler	18,4	a	a	9,3	15,6	19,3	12,8	10,3	8,8	7,8	7,6
Frbg. Block		13,7	12,8								
FWG		15,7	14,4	11,0	b						
GRÜNE									8,4	17,5	20,0
Bunte									2,4	1,1	
Linke								c 1,3	c 0,9	2,0	d 3,6
ÖDP											2,8
Republikaner											6,2
LD											0,6
"Bonner Parteien" CDU + SPD + FDP	64,4	68,9	67,6	74,6	80,4	77,5	87,4	84,9	78,3	69,2	59,3

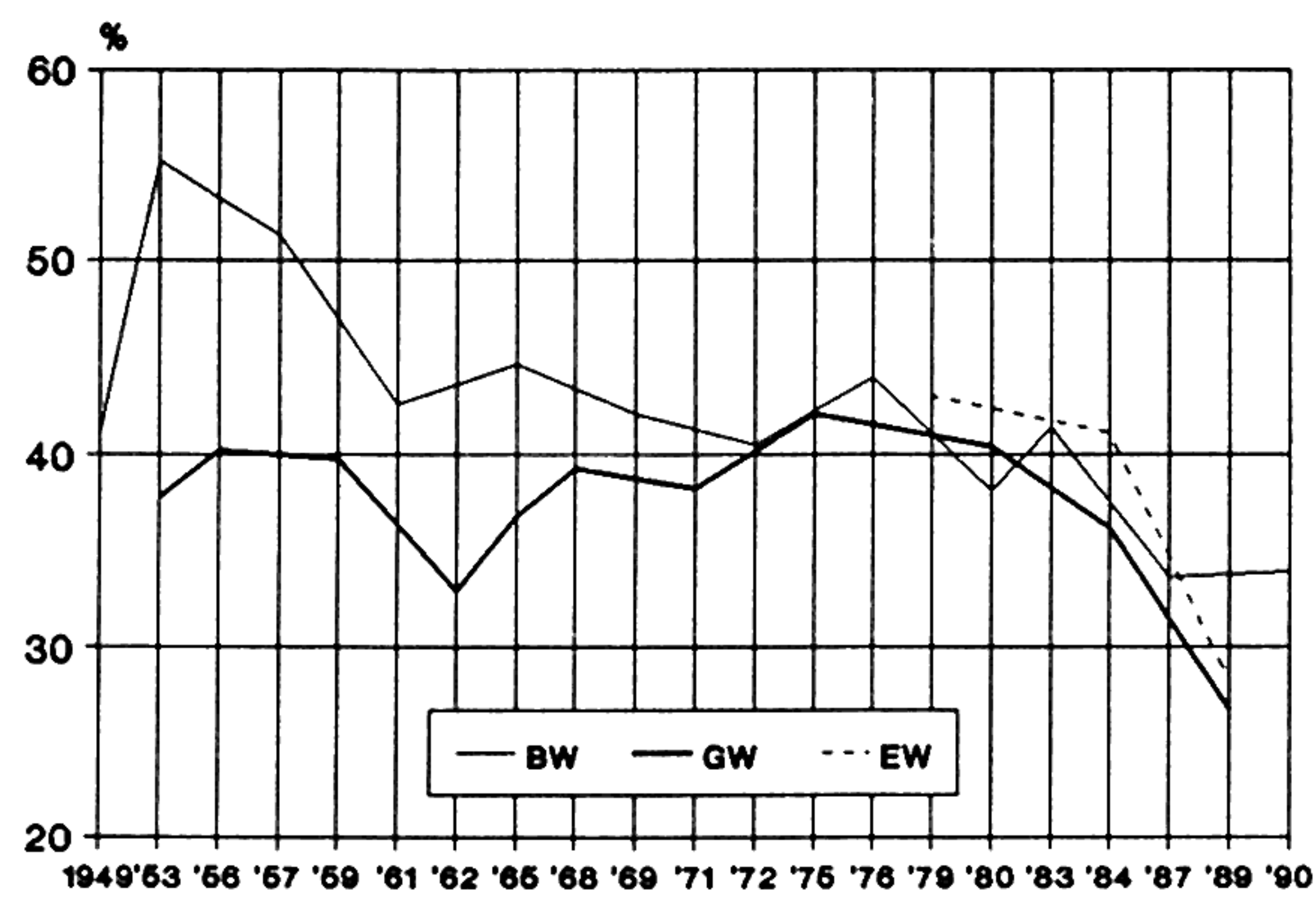
a: 1956, 1959: FDP + Freie Wähler = Frbg. Block
b: mit den Freien Wählern vereinigt
c: DKP
d: Linke Liste / Friedensliste
FWG: Freiburger Wählergemeinschaft
Bonner Parteien: Kumulierte Anteile der CDU, SPD und FDP

Europawahlen in Freiburg i. Br. 1979, 1984 und 1989 (in %)

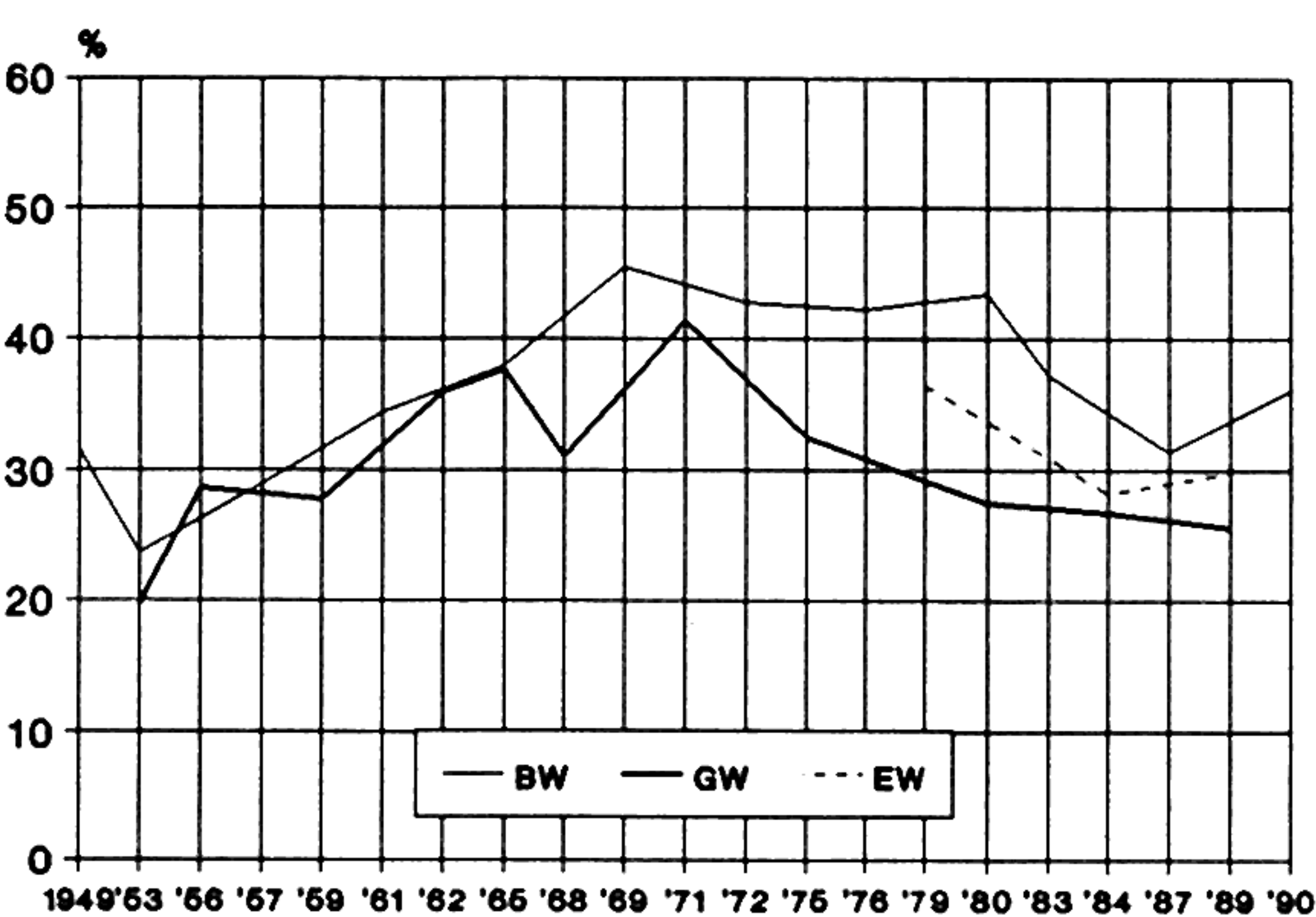
	1979	1984	1989
Wahlbeteiligung	60,9	49,1	59,4
CDU	43,0	41,1	28,3
SPD	36,4	28,2	29,8
FDP	9,3	5,9	7,2
Grüne	10,3	18,6	22,2
Sonstige	1,0	6,2	12,5
darunter REP			5,9
"Bonner Parteien" CDU + SPD + FDP	88,7	75,2	65,3

Stimmenanteile der Parteien bei den Bundestags-, Gemeinderats- und Europawahlen
in Freiburg i. Br. seit 1949 (in %)

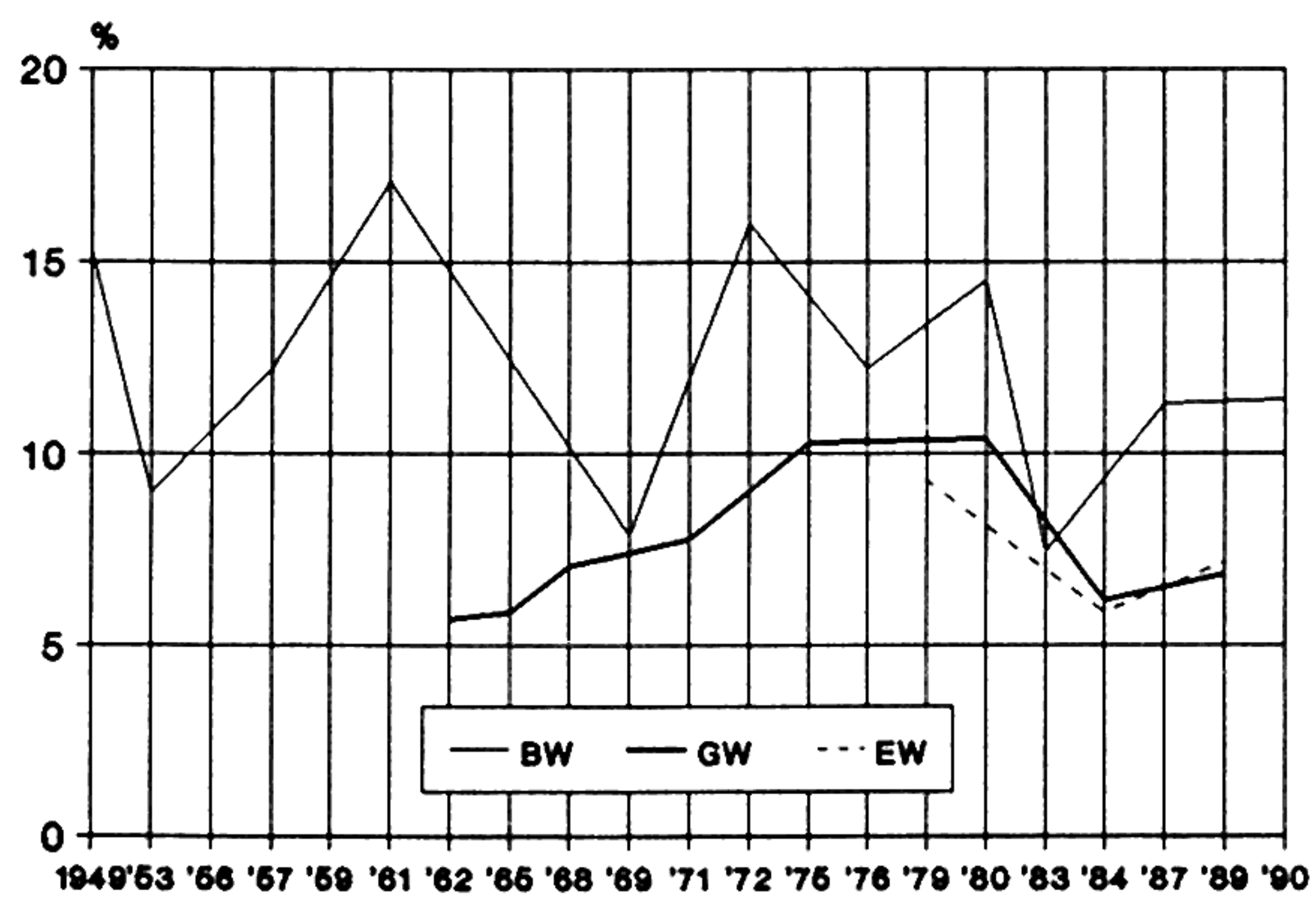
CDU



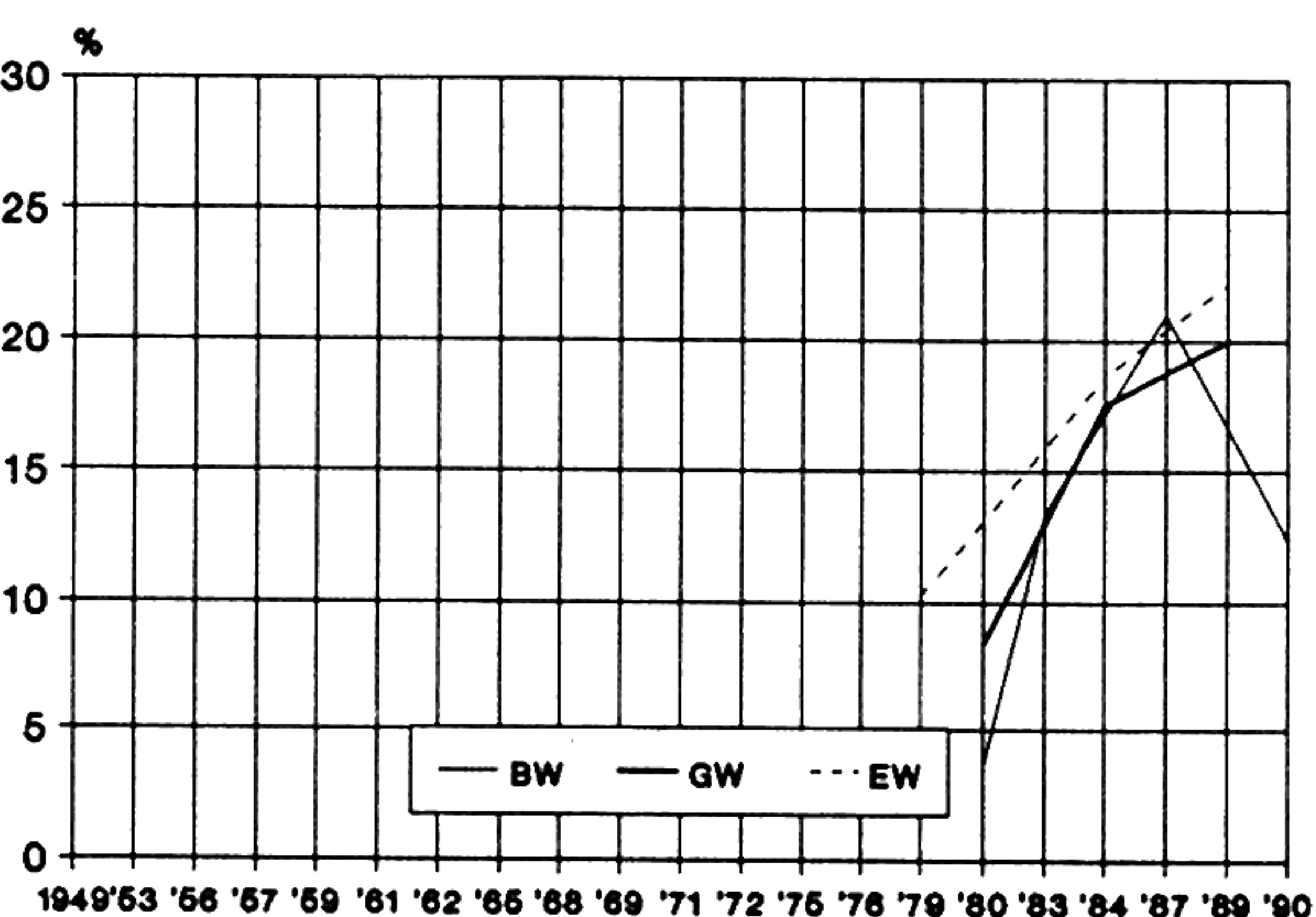
SPD



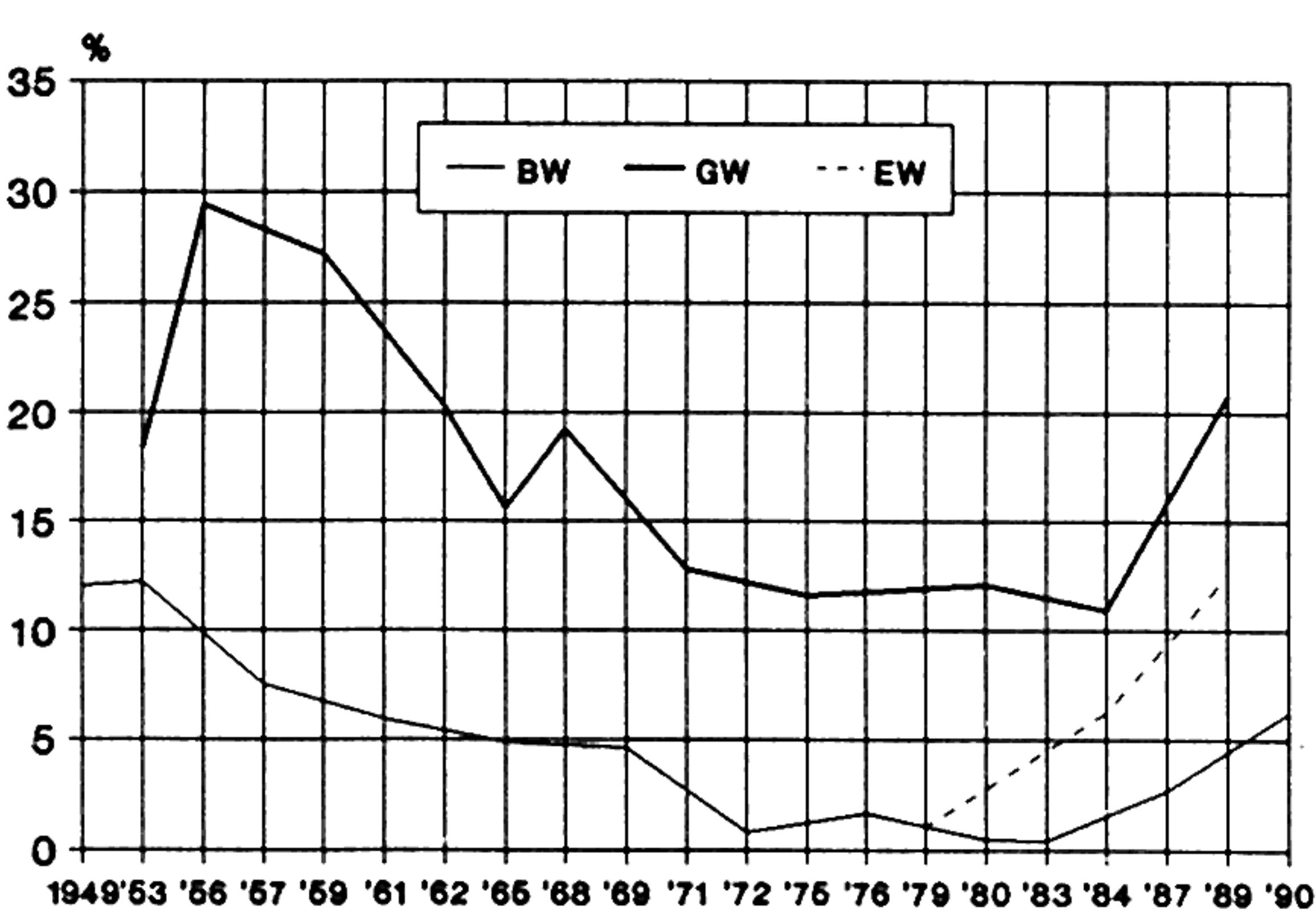
FDP



GRÜNE



Sonstige



4. Aktuelle Tendenzen bei Wahlen und ihre Ursachen

Wie die Analyse der Wahlergebnisse verdeutlicht, haben sich vor allem in den letzten Jahren größere Veränderungen vollzogen. Das bisher festgefügte Parteiengefüge mit dem überragenden Gewicht der beiden Volksparteien ist einer zunehmenden Erosion ausgesetzt. Die Großen verlieren an Bindungskraft. Die Aufsplitterung der Parteienlandschaft wächst. Am rechten Rand des Spektrums entstanden neue Parteien, die bei einigen Wahlen erstaunliche Erfolge erzielen konnten. Die Wahlbeteiligung nimmt stetig ab, und die Zahl der Wechselwähler steigt. Diese Phänomene sind nicht auf die Bundesrepublik beschränkt, sondern sie treten in mehr oder weniger ausgeprägter Form auch in den anderen Ländern Westeuropas auf. Wie ist dies zu erklären? Welche Veränderungen im Verhalten stecken dahinter?

4.1 Die nachlassende Bindungskraft der beiden großen Volksparteien CDU und SPD

Die beiden großen Parteien können immer weniger Wahlberechtigte und Wähler an sich binden. Besonders auffällig wird dies bei Regionalwahlen und Europawahlen. Der Wähler ist in zunehmendem Maße bereit, Gewohnheiten und gefühlsmäßige Bindungen an eine bestimmte Partei aufzugeben und sich für eine andere als der gewohnten zu entscheiden. Häufig steckt hinter dem Wechsel der Parteipräferenz der Wunsch, Ärger und Enttäuschung über Bonner Politiker und Parteien loszuwerden und den Etablierten einen Denkmalsstein zu verpassen. Profitierten bis Anfang der 80er Jahre von diesem Protestverhalten in erster Linie jene Parteien, die in Bonn in der Opposition waren, so hat sich dies mittlerweile geändert. Gewinner sind heute überwiegend die kleinen neuen Parteien, insbesondere jene am rechten Rand.

Anteile (in %) von CDU und SPD (kumuliert) bei Bundestags-, Gemeinderats- und Europawahlen in Freiburg i. Br.

Bundestagswahl	1949	1953	1957	1961	1965	1969	1972	1976	1980	1983	1987	1990
	72,7	78,8	80,3	77,0	82,7	87,5	83,2	82,2	81,4	78,7	65,0	70,0
Gemeinderatswahl	1953	1956	1959	1962	1965	1968	1971	1975	1980	1984	1989	
	57,6	68,9	67,6	68,9	74,5	70,4	79,6	74,6	67,9	63,0	52,4	
Europawahl									1979	1984	1989	
									79,4	69,3	58,1	

Die Abkehr von der CDU und der SPD fällt jüngeren Wählern viel leichter als älteren. Jüngere sind viel weniger an die alten Parteien gebunden. Dies liegt nicht nur daran, daß sich Jüngere leichter von Traditionen und Gewohnheiten lösen können, sondern auch daran, daß Jüngere in der Phase ihrer politischen Sozialisation, in der sich Präferenzen und Bindungen ausprägen, eine differenziertere, offenere und sich stärker wandelnde Parteienlandschaft kennenlernten. Die älteren Wähler repräsentieren daher viel stärker als die jüngeren das 2 1/2-Parteiensystem der 70er Jahre .

Die Entscheidung verschiedener Altersgruppen für die CDU und SPD (kumuliert) bei den Bundestagswahlen 1976 und 1990 und der Europawahl 1989 in Freiburg i. Br. (in %)

	18 – 24 Jahre	25 – 34 Jahre	60 Jahre u. m.
BW '76	83,0	82,3	90,0
BW '90	61,7	58,8	81,4
EW '89	45,9	37,5	75,7

Bei der Erklärung dieser europaweiten Phänomene und der Entwicklungstendenzen im Wählerverhalten ist man auf Spekulationen angewiesen. Man kennt zwar die Einflußfaktoren, weiß aber nicht, wie stark sie im einzelnen beteiligt sind. Besonders erklärungsstark erscheinen folgende Thesen:

- a) Die traditionellen Milieus und Subkulturen, die eine lebenslange und oft über Generationen dauernde Bindung an eine bestimmte Partei förderten, verlieren an Integrationskraft und Stärke. Das gilt sowohl für das Arbeiter- und Gewerkschaftsmilieu als auch für das katholische Milieu, die lange Zeit das sozialstrukturelle Fundament der SPD und der CDU bildeten. Diese Veränderung ist Teil eines allgemeinen Prozesses, in dessen Verlauf insgesamt die Kraft von Traditionen und Gruppenbindungen und festen Loyalitäten verlorenggeht. Man nennt dies den Prozeß der Individualisierung. Als Wähler wird der Bürger dadurch freier, ungebundener und wechselbereiter, aber es steigen dabei auch Unberechenbarkeit und Instabilität in der Wählerschaft an.
- b) Mit dieser Lockerung von Bindungen, die auch eine Folge von Wohlstand und hoher formaler Bildung ist, geht eine wachsende Anspruchshaltung einher. Der Bürger erwartet und fordert viel, insbesondere auch von der Politik und den Politikern. Gleichzeitig haben sich die Probleme mit dem Fall der Mauer und dem Zusammenbruch des Sozialismus eher verschärft. Für die großen Probleme wie Zuwanderung, steigende Kriminalität, Massenarbeitslosigkeit, Rechtsradikalismus, Wohnungsnot etc. gibt es keine schnellen Lösungen, so daß der Eindruck entstehen muß, die Politik versage. Der Bürger reagiert darauf bei Wahlen häufig durch Wahlenthaltung oder durch die Stimmabgabe für die Rechtsparteien.
- c) Mit dem Zusammenbruch des Sozialismus in Osteuropa gehört die bipolare Welt, die lange Zeit unser Denken und unsere Politik bestimmten, der Vergangenheit an. Die unmittelbare physische Bedrohung und die ideologische Konfrontation zwischen Ost und West sind verschwunden. Dies wirkt sich auch auf die innenpolitische Frontstellung aus.

4.2 Die Aufsplitterung der Parteienlandschaft

Die nachlassende Parteienbindung und die Zunahme der Wechselwähler ist die Chance von neuen Parteien. Dies gilt vor allem für die eher als zweitrangig geltenden Gemeinderats- und Europawahlen. Diese Wahlen werden deshalb von den Parteien häufig als willkommenes Experimentierfeld genutzt, auf dem sie ihre Chancen testen und für weitere Wahlen verbessern können. Der Erfolg kann Mut machen und eine Sogwirkung entfalten, welche die Parteien auch bei Landtags- oder gar Bundestagswahlen über die 5 %-Hürde trägt. Die GRÜNEN haben so ihren Aufstieg geschafft, und auch die

Republikaner hoffen auf einen ähnlichen Erfolg, wenngleich bei ihnen die Schwankungen bisher groß sind. Sie sind in ihrem Erfolg stark von dem momentanen Protestpotential abhängig. Sie profitierten bisher hauptsächlich davon, daß die Menschen angesichts der vielen Probleme und rasanten Veränderungen Angst haben und sich zugleich von den Politikern im Stich gelassen fühlen.

Seit der letzten Wahl in Hamburg, bei der die Statt-Partei über 5 % erreichte und ins Parlament einzog, haben auch neue Wählergruppen und Parteien in der Mitte verstärkt Auftrieb. Diese Parteien bauen in erster Linie auf gebildete, erfolgreiche und ökonomisch gesicherte Mittelschichtwähler, die sich von den Großparteien abwenden, denen sie Machtbesessenheit, Unfähigkeit und undemokratisches Verhalten vorwerfen. Diese Gruppierungen zielen auf das Wählerpotential der F.D.P., aber auch von CDU und SPD. Ob diese neuen Parteien der Mitte Erfolg haben, bleibt abzuwarten. Trotzdem können sie für die F.D.P. durchaus existenzbedrohend werden, deren liberales Profil ohnehin immer weniger erkennbar ist und die als Partei mittlerweile für viele als entbehrlich gilt.

Mit den Erfolgen der kleinen Parteien wächst der Nachahmungseffekt, so daß vor allem bei den nachgeordneten Wahlen, wie z. B. der Gemeinderats- und Europawahl, immer mehr Parteien und Gruppierungen um die Stimmen der Wähler konkurrieren.

Zahl der Parteien und Wählergemeinschaften bei Wahlen in Freiburg i. Br. seit 1980

Wahlen	LW 80	GW 80	BW 80	BW 83	LW 84	EW 84	GW 84	BW 87	LW 88	EW 89	GW 89	BW 90	LW 92
Zahl der Parteien u. Wählergem.	6	9	9	8	8	12	11	11	9	21	9	12	8

4.3 Die nachlassende Wahlbeteiligung

Die Abwanderung von den großen etablierten Parteien und die Stärkung der kleinen Parteien, insbesondere jener, die als Auffangbecken der Unzufriedenen gelten, ist begleitet vom Nachlassen der Wahlbeteiligung. Der Verzicht, zur Wahl zu gehen, entspringt keineswegs der negativen Einstellung gegenüber dem Sinn des Wählens oder einem nachlassenden Interesse für Politik. Der wachsende Verzicht, von seinem Wahlrecht Gebrauch zu machen, ist zu einem Großteil Ausdruck von Verdrossenheit und Unmut über Parteien und Politiker und Ausdruck eines nachlassenden Pflichtgefühls, zur Wahl gehen zu müssen. Insbesondere Jüngere fühlen sich durch diese Normen kaum mehr angesprochen und zur Stimmabgabe gezwungen.

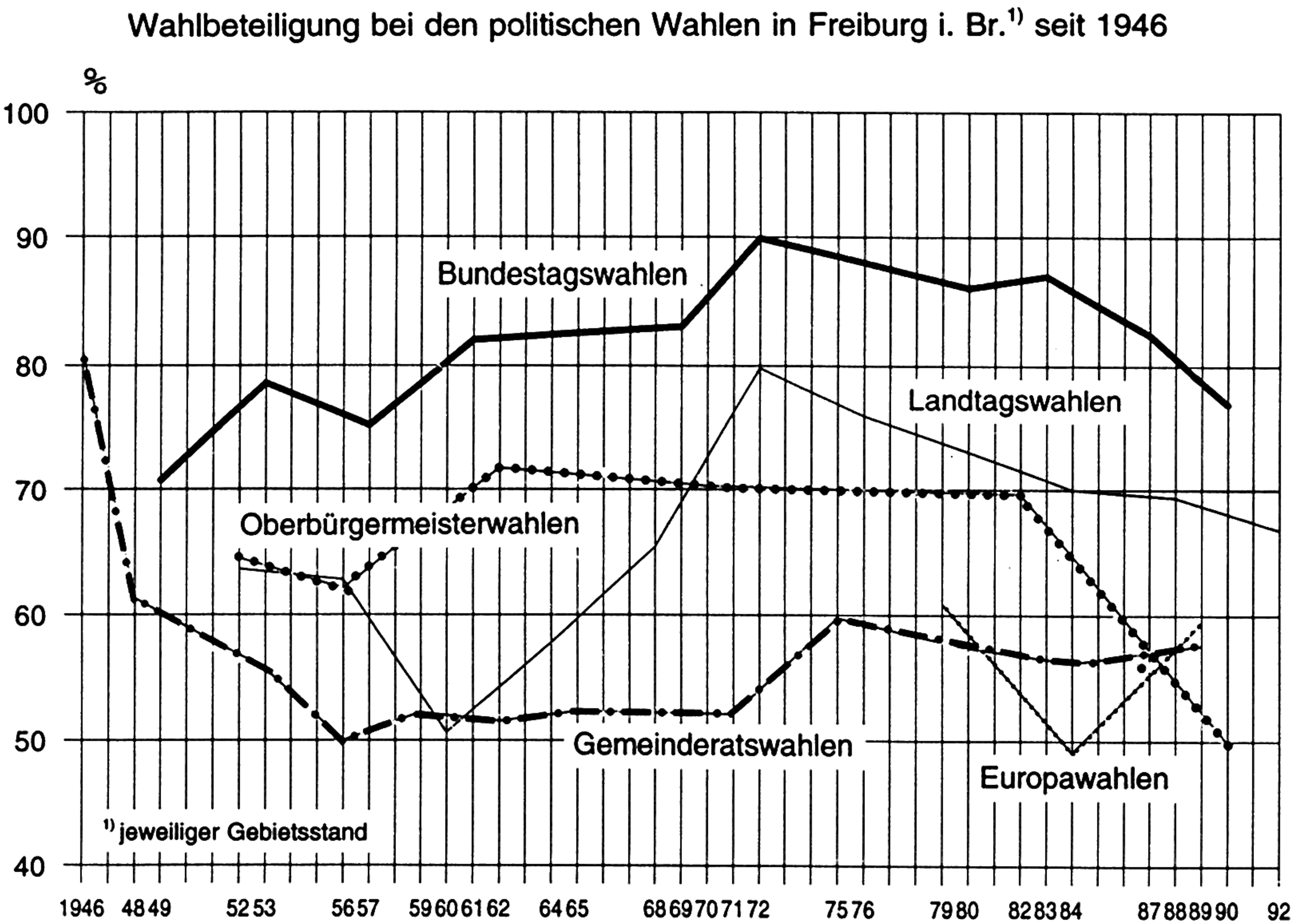
Bei der Diskussion um die nachlassende Wahlbeteiligung darf allerdings nicht übersehen werden, daß der momentane Rückgang in der Wahlbeteiligung immer vor dem Hintergrund einer außergewöhnlich hohen Wahlbeteiligung in den 70er Jahren gesehen wird. Gemessen an unseren Nachbarländern ist die Wahlbeteiligung in der Bundesrepublik immer noch sehr hoch und kann auch nicht ohne weiteres als Ausweis besonderer demokratischer Tugenden interpretiert werden.

Ende der ausgehenden 60er und in den 70er Jahren waren die Bürger durch die Studentenbewegung und durch die Auseinandersetzung um die Nachrüstung, die Atomkraft, die Ostpolitik, die Demokratisie-

rung der Gesellschaft usw. außergewöhnlich politisiert. Dies wurde bei Bundestagswahlen durch die besondere Konstellation der Kanzlerkandidaten und die Emotionalisierung der Wahlkämpfe (Brandt / Barzel; Schmidt / Strauß) noch unterstützt.

Die Wahlbeteiligung sinkt besonders stark bei den weniger bedeutenden Wahlen. In Freiburg liegt die Wahlbeteiligung bei Gemeinderats- und Europawahlen stets mindestens 20 Prozentpunkte niedriger als bei Bundestagswahlen.

Da sich die Wahlenthaltung nicht auf alle Wählerschichten gleichermaßen verteilt und es deutlich alters- und schichtspezifische Unterschiede gibt, bleibt dies nicht ohne Auswirkung auf die Ergebnisse der Parteien. Da Jüngere und sozial Schwächere der Wahlurne eher fernbleiben als Ältere und Wahlberechtigte mit höherem sozialem Status, können Parteien, die sich auf eines dieser Segmente der Wahlberechtigten stützen, mit entsprechenden Gewinnen bzw. Verlusten rechnen.



"Wenn Sie uns wählen, werden Sie REICH, BERÜHMT und GLÜCKLICH. EHRENWORT!"¹⁾

Zum Wahlkampf 1994 in Freiburg

von Pavel A. Richter und Gabriele Wenger

Alle vier Jahre werden die Bürgerinnen und Bürger in einer repräsentativen, parlamentarischen Demokratie auf Kommunal-, Landes-, Bundes- oder Europa-Ebene zu den Urnen gerufen, um über die vergangene Legislaturperiode zu urteilen und über die zukünftige Politik zu entscheiden. Wahlen sind das direkteste Mittel des und der einzelnen, steuernd und regulierend auf die Politik der Repräsentantinnen und Repräsentanten einzuwirken. Auf dieses demokratische Prinzip reagieren die Parteien lang- und kurzfristig. Entgegen landläufiger Meinung ist der Wahlkampf im weiteren Sinne nicht direkt an eine bestimmte Wahl gebunden – er findet immer statt. Jede Partei, sei sie in der Opposition oder an der Regierung, wird während der gesamten Legislaturperiode bemüht sein, die eigenen Angebote in der Öffentlichkeit positiv darzustellen. Nach einem vielzitierten Satz beginnt daher der Wahlkampf stets am Tag nach der Wahl. Wenn jedoch im folgenden von Wahlkampf gesprochen wird, so ist damit vor allem der Zeitraum ca. ein dreiviertel Jahr vor dem eigentlichen Wahltermin gemeint.

1. Zur theoretischen Wahlkampfkonzeption

1.1 Ausgangslage der Parteien

Bestimmend für die Formen des Wahlkampfes ist die derzeitige Rolle der jeweiligen Partei im Parlament bzw. Gemeinderat. Der Wahlkampf einer Regierungspartei wird sich grundlegend von dem einer Oppositionspartei unterscheiden.

Erstere wird ihre Planung daraufhin ausrichten, ihre bisherigen Leistungen positiv herauszustellen, um damit ihre Befähigung auch für die nächste Legislaturperiode zu begründen. Regierungsparteien haben stets den Vorteil, ihren potentiellen Wählern die konkrete Umsetzung ihrer Politik zu präsentieren. Sie sind in der Lage, sich bei jeder politischen Entscheidung dem Wähler als verantwortliche Kraft darzustellen. Die Verantwortlichkeit für politische Entscheidungen kann sich im Wahlkampf für die Regierungspartei sowohl positiv als auch negativ auswirken. Sie wird daher bemüht sein, unpopuläre Entscheidungen (z. B. Steuererhöhungen) an den Beginn ihrer Regierungszeit zu stellen, um damit zu verhindern, daß dieses Thema im Wahlkampf bestimmend wird. Gelingt dies nicht, so werden die Regierungspolitikerinnen und -politiker versucht sein, dieses Thema auf die nächste Legislaturperiode zu verschieben. Ein aktuelles Beispiel auf Bundesebene wäre hierfür die Diskussion um die Änderung des Paragraphen 218 des Strafgesetzbuchs. Populäre Entscheidungen hingegen werden möglichst in die Zeit direkt vor einer Wahl gelegt, so daß der Wähler die Regierungspartei bis zum Wahltag positiv in Erinnerung behält. Die Einigung über die Pflegeversicherung einige Tage vor der sehr wichtigen Landtagswahl in Niedersachsen mag hierfür ein gutes Beispiel sein.

Den Oppositionsparteien fehlt naturgemäß dieser "Regierungsbonus". Schon während der laufenden Legislaturperiode und verstärkt im Wahlkampf werden diese Parteien durch Kritik an der

¹⁾ Wahlkampfslogan der Bremer GRÜNEN bei der Bürgerschaftswahl 1991.

Regierungsarbeit versuchen, Alternativen aufzuzeigen und ihre eigene Regierungsfähigkeit herauszustreichen.

1.2 Funktion von Wahlkämpfen

Trotz dieser unterschiedlichen Ausgangssituationen der Parteien lassen sich im Hinblick auf die Wahlkampfziele auch einige Gemeinsamkeiten feststellen. So ist eine der wichtigsten Aufgaben einer jeden Wahlkampfplanung der Versuch, die eigenen Mitglieder und traditionellen Wähler zu aktivieren. In der ersten Phase des Wahlkampfes wird es verstärkt darum gehen, die Mitglieder selbst in den kommenden Wahlkampf mit einzubeziehen. Zum einen werden aus ihrer Mitte die Kandidatinnen und Kandidaten für die Wahllisten bestimmt und aufgestellt, zum anderen werden sie in einer letzten Phase des Wahlkampfes zur aktiven Mitarbeit benötigt (Flugblätter verteilen, Plakate kleben usw.).

Die Aktivierung des traditionellen Wählerstammes ist von überragender Bedeutung für jede Partei. Ziel ist es, sowohl die Abwanderung zu anderen, insbesondere zu kleineren Parteien, als auch zur "Partei der Nichtwähler" zu verhindern sowie neue Wähler zu gewinnen. Vor allem für die großen Parteien wird es bei den diesjährigen Wahlen von Bedeutung sein, ob es ihnen gelingt, "politikverdrossene" Protest- und Nichtwähler wieder verstärkt an sich zu binden.

Diese Ziele bestimmen auch die einzusetzenden Mittel der Wahlkampfführung, die im einzelnen von den jeweiligen Wahlkampfkommissionen der Parteien bestimmt werden.

1.3 Die vier Phasen des Wahlkampfes

Der eigentliche Wahlkampf der Parteien läßt sich in vier Phasen einteilen: Themenfindung, Wahlkampfplanung, Durchführung sowie Abschluß.

In der **ersten Phase** des Wahlkampfes (ca. ein dreiviertel Jahr vor dem Wahltag) werden die Themen, auf die der Wahlkampf dann ausgerichtet wird, in Absprache mit den anderen Parteigremien festgelegt. Sowohl Themenfindung als auch die genauere Planung des Wahlkampfes orientieren sich im wesentlichen an Analysen der momentanen Stimmung und der vorhergehenden Wahlen. Bei der Festlegung der Wahlkampfthemen bedarf es auf seiten der Parteien eines, freilich wissenschaftlich abgesicherten, Gespürs dafür, was zum Zeitpunkt der Wahl für die Wähler ein bestimmendes Thema sein wird. Hierfür führen sowohl die Parteien als auch unabhängige Meinungsforschungsinstitute zwischen den Wahlen regelmäßige Befragungen der Wähler durch. Diese Umfragen umfassen stets Fragen nach der Beliebtheit bestimmter Politikerinnen und Politiker, der Parteienakzeptanz sowie nach den für die Wähler wichtigsten politischen Problemen.

Die Themen sollten möglichst den größten Teil der Bevölkerung ansprechen, um nicht schon durch die Auswahl ganze Wählerschichten auszugrenzen. Dabei ist die Themenwahl jedoch auch an das traditionelle Bild und den Eigenanspruch der Partei gebunden. Während die SPD eher auf soziale Themen abzielen wird, wird die CDU z. B. Themen aus dem Bereich der inneren Sicherheit bevorzugen.

Im Gegensatz zu den großen Parteien kann es für die kleineren Parteien wie die F.D.P und die GRÜNEN aufgrund ihres ohnehin schon begrenzteren Wählerpotentials vorteilhafter sein, keinen

integrativen Wahlkampf "für alle" zu führen. Ihr Ziel wird es vielmehr sein, ihr traditionelles Wählerpotential vollkommen auszuschöpfen, wobei es durchaus sinnvoll sein kann, sich gerade nicht als Allerpartei dem Wähler zu präsentieren. So können es sich die kleineren Parteien leisten, durch klare und eindeutige Positionsbestimmungen nur bestimmte Teile der Bevölkerung im Wahlkampf anzusprechen, und damit andere von vornherein ausschließen. Wenn die GRÜNEN z. B. die Erhöhung des Benzinpreises auf fünf Mark fordern, so gewinnen sie einerseits durch die Klarheit dieser Aussage auf der einen Seite ökologisch orientierte Wähler, nehmen aber andererseits auch den Stimmenverlust auf Seiten passionierter Autofahrerinnen und Autofahrer bewußt in Kauf.

Die F.D.P hat ihrerseits in den vergangenen Wahlkämpfen stets versucht, sich als das "Zünglein an der Waage" und als notwendige dritte Kraft zu präsentieren. Gründung und Erstarken der GRÜNEN hat diese Argumentation für die F.D.P erschwert: Die Landtagswahl in Niedersachsen vom März 1994 hat gezeigt, daß sich möglicherweise ein Rollenwechsel in der Parteienlandschaft der Bundesrepublik anbahnt.

In einer **zweiten Phase** werden die konkrete Durchführung sowie die Wahlkampfmittel von der Partei, und meist auch noch einer professionellen Werbeagentur, auf diese Themen abgestimmt. In dieser Phase müssen die Parteien entscheiden, ob sie eher einen personen- oder eher einen themenbezogenen Wahlkampf führen wollen. Da das Führungspersonal der Regierungsparteien in den letzten vier Jahren Zeit hatte, sich in der Öffentlichkeit bekannt zu machen (z.B. als Ministerin bzw. Minister), wird der Wahlkampf zumeist auf diese Personen ausgerichtet sein. So eignet sich ein außenpolitisches Thema, zumindest solange ihm ein innenpolitischer Bezug fehlt (z. B. Menschenrechtsverletzungen in China) aufgrund der Komplexität nur sehr begrenzt für einen guten Themenwahlkampf. Die Person Hans-Dietrich Genschers zeigt jedoch beispielsweise, daß, sofern eine bekannte und geachtete Persönlichkeit dieses Politikfeld repräsentiert, auch die Außenpolitik durch ihre Personifizierung ein Zugpferd im Wahlkampf sein kann.

Zwar werden auch bei den Oppositionsparteien die Spitzenpolitikerinnen und -politiker im Mittelpunkt stehen, diese können jedoch meist nicht mit einem ganz bestimmten Politikfeld in Verbindung gebracht werden.

Die **dritte Phase** des Wahlkampfes umfaßt die eigentliche Durchführung. Die Darstellung der eigenen Themen sowie die Abgrenzung bzw. Kritik an den anderen Parteien stehen hierbei im Mittelpunkt. Die Parteien werden jedoch stets darauf achten, nicht die Wähler direkt anzugreifen, sondern lediglich die Repräsentantinnen bzw. Repräsentanten und Themen dieser Parteien. Aktuelles Beispiel hierfür ist die Auseinandersetzung der etablierten Volksparteien mit den Republikanern: So sehr sich SPD und CDU bemühen werden, die REPs als Partei zu kritisieren, so sehr werden sie sich davor hüten, deren Wähler vor den Kopf zu stoßen. Im Gegenteil, sie haben das Hauptthema der Republikaner, die sog. Asylbewerberproblematik, in ihren Wahlkampf aufgenommen, wenngleich ihre Lösungsvorschläge sich von denen der REPs unterscheiden. Dahinter steht der Versuch, verlorene Wählerstimmen wieder an die eigene Partei zu binden.

Der Wahlkampf kommt in seiner **vierten Phase** noch einmal ca. zehn Tage vor dem Wahltermin zu einem Höhepunkt. Die Parteien erhoffen sich durch die Verstärkung ihres Einsatzes noch unentschlossene Wähler kurzfristig bis zum Wahltag an sich zu binden. Obwohl die Wirkung dieser

Strategie von wissenschaftlicher Seite noch umstritten ist, haben doch alle Parteien eine sehr detaillierte Planung für diesen Zeitraum.

1.4 Das Bild der Parteien vom Wähler

Der bisher dargestellten Wahlkampfkonzeption unterliegt ein ganz bestimmtes Bild vom Wähler. Dieser erscheint als vernünftig, gut informiert, verantwortungsbewußt und rational. Es wird davon ausgegangen, daß er die Erfolge bzw. Mißerfolge der Parteien und die Argumente für und gegen zukünftige politische Ziele und Lösungen rational abwägt, die Vorzüge und Mängel der Kandidatinnen und Kandidaten bewertet und daraufhin seine Wahlentscheidung trifft. Das bedeutet für die Parteien, daß sie im Wahlkampf versuchen werden, den Wähler davon zu überzeugen, daß sie die größte Lösungskompetenz für die anstehenden Probleme besitzen. Die Wahlforschung hat dieses Bild schon früh überprüft und in großen Teilen revidiert.

Die Analysen der Bundestagswahl 1990 zeigen beispielsweise, daß 84 % der Wähler bereits vor Beginn der heißen Phase des Wahlkampfes (im Juni), bei der sog. Sonntagsfrage, die Partei genannt haben, die sie dann am 2. Dezember auch tatsächlich gewählt haben²⁾. Auch bei längerfristiger Betrachtung hat sich anhand von Umfragen gezeigt, daß ein Großteil aller Wähler 1990 angaben, die gleiche Partei wie 1987 gewählt zu haben³⁾. Schon diese beiden Ergebnisse zeigen deutlich, und es gehört schon seit langem zu den gesicherten Erkenntnissen der Wahlforschung, daß es längerfristige Bindungen an eine Partei gibt, so daß bei der Wahlentscheidung nicht nur das kurzfristige Angebot der Parteien (Problemlösungen, Lösungskompetenz usw.) im Mittelpunkt steht.

Wofür dann noch Wahlkämpfe?

Die oben ausgeführten Ergebnisse zeigen, daß nur ca. 10 – 15 % der Wähler keine feste Parteibindung haben. Primär kann nur diese Gruppe der sogenannten Wechselwähler durch den Wahlkampf in ihrer Wahlentscheidung beeinflußt werden. Funktion und Aufgabe des Wahlkampfes einer Partei ist es daher, zum einen diejenigen Wähler mit fester Bindung bzw. großen Sympathien an die Partei zur Wahl zu aktivieren und zum anderen die 10 – 15 % der nicht-parteigebundenen Wähler für den Moment der Stimmabgabe für sich zu gewinnen. Die Frage, wie und mit welchen Mitteln diese erreicht werden können, bleibt offen. Zwei Ansätze stehen sich hierbei gegenüber. Zum einen die oben schon erwähnte Theorie des rationalen Wählers. Oder handelt es sich, wie ein anderer Ansatz annimmt, bei dieser Gruppe um politisch eher Uninteressierte, die durch klassische Werbemethoden beeinflußt werden können? So haben Untersuchungen⁴⁾ gezeigt, daß diese Gruppe generell ein geringeres politisches Interesse besitzt, was sich darin ausdrückt, daß sie im Durchschnitt nur selten überregionale Zeitungen liest bzw. Fernsehnachrichten sieht und im allgemeinen schlechter ausgebildet ist.

²⁾ Finkel, Steven E.; Schrott, Peter: Campaign Effects on Voter Choice in the German Election of 1990. Arbeitsbericht Nr. 93/13 des Zentrums für Umfragen, Methoden und Analysen e.V. Mannheim. Mannheim 1993, S. 18.

³⁾ Von den Wählern, die 1990 die ... wählten, hatten es auch 1987 getan: CDU/ CSU 83,2%; SPD 79,8%; F.D.P 34,5%; Grüne 53,1%. S. Forschungsgruppe Wahlen (Hrsg.): Bundestagswahl 1990. Eine Analyse der ersten gesamtdeutschen Bundestagswahl am 2. Dezember 1990. Mannheim 1990, S. 52.

⁴⁾ Vgl. Finkel, Steven E.; Schrott, Peter: Campaign Effects on Voter Choice in the German Election of 1990. Arbeitsbericht Nr. 93/13 des Zentrums für Umfragen, Methoden und Analysen e.V. Mannheim. Mannheim 1993, S. 31.

Die oben dargestellte Wahlkampfkonzeption legt den Schluß nahe, daß die Parteien beide Ansätze miteinander verbinden: Zum einen bedienen sie mit konkreten Lösungsvorschlägen die rationale Seite der Wechselwählerschaft, zum anderen macht der Einsatz von Werbeagenturen und das Erscheinungsbild der TV-Werbespots deutlich, daß die aus der kommerziellen Werbung bekannten Methoden auch für den Wahlkampf eingesetzt werden.

2. Wahlkampf 1994 in Freiburg

In einem zweiten Teil werden nun am Beispiel der Stadt Freiburg im Superwahljahr 1994 Themen, Formen und Ziele der im baden-württembergischen Landtag vertretenen Parteien (CDU, SPD, F.D.P., DIE GRÜNEN, REP) dargestellt. Grundlage hierfür sind Interviews, die im März 1994 mit den für die Wahlkampfplanung beauftragten Vertreterinnen und Vertretern der einzelnen Parteien geführt wurden.

Auch in Freiburg beginnt der Wahlkampf stets am Tag nach der Wahl, so daß alle Parteien darauf achten, auch zwischen den Wahlen Präsenz in der Öffentlichkeit zu zeigen sowie zu aktuellen Anlässen und Themen bestimmte Aktionen durchzuführen. So inseriert die Fraktion der CDU im Gemeinderat schon seit zwölf Jahren im Freiburger Stadtkurier bzw. im Freiburger Wochenblatt mit einer Anzeige "Schon gehört ...". Ein weiteres Beispiel ist die Beteiligung der SPD und der GRÜNEN bei Veranstaltungen zum 1. Mai.

Die folgenden Ausführungen werden sich jedoch, wie bereits oben dargelegt, auf die Zeit ca. ein drei-viertel Jahr vor dem Wahltermin konzentrieren. Zuerst soll nun kurz Rolle und Aufgabe der Kandidatinnen und Kandidaten im Wahlkampf dargestellt werden. Bei allen Parteien bedeutet die Kandidatur für die einzelne bzw. den einzelnen eine ungemeine persönliche Arbeitsbelastung. Die Kandidatinnen und Kandidaten aller Parteien sind gehalten, sich aktiv an der Durchführung des Wahlkampfes zu beteiligen, so z. B. Flugblätter zu verteilen, Plakate zu kleben usw. Bei den Republikanern und bei der SPD wird darüber hinaus auch noch ein festgelegter Geldbetrag je nach Listenplatz fällig. Bei den REPs zahlen die ersten 10 Kandidaten der Liste je 1000 DM, bei der SPD die Plätze 1 bis 20 600 DM. Die Finanzierung der sog. Eigenwerbung (Kandidatenprospekte, Visitenkarten, Kopfplakate usw.) wird bei allen Parteien von den einzelnen Kandidatinnen bzw. Kandidaten getragen.

Neben den Einzelleistungen von Bewerberinnen und Bewerbern haben alle Parteien in Freiburg einen festgelegten Wahlkampfhaushalt:

- SPD: 120 000 DM, die sich aus Kandidatenaufwendungen, Spenden, Mitgliedsbeiträgen und Aufsichtsratsgeldern zusammensetzen. Letztere umfassen einen Prozentsatz des Geldes, das die Gemeinderätinnen und Gemeinderäte der SPD für ihre Aufsichtsrats Tätigkeit in kommunalen Gesellschaften (FEW, VAG usw.) erhalten.
- CDU: 80 000 DM, die sich ebenfalls aus Mitgliedsbeiträgen, Spenden usw. zusammensetzen.
- DIE GRÜNEN: 45 000 DM, die sich auch aus Mitgliedsbeiträgen und Aufsichtsratsgeldern zusammensetzen, wobei sich die Höhe nach der individuellen, ökonomischen Situation richtet. Das Spendenaufkommen ist nach eigenen Angaben bei den GRÜNEN verhältnismäßig gering.

- F.D.P: 50 000 – 70 000 DM, die sich gleichfalls aus Mitgliedsbeiträgen usw. zusammensetzen.
- REPs: 20 000 DM, die sich hauptsächlich aus Spenden, Beiträgen und den Aufwendungen der Kandidaten zusammensetzen.

Einen direkten Zuschuß von den jeweiligen Landes- bzw. Bundesparteien gibt es auf kommunaler Ebene nicht, so daß die Parteien gezwungen sind, die gesamte Wahlperiode über Gelder für den jeweils nächsten Wahlkampf zurückzulegen.

Die Situation im "Superwahljahr 1994" unterscheidet sich grundlegend von "normalen" Kommunalwahljahren: Die am 16. Oktober stattfindende Bundestagswahl hat einen sehr starken Einfluß auf Planung und Durchführung des Kommunalwahlkampfes. Die Themen des letzteren sind daher eng an die Themen der Bundestagswahl angelehnt, wobei versucht wird, die regionalen Aspekte dieser Bundesthemen zu betonen. Die Aufbereitung hängt einerseits von den zu erreichenden Zielgruppen, andererseits von der Größe der Parteien und dem thematischen Schwerpunkt der Kandidaten ab.

Für die beiden Volksparteien stehen in der eigenen Planung jeweils die Frauen als Zielgruppe des Wahlkampfes im Mittelpunkt: Die SPD versucht hiermit, zum einen die von der Frauenpolitik der CDU enttäuschten Wählerinnen an sich zu binden und zum anderen auf die in Freiburg neu kandidierenden beiden Frauenlisten zu reagieren. Die Motivation der CDU, die Frauen als besondere Zielgruppe anzusprechen, ist hingegen das Ergebnis einer Analyse, nach der der Anteil der CDU-Wählerinnen unter den Frauen zwischen 18 und 24 Jahren bei der letzten Landtagswahl in Freiburg bei mageren 17,2 %, in der Altersgruppe zwischen 25 und 34 Jahren sogar nur bei 9,4 % lag⁵⁾.

Die steigende Zahl der Nichtwähler sowie die vielbeschworene, sogenannte Politikverdrossenheit betrifft vor allem die beiden Großparteien. Daher ist eine weitere, gemeinsame Zielgruppe von CDU und SPD die Nichtwähler. Beide Parteien gehen davon aus, daß durch eine geschickte Wahlkampfführung die potentiellen Nichtwähler zum ersten überhaupt an die Urnen geholt werden können und zum zweiten selbstverständlich die CDU bzw. die SPD wählen.

Ein gemeinsamer Schwerpunkt von GRÜNEN und CDU ist die immer größer werdende Gruppe der Senioren. Steht bei der CDU dabei der Versuch im Vordergrund, das Potential eher traditionell konservativ Wählender noch weiter auszuschöpfen, so versuchen DIE GRÜNEN durch eine erneute engere Zusammenarbeit mit den "Grauen Panther", Wählerstimmen dieser Gruppe für sich zu gewinnen. (Siehe hierzu auch den Beitrag von Carmen Wenkert in diesem Band.)

Mit dem Wahlkampfslogan "Freiburg wählt Grün!" versuchen DIE GRÜNEN darüber hinaus, in der sogenannten "Ökohauptstadt" Freiburg, Hochburgenpolitik zu machen. Grün wählen in Freiburg soll nach der Wahlkampfplanung der GRÜNEN so selbstverständlich sein wie CSU wählen in Passau.

Bei den Republikanern hingegen steht weniger eine fest umrissene Zielgruppe im Mittelpunkt als vielmehr der Versuch, "Imagepflege" zu betreiben und somit das Bild des "geistigen Brandstifters" abzulegen. Wenn sich im Wahlkampf der REPs jedoch eine Zielgruppe finden läßt, so sind dies die

⁵⁾ Amt für Statistik und Einwohnerwesen der Stadt Freiburg im Breisgau (Hrsg.): Beiträge zur Statistik der Stadt Freiburg im Breisgau. Wahl der Abgeordneten zum 11. Landtag von Baden-Württemberg am 5. April 1992 in Freiburg im Breisgau. Freiburg 1992, S. 41.

sozial Schwachen (Sozialhilfempfängerinnen und -empfänger, Arbeitslose usw.), die nach dem Selbstverständnis der Republikaner von ihnen vertreten werden sollen.

In einer Stadt von der Größe Freiburgs ist es selbstverständlich, daß die unterschiedliche soziale Zusammensetzung der einzelnen Stadtteile auch Auswirkungen auf die Wahlergebnisse hat. Die Parteien tragen diesem Umstand der lokalen Hochburgen durch ihre Wahlkampfplanung Rechnung. Am deutlichsten wird dies wohl bei den Republikanern, die als einzige Partei die Themenschwerpunkte sowie deren Ausgestaltung an der jeweiligen Situation in den einzelnen Stadtteilen ausrichten. So soll z. B. in Herdern vermehrt das Thema der Kriminalität bearbeitet werden, stellt dies doch nach der Ansicht der Republikaner für die dortigen Bewohner ein drängenderes Problem dar als sinkende Sozialhilfesätze und vermehrte Arbeitslosigkeit. In Weingarten sollen dagegen alle drei Themenschwerpunkte (Kriminalität, soziale Verunsicherung und Arbeitslosigkeit) thematisiert werden, jedoch nach Aussage der REPs in einem anderen, d.h. hier eher provozierenden Stil als in anderen Freiburger Stadtteilen.

Da in der Zeit vor der Wahl verstärkt Plakate in sehr großer Zahl zur Werbung durch die Parteien benutzt werden, gab es anläßlich dieser Kommunalwahl den Versuch, eine freiwillige Selbstbeschränkung zu vereinbaren. Dies erschien nötig, stellten doch abgerissene und durch den Regen beschädigte Plakate ein Ärgernis für die Bürgerinnen und Bürger dar, so daß die Parteien fürchteten, mehr Schaden als Nutzen anzurichten. Nach dem Motto "weniger ist mehr" sah die Planung vor, daß jede Partei höchstens 500 Plakate im Stadtgebiet verteilt aufhängen sollte. Bedenkt man, daß in Spitzenzeiten je Partei zwischen 1000 und 3000 Plakate geklebt wurden, ist dies eine tatsächliche und sinnvolle Einschränkung. Kurz vor Abschluß der Verhandlungen stellte sich jedoch heraus, daß lediglich die SPD bereit war, 500 Plakatträger, die bis zu je drei Plakate einer Partei umfassen können, zu akzeptieren. Damit scheint der Effekt der Einigung gleich null zu sein, sehr zum Ärger von CDU, F.D.P und GRÜNEN.

Eine Besonderheit bei der Auswahl der Aufstellungsorte der Plakatträger planen die GRÜNEN: Aufgrund ihrer Wählerklientel verzichten sie auf sonst heiß begehrte Orte, wie beispielsweise Innenstadtring oder Kronenbrücke, zugunsten von Plakatierungen entlang der Fahrradwege sowie direkt an den Bahnhöfen. Neben den Plakaten hat jede Partei noch ihre ganz speziellen Werbemittel. Die SPD z.B. schaffte sich einen Bus als Info-Mobil an, mit dem es möglich sein wird, kurzfristig und ohne lange Planung überall in der Stadt präsent zu sein.

Lediglich bei CDU und F.D.P ist geplant, bekannte Politikerinnen und Politiker von Bundes- und Landesebene (Rita Süßmuth, Manfred Rommel u.a. sowie einige noch nicht feststehende F.D.P-Politikerinnen und -Politiker der Bundesebene) auch für den Kommunalwahlkampf einzuladen. Die aus den früheren Wahlkämpfen bekannten Großveranstaltungen werden zusehends von den Parteien als wenig effektiv bewertet, daher sollen in diesem Jahr vor allem Veranstaltungen zu bestimmten Themen und für bestimmte Zielgruppen im Mittelpunkt stehen.

Insgesamt betrachtet scheint es einen Angleichungseffekt in der Wahl der Wahlkampfmittel unter den Parteien zu geben. So setzt die CDU neuerdings auf ausgefallene Wahlkampfmethoden (Kandidatenspaziergänge, Fahrradtouren usw.). Besonders deutlich ist diese Tendenz bei den GRÜNEN: Die Wandlungen innerhalb der Partei in den letzten Jahren haben auch das Bild vom Wähler

und damit auch ihren Wahlkampf verändert. Achteten DIE GRÜNEN früher eher auf die Qualität ihrer Wähler, deren Engagement und Überzeugung, so steht heute vermehrt die Quantität im Zentrum. Dieser Wandel ist konsequent, wenn man bedenkt, daß sich DIE GRÜNEN von einer "Partei mit dem richtigen Programm, aber ohne Wähler" zu einer potentiellen Koalitionspartei gewandelt hat.

"Wenn Sie uns wählen werden Sie REICH, BERÜHMT und GLÜCKLICH. EHRENWORT!" Wahlkämpfe sind voll von solch großen Ankündigungen, wobei doch den meisten Bürgerinnen und Bürgern bewußt ist, daß dies leere Versprechungen sind. Darüber hinaus hat sich gezeigt, daß trotz des hohen Aufwandes, mit dem Wahlkämpfe betrieben werden, die Wirkung, gemessen an den Ansprüchen der Parteien, sehr gering ist. Es kann sich jedoch auch keine Partei leisten, auf Wahlkämpfe zu verzichten, will sie Wechselwähler gewinnen und nicht ihre eigene Stammwählerschaft verlieren. Wahlkämpfe erfüllen aber nicht nur diese Aufgabe, sondern haben darüber hinaus auch noch eine für das politische System wichtige Funktion. Zwischen den Wahlen ist im allgemeinen das politische Interesse der Bürger eher gering, so daß dieses durch Wahlkämpfe jedesmal wieder aufs neue aktiviert werden muß. Sind die Beteiligungsmöglichkeiten des einzelnen und der einzelnen während einer Legislaturperiode relativ gering, so vermittelt die Werbung der Parteien ihm, zumindest in der Zeit unmittelbar vor einer Wahl, persönlich wichtig und entscheidend zu sein. Dies soll, zumindest kurzfristig, der Überbrückung der wohl heute nicht mehr zu leugnenden Kluft zwischen Parteien und Wählern dienen. Diese beschränkte Einbindung in den politischen Prozeß ist ein wohl nicht ausreichender, aber notwendiger Beitrag zur Systemstabilisierung.

Sind Wahlkämpfe daher ein ungeliebtes, aber notwendiges Übel?

An den Grenzen des Wachstums?
Die Wählerschaft der GRÜNEN vor den Wahlen des Jahres 1994:
Das Beispiel Freiburg

von Jochen Schmidt

1. Die "grüne" Hochburg Freiburg

Für die GRÜNEN ist die Stadt Freiburg ein ganz besonderes Pflaster. Die Partei stellt 10 von 48 Gemeinderäten im Freiburger Kommunalparlament sowie einen Bürgermeister (Umweltbürgermeister Peter Heller) und entsendet seit der Wahl 1992 zwei Abgeordnete in den baden-württembergischen Landtag (Walter Witzel und Dieter Salomon). Im Jahr 1989 zog mit Wilfried Telkämper ein Grüner aus Freiburg ins Europaparlament ein. Auch wahlsoziologisch betrachtet ist die Stadt eine der Hochburgen der Partei sowohl im Land Baden-Württemberg als auch im Bundesgebiet: Bei der Bundestagswahl 1987 konnten die GRÜNEN im Wahlkreis 185 (Freiburg-Stadt und Umlandgemeinden) mit 18,4 % der Zweitstimmen ihr zweitbestes Ergebnis im ganzen Bundesgebiet erzielen. Im Stadtkreis erhielt die Partei sogar 21,0 % der Zweitstimmen. 1990, als die GRÜNEN im Wahlgebiet West mit 4,7 % den Einzug in den Bundestag verpaßten, sank auch der Prozentanteil der Partei in Freiburg geradezu dramatisch auf 10,5 % im Wahlkreis 185 und auf 12,4 % im Stadtkreis. Trotz dieser überdurchschnittlichen Verluste im bundesdeutschen Vergleich blieb Freiburg aber eine der Hochburgen der Partei. Bei der Landtagswahl 1992 erholten sich die GRÜNEN; 9,5 % im Land und 20,8 % in der Stadt Freiburg bedeuteten wiederum ein Spitzenergebnis im baden-württembergischen Vergleich.

Wahlergebnisse der GRÜNEN bei Bundes- und Landtagswahlen 1980 – 1990
im Bund, Land Baden-Württemberg, Wahl- und Stadtkreis Freiburg (in %)

Wahl	Freiburg-Stadt	Wahlkreis 185 Freiburg	Baden- Württemberg	Bund (1990: nur Westteil)
LTW '80	12,7		5,3	
BTW '80	3,6	3,3	1,8	1,5
BTW '83	13,4	12,4	6,8	5,6
LTW '84	16,8		8,0	
BTW '87	21,0	18,4	10,0	8,3
LTW '88	16,8		7,9	
BTW '90	12,4	10,5	5,7	4,7
LTW '92	20,8		9,5	

Quelle: *Claus A. Fischer* (Hrsg.), Wahlhandbuch für die Bundesrepublik Deutschland, Paderborn 1990; Amt für Statistik und Einwohnerwesen der Stadt Freiburg im Breisgau, versch. Wahlhefte.

In Freiburg sind die Ergebnisse der GRÜNEN breit gestreut (BTW '90: Landwasser 5,3 %; Unterwieshre-Nord 21,6 %). Dadurch ergeben sich auch innerhalb der Stadt ausgeprägte Hochburgen. Mit Ausnahme der Bundestagswahl 1990 belegt die Partei in einzelnen Stadtbezirken (Altstadt-Ring,

Unterwiesche) mit Ergebnissen von über 30 % seit Jahren den ersten Platz in der Wählergunst. Hervorzuheben sind aber auch die guten Ergebnisse in den anderen Stadtteilen. Bei der Bundestagswahl 1990 blieben die GRÜNEN nur in Landwasser unter dem Landesdurchschnitt von 5,7 %.

Wie lassen sich die Erfolge der GRÜNEN in Freiburg erklären, und wie sind die Zukunftsaussichten der Partei einzuschätzen? Der vorliegende Beitrag versucht, Antworten auf diese beiden eng miteinander zusammenhängenden Fragen zu geben.

2. Die Wählerschaft der GRÜNEN: Träger des neuen Bewußtseins, frustrierte Akademiker oder alternatives Milieu?

Die neuere Sozialforschung formulierte schon bald nach den ersten Wahlerfolgen der GRÜNEN zu Beginn der achtziger Jahre unterschiedliche Erklärungsansätze, um diesem neuen Phänomen in der bundesdeutschen Parteienlandschaft analytisch beizukommen.

Ein erster Ansatz erklärt das Aufkommen der GRÜNEN und die Resonanz der Partei in der Wählerschaft mit einem grundlegenden *Wertewandel*, der in sämtlichen westlichen Industrienationen seit den ausgehenden sechziger Jahren zu beobachten sei. Die in der Nachkriegszeit in einer Phase materiellen Wohlstands sozialisierten Generationen verfügen demnach über einen anderen Wertehaushalt als die älteren Generationen, bei denen der Mangel die prägende Kategorie darstellte. Statt Arbeit, sozialer Sicherheit und materiellem Wohlergehen stehen für diese Generationen sog. postmaterielle Werte wie Selbstverwirklichung, Schutz der Umwelt und erhöhte politische Partizipationsansprüche im Vordergrund. Dieser im Jugendalter erworbene Wertehaushalt bleibt auch später bei veränderten Rahmenbedingungen erhalten. Auf der politischen Ebene spiegelt sich dies in der Unterstützung von Parteien, deren Hauptanliegen die Themen dieser "neuen Politik" sind. Die GRÜNEN erscheinen somit als "Partei neuen Typs", ihre Anhänger und Wähler als Vorreiter eines sich in der Zukunft noch ausbreitenden neuen politischen Bewußtseins.¹⁾

Ein zweiter Ansatz sieht die GRÜNEN als Ausdruck des *Protests*. Danach sind es vor allem die aus der Bildungsrevolution der sechziger und siebziger Jahre hervorgegangenen arbeitslosen und damit frustrierten Jungakademiker, denen trotz ihrer Bildungspatente der Zugang zu adäquaten Positionen im Erwerbsleben versperrt ist. Vor allem das Verlangen nach Partizipation sei nicht etwa Ausdruck hehrer demokratischer Ideale: Der Wertwandel ist aus dieser Sicht vielmehr ein Vehikel, um die herrschenden Eliten ins Unrecht zu setzen und von den Fleischtöpfen zu verdrängen. Weniger polemisch ausgedrückt heißt dies, daß die GRÜNEN vor allem Ausdruck defizitärer Integrationsleistungen des politischen Systems und der etablierten Parteien sind.²⁾

Diese beiden Ansätze schließen sich gegenseitig keineswegs aus: Relativiert man die Ergebnisse des einen mit denen des anderen Ansatzes, stehen beide sogar in einem engen Zusammenhang. Wie

¹⁾ Vgl. R. Inglehart, Kultureller Umbruch. Wertwandel in der westlichen Welt, Frankfurt/New York 1989.

²⁾ Vgl. J. Alber, Modernisierung, neue Spannungslinien und die politischen Chancen der Grünen, in: PVS 26 (1985), S. 211-226; W. Bürklin, Grüne Politik, Opladen 1984.

Hubert Kleinert, ehemaliger parlamentarischer Geschäftsführer der Bundestagsfraktion der GRÜNEN, kürzlich aufgezeigt hat, sind *beide* Ansätze für die Erklärung der Motivationen der GRÜNEN-Anhänger relevant.³⁾ Die sozialstrukturelle Zusammensetzung der Wähler der GRÜNEN besitzt dementsprechend zwei deutliche Schwerpunkte, wie neuere Untersuchungen zeigen. Während ein Teil der GRÜNEN-Anhänger entweder noch nicht im Erwerbsleben steht, von Arbeitslosigkeit betroffen oder stark bedroht ist, findet sich ein weiterer Teil in eher marktfernen Berufen mit hoher Arbeitsplatzsicherheit, ist also vor allem als Lehrer, im akademischen oder dem Sozialbereich beschäftigt.⁴⁾

Ein erster Blick auf die Freiburger politische Szene bestätigt diese Ergebnisse. Die Stadt teilt mit anderen Hochburgen der GRÜNEN wie München, Bremen, Tübingen oder Heidelberg wesentliche strukturelle Merkmale: Dies sind allesamt Universitätsstädte mit hohen Anteilen junger, noch in Ausbildung stehender Wähler und im Dienstleistungsbereich beschäftigter Arbeitnehmer.⁵⁾ Auch eine Betrachtung der Hochburgen der Partei *innerhalb* Freiburgs zeigt eine starke Verankerung der Partei in Gebieten mit einem hohen Anteil von Schülern/Studenten und im Dienstleistungsbereich Beschäftigten.

Ergebnisse der GRÜNEN und ausgewählte sozialstrukturelle Merkmale
in den Hochburgen der GRÜNEN in Freiburg i. Br.

Stadtbezirk	GRÜNE bei BTW '90 %	Schüler / Studierende* %	sonst. Dienstleistungen %
Unterwieshre-Nord	21,6	26,7	65,5
Mittelwieshre	19,8	25,6	69,3
Altstadt-Ring	19,1	24,8	66,9
Oberwieshre	18,2	24,4	64,7
Oberau	18,2	21,1	64,4
Alt-Stühlinger	16,0	20,9	53,8
Altstadt-Mitte	15,6	22,0	51,3
Littenweiler	14,9	29,1	67,9
Stühlinger-Eschholz	14,7	19,5	67,1
Herdern-Nord	14,5	23,2	66,0
Stadt Freiburg i. Br.	12,4	20,2	56,1

* Daten der Volkszählung 1987

Schärft man die Optik und nimmt den Mikrokosmos Freiburg genauer in den Blick, zeigt sich auch noch deutlich jene Doppelstruktur der Anhängerschaft der GRÜNEN. So finden sich in den Hochburgen der Wieshre oder Herdern in erster Linie die in neueren Lebensstiluntersuchungen als "linksliberale

³⁾ H. Kleinert, Aufstieg und Fall der Grünen. Analyse einer alternativen Partei, Bonn 1992.
⁴⁾ Vgl. U. Feist/K. Liepelt, Was die Dynamik des Arbeitsmarktes für das Wahlverhalten bedeutet, in: M. Kaase/H.-D. Klingemann (Hrsg.): Wahlen und Wähler. Analysen aus Anlaß der Bundestagswahl 1987, Opladen 1990, S. 89-107.
⁵⁾ Vgl. H. Fogt, Die Grünen in den Bundesländern. Das regionale Erscheinungsbild der Partei 1979-1988, in: D. Oberndörfer/K. Schmitt (Hrsg.): Parteien und regionale politische Traditionen in der Bundesrepublik Deutschland, Berlin 1991, S. 231-279.

integrierte Postmaterialisten" bezeichneten GRÜNEN-Anhänger wieder, also beispielsweise Beschäftigte im öffentlichen Dienst, deren postmaterialistische Haltung sich nicht zuletzt vor dem Hintergrund einer hohen Arbeitsplatzsicherheit erklären läßt. Im Grün (Altstadt-Ring) oder im Stühlinger dagegen lassen sich eher die "postmateriell-linksalternativ eingestellten jüngeren Menschen" ausmachen.⁶⁾ Die Motivationen dieser Gruppe, die GRÜNEN zu wählen, sind durchaus als Protest zu interpretieren. Die Partei hat also einen Spagat zwischen unterschiedlichen Anhängerschaften zu leisten. Plästisch ausgedrückt bedeutet dies: Der etablierte radikalökologische Studienrat, der im "Wiehrebahnhof" verkehrt, wird an die GRÜNEN andere Ansprüche stellen als der im Geier ("Zum Reichsadler") anzutreffende Politologe mit ganz unterschiedlichen und öfter wechselnden "McJobs".

Für Freiburg trifft noch eine dritte, die beiden anderen ergänzende Variante der Beschreibung und Erklärung der Anhänger der GRÜNEN zu.⁷⁾ Die GRÜNEN können sich in Freiburg auf ein subkulturelles alternatives *Milieu* stützen, dessen verlängerter politischer Arm die GRÜNEN zumindest teilweise sind. Zwei gewissermaßen regionalhistorische Erfahrungen nahmen auf die Herausbildung dieses Milieus entscheidenden Einfluß:

- erstens die in ihrer Bedeutung für die regionale Mobilisierung breiter Anhänger- und Wählerschaften ganz wesentlichen Auseinandersetzungen um das Kernkraftwerk Wyhl Ende der 70er/Anfang der 80er Jahre. Der Kampf gegen dieses Projekt wurde von einer Allianz junger Atomkraftgegner und in der Region ansässiger Landwirte und Winzer getragen und besaß Signalwirkung über die Landesgrenzen hinweg;
- zweitens die Besetzung und gewaltsame Räumung des sogenannten Dreisamecks im Jahr 1981.

Beide Ereignisse besaßen zwar zeitlich nur begrenzten Einfluß auf die Wahlergebnisse der GRÜNEN, sie wirkten aber als wichtiger Katalysator für die Entwicklung eines regionalen bzw. städtischen Milieus mit eigenen Kommunikationsstrukturen. Als Beispiele hierfür seien nur die Stadtzeitung, Radio Dreyeckland, alternative Projekte wie die Fabrik, die Spechtpassage oder auch Buchläden und Kneipen genannt. Die Integrationsleistung dieses Milieus sollte jedoch nicht überschätzt werden: Das "grüne" Milieu ist bei weitem nicht so festgefügt und damit keine feste Bank für die GRÜNEN, wie beispielsweise das Arbeitermilieu für die SPD der Weimarer Republik.

In den ausgehenden 70er und 80er Jahren prägten die Auseinandersetzungen um Umweltschutz und Abrüstungspolitik die in dieser Zeit politisch sozialisierten Generationen und mobilisierten – ohne viel eigenes Zutun der Partei – große Teile der (damaligen) Jugend für die GRÜNEN. Inzwischen haben aber auch die etablierten Parteien das Umweltthema aufgenommen. Der Problemkreis Frieden/Abrüstung ist mit dem Ende des Ost-West-Konflikts "unübersichtlicher" geworden. Eine Mobilisierung jüngerer Wähler für die GRÜNEN ist seit dem Beginn der 90er Jahre damit nicht mehr automatisch gegeben. Dies zeigt ein Vergleich der nach Alter aufgeschlüsselten Freiburger Ergebnisse der GRÜNEN bei den Bundestagswahlen 1987 und 1990. Den Löwenanteil an der Wählerschaft der

⁶⁾ Vgl. P. Gluchowski, Lebensstile und Wandel der Wählerschaft in der Bundesrepublik Deutschland, in: APuZ B 12 (1987), S. 18-32; B. B. Flaig/T. Meyer/J. Ueltzhöffer, Alltagsästhetik und politische Kultur. Zur ästhetischen Dimension politischer Bildung und politischer Kommunikation, Bonn 1993.

⁷⁾ S. hierzu: H.-J. Veen, Die Grünen als Milieupartei, in: Hans Maier u.a. (Hrsg.): Politik, Philosophie, Praxis. Festschrift für Wilhelm Hennis zum 65. Geburtstag, Stuttgart 1988, S. 454-476.

GRÜNEN machen auch in Freiburg vor allem die in der Hochphase der neuen sozialen Bewegungen der siebziger und achtziger Jahre politisch sozialisierten Generationen aus: Mit den Aktivisten altert zugleich die Wählerschaft der Partei.

Wähleranteil der GRÜNEN in Freiburg i. Br. nach Alter – Repräsentative Wahlbezirke –

Altersgruppe	BTW 1987	BTW 1990
18 - 24	24,1	20,4
25 - 34	43,9	46,9
35 - 44	17,6	20,5
45 - 59	10,6	9,5
60 und mehr	3,8	2,8
<i>Stadt Freiburg i. Br.</i>	<i>21,0</i>	<i>12,4</i>

.....
Quelle: Amt für Statistik der Stadt Freiburg im Breisgau, versch. Wahlhefte.

3. Ausrutscher oder Menetekel? Die Bundestagswahl 1990 und die Ausgangslage der GRÜNEN vor den Wahlen des Jahres 1994

Um das Wahldebakel der Westpartei bei der Bundestagswahl vom 2. Dezember 1990 zu erklären, wurde von einigen Beobachtern auf die Unfähigkeit der GRÜNEN, sich auf das Thema "deutsche Einheit" einzustellen, verwiesen.⁸⁾ Eine solche Interpretation kommt Gegnern wie Anhängern der Partei zupaß: Konservative Zeitgenossen sehen das Wahlergebnis damit als die gerechte Bestrafung solch "vaterlandsloser Gesellen" und fühlen sich insgesamt in ihrer Einschätzung der Bundestagswahl als Plebiszit über die deutsche Vereinigung bestätigt; Parteigänger der GRÜNEN vertrösten sich mit dieser Erklärung auf die nächste Wahl und wännen sich dadurch in der vermeintlichen Sicherheit, ab 1994 wieder im Bundestag zu sitzen. Diese situativen Schwierigkeiten wirkten jedoch lediglich als Verstärker der eher strukturellen, also immer noch bestehenden Probleme der GRÜNEN zum Scheitern an der 5 %-Hürde.⁹⁾

Erstens konnten die GRÜNEN ihre Klientel nicht in ausreichendem Maße mobilisieren. So schien zum einen für die meisten Wähler der Sieg der Regierungskoalition ebenso lange im voraus festzustehen, wie sie von dem sicheren Wiedereinzug der Partei in den Bundestag überzeugt waren. Zum anderen fehlten zentrale "grüne" Wahlkampfthemen wie die Nachrüstungsdebatte 1983 oder die Diskussionen um die Atomkraft im Gefolge des Reaktorunfalls von Tschernobyl und die Volkszählung 1987, die allein schon der Partei Wähler zuführten. Zweitens wurde der Partei vor allem der Umstand zum Verhängnis, daß potentielle Wähler der GRÜNEN in ihrer überwiegenden Mehrzahl auch potentielle Wähler der SPD

⁸⁾ S. beispielsweise: J. Hoffmann, Auf dem Weg zu einer "normalen" Partei? Die Grünen im Parteiensystem des vereinten Deutschland, in: P. Eisenmann/G. Hirscher (Hrsg.): Die Entwicklung der Volksparteien im vereinten Deutschland, München 1992, S. 98-146.

⁹⁾ S. hierzu und zum Folgenden auch das Standardwerk zu den GRÜNEN: J. Raschke: Die Grünen. Wie sie wurden, was sie sind, Köln 1993.

sind. Bietet die SPD ein entsprechendes "postmaterielles" personelles Angebot wie 1990 mit dem Kanzlerkandidaten Lafontaine, wird die SPD auch für vormalige GRÜN-Wähler attraktiv. Andererseits bietet sich für einen – allerdings sehr viel kleineren – durch Protest motivierten Teil potentieller GRÜNE-Wähler seit 1990 auch die PDS als entschiedene Systemopposition an. In Freiburg spiegelt sich dies in den überdurchschnittlichen Verlusten der GRÜNEN in den eigenen Hochburgen bei gleichzeitigen überdurchschnittlichen Gewinnen der SPD und der PDS bei der Bundestagswahl 1990.

Gewinne und Verluste von GRÜNEN und SPD (in %-Punkten), Ergebnisse der PDS (in %) bei der BTW 1990 gegenüber 1987 in den Hochburgen der GRÜNEN in Freiburg i. Br.

Stadtbezirke	GRÜNE 90/87	SPD 90/87	PDS*
Unterwieshre-Nord	- 11,6	11,2	1,9
Mittelwieshre	- 12,6	8,5	2,2
Altstadt-Ring	- 14,5	13,6	2,2
Oberwieshre	- 10,1	8,6	1,1
Oberau	- 9,2	6,9	1,6
Alt-Stühlinger	- 10,8	5,2	1,6
Altstadt-Mitte	- 10,0	8,1	1,4
Littenweiler	- 8,5	6,7	0,8
Stühlinger-Eschholz	- 8,7	6,0	1,8
Herdern-Nord	- 9,3	5,1	1,5
Stadt Freiburg i. Br.	- 8,6	4,7	1,0

* ohne Briefwähler
Quelle: Amt für Statistik der Stadt Freiburg im Breisgau, Wahlheft 1990.

Die Ausgangslage der GRÜNEN vor den Wahlen des Jahres 1994 stellt sich demgegenüber als sehr viel günstiger dar. Vor allem die externen Faktoren sprechen dafür, daß die 5 %-Hürde bei der kommenden Bundestagswahl nicht unüberwindlich sein wird. Die SPD hat ihr postmaterielles Profil spätestens mit dem Kanzlerkandidaten Scharping wieder abgelegt und ist für das flexible Wählersegment zwischen SPD und GRÜNEN nur noch wenig attraktiv. Die realistische Möglichkeit einer Ablösung der Regierung durch eine rot-grüne Koalition mobilisiert die eigene Anhängerschaft. Sie macht zugleich die GRÜNEN zur taktischen Option für potentielle SPD-Wähler, um diesen Regierungswechsel durch "Leihstimmen" überhaupt zu ermöglichen.

Die GRÜNEN können sich trotz solch günstiger äußerer Bedingungen aber nicht auf ewig in Sicherheit wiegen. Erbringt die Partei nicht mehr "Eigenleistung" in Richtung einer Bindung, Integration und Mobilisierung von Wählern als in der Vergangenheit, kann der Einzug ins Bundesparlament bei jeder Wahl aufs neue zur Zitterpartie werden. Die Zeiten der "Bewegungspartei", der diese Leistungen von außen abgenommen wurden, sind vorbei. Dieser endgültige Institutionalisierungsprozeß – in gewissem Sinne der Weg zur "normalen Partei" – bleibt den GRÜNEN nicht erspart, es sei denn, sie wollen das Sterbeglöcklein ihrer parlamentarischen Existenz noch öfter läuten hören.

Die Republikaner in Freiburg: Wirklich nur eine Protesterscheinung?

von Ulrich Eith und Wilma Haeusler

1. Rechtsextreme Wahlerfolge – ein Problemaufriß

Seit Ende der 80er Jahre verzeichnen rechtsextreme Parteien wieder einmal nennenswerte Wahlerfolge in der Bundesrepublik Deutschland. Die größte Aufmerksamkeit kommt hierbei den Republikanern zu,¹⁾ die 1989 nach ihrem Einzug ins Berliner Abgeordnetenhaus (7,5 %) und ins Straßburger Europaparlament (7,1 %) erstmals bundesweite Beachtung erlangten. Ihren bisher größten Erfolg verbuchte die Schönhuber-Partei bei der Landtagswahl 1992 in Baden-Württemberg: 10,9 % der Stimmen sicherten ihr 15 Sitze im Stuttgarter Landtag. Doch auch die DVU erzielte spektakuläre Stimmanteile bei den Bremer Bürgerschaftswahlen 1991 (6,2 %) und der Landtagswahl in Schleswig-Holstein 1992 (6,3 %). Außerdem entsenden Republikaner, DVU, NPD und rechtsextreme Splittergruppen eine Reihe von Abgeordneten in kommunale Parlamente.

Freiburg gilt gemeinhin als ökologische Hochburg im Südwesten Deutschlands. Auf einen regelmäßig weit überdurchschnittlichen Stimmanteil kommen links-alternative Parteien seit den frühen 80er Jahren. Der hohe Studentenanteil an der Bevölkerung und eine durch Dienstleistung geprägte mittelständische Wirtschaftsstruktur bewirken, daß sich die öffentlichen Diskussionen um politisches Handeln in der Stadt vorwiegend mit Fragen der lokalen Wirtschaftsförderung, der Verkehrsberuhigung oder auch der ökologischen Verträglichkeit verbinden. Die traditionellen Themen der politischen Rechten wie die Asyl- und Ausländerproblematik oder Recht und Ordnung dringen erst in letzter Zeit hörbar an die Öffentlichkeit. Dennoch finden die Republikaner von Anfang an auch in Freiburg ihre Anhänger. Zwar liegen ihre Stimmanteile bislang unter dem Landesdurchschnitt, aber seit 1989 sind die Rechtsextremen mit 3 Abgeordneten im Gemeinderat vertreten. Bei der Landtagswahl 1992 erreichten sie in 9 Stimmbezirken sogar einen Anteil von über 15 Prozent.

Stimmanteile (%) der Republikaner in Freiburg i. Br., in Baden-Württemberg und in der Bundesrepublik

	Freiburg i. Br.	Baden-Württemberg	Bundesrepublik
Europawahl 1989	5,9	8,7	7,1
Gemeinderatswahl 1989	6,2		
Bundestagswahl 1990	1,9	3,2	2,1
Landtagswahl 1992	7,2	10,9	

¹⁾ Vgl. zur Entstehung und Entwicklung der Republikaner: *Richard Stöss* (1990): Die Republikaner, Köln; *Claus Leggewie* (1989): Die Republikaner, Berlin; grundlegend zum Extremismus: *Uwe Backes, Eckehard Jesse* (1989): Politischer Extremismus in der Bundesrepublik Deutschland, Bonn.

Verschiedene Erklärungsversuche des neueren rechtsextremen Wahlerfolgs betonen in erster Linie seinen Protestcharakter²⁾ und verweisen auf die beiden kurzlebigen Perioden Anfang der 50er und Ende der 60er Jahre, als rechtsextreme Parteien aus politischen und ökonomischen Krisensituationen politisches Kapital schlagen konnten. Die derzeitigen wirtschaftlichen und sozialen Statusängste verschiedener Bevölkerungskreise kristallisieren sich heute entsprechend dieser Sichtweise an den Themen "Überfremdung" und Asylregelung. Den Protestcharakter unterstreicht des weiteren, daß in der Wählerschaft der Republikaner zwar Männer sowie Personen mit niedrigem Bildungsstatus überrepräsentiert sind, sozialstrukturell oder auch ideologisch jedoch keine eingrenzbare Gruppe als feste Wählerbasis rechtsextremer Parteien zu identifizieren ist.³⁾ Zudem erzielen rechtsextreme Parteien ihre höchsten Stimmanteile bisher bei regionalen Wahlen oder Europawahlen, die vom Wähler traditionell als weniger bedeutsam und deshalb als Chance zur Protestartikulation angesehen und entsprechend genutzt werden.

Ergebnisse der Republikaner in Stimmbezirken mit unterschiedlichem sozialen Status in Freiburg i. Br.
(Stimmanteile der Urnenwähler in %)

Stimmbezirksstatus	GRW 89 ¹⁾	LTW 92 ²⁾	BTW 90 ¹⁾
1 (hoch)	3,8	3,7	1,0
2	5,1	5,7	1,4
3	6,4	6,0	1,8
4	7,8	9,5	2,6
5 (niedrig)	10,7	11,1	3,1
Stadt Freiburg i. Br.	6,2	7,2	1,9

1) Urnenwähler; 2) Urnen- und Briefwähler.
Zur Typisierung wurden die Variablen Berufsgruppenzugehörigkeit und Bildungsniveau verwendet; vgl. Beiträge zur Statistik der Stadt Freiburg im Breisgau, Landtagswahl 1992, April 1992

Allerdings streuen die Stimmanteile der Republikaner in Freiburg keineswegs gleichmäßig über alle Quartiere, sondern steigen kontinuierlich mit abnehmendem sozialen Status des Stimmbezirks. Ähnliche Befunde sind etwa für Berlin, Bremen, Frankfurt und Hamburg dokumentiert:⁴⁾ Auch dort liegen die Hochburgen der Republikaner in den wirtschaftlichen und sozialen Problemzonen der entsprechenden Städte. Ein Verständnis rechtsextremer Wahlerfolge als reine Protesterscheinung greift aber wohl zu kurz und steht in der Gefahr, die dahinterstehende Tiefenstruktur auszublenden. Auch eine durch Unmut motivierte Wahlentscheidung gegen die etablierten Parteien setzt eine gewisse Nähe zur

²⁾ Vgl. Dieter Roth (1989): Sind die Republikaner die fünfte Partei?, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 39. Jg. B 41-42, S. 10-20; Franz Urban Pappi (1990): Die Republikaner im Parteiensystem der Bundesrepublik, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 40. Jg. B 21, S. 37-44.
³⁾ Vgl. Jürgen W. Falter, Siegfried Schumann (1992): Die Republikaner, in: P. Eisenmann, G. Hirscher (Hg.): Die Entwicklung der Volksparteien im vereinten Deutschland, München, S. 191-228.
⁴⁾ Vgl. zu Freiburg: Gerd Mielke (1990): Strohfeuer oder Schwelbrand? Sonderberichte des Amtes für Statistik und Einwohnerwesen der Stadt Freiburg im Breisgau, Freiburg; weiterhin: Eike Hennig (1991): Die Republikaner im Schatten Deutschlands, Frankfurt; Jürgen Dinse (1993): Rechtswählen: Ein Aspekt veränderten Wahlverhaltens in westdeutschen Großstädten, in: Frankfurter Statistische Berichte, Heft 4, 55. Jg., S. 154-161; Jürgen Friedrichs, Wolfgang Jagodzinski, Hermann Dülmer (1994): Städtische Konflikte und Wahlverhalten, in: Hamburg in Zahlen, Heft 2, 48. Jg., S. 36-41.

gewählten, rechtsextremen "Protest"-Partei voraus. Gerade die Ergebnisse der Jugend-, Xenophobie- und Antisemitismusforschung verweisen immer wieder auf individuelle, dem Rechtsextremismus zugrundeliegende Einstellungs- und Verhaltensmuster, die den Prinzipien eines freiheitlichen und pluralistischen Rechtsstaates zuwiderlaufen. Rechtsextreme Wahlerfolge sind aus dieser Perspektive nur eine, allerdings nicht unbedeutende Äußerungsform eines entsprechenden Potentials in der Gesellschaft.⁵⁾

Rechtsextreme Einstellungen⁶⁾ orientieren sich im allgemeinen an vorindustriellen, romantisch verklärten Gesellschaftskonstruktionen und nationalistischen Konzepten. Beschworen wird sowohl die früher vermeintlich heile Welt als auch die Urwüchsigkeit und Natürlichkeit einer nationalistischen oder völkischen Sozial- und Weltordnung. Stabilisiert und abgesichert werden diese Positionen durch eine mehr oder minder aggressive Ablehnung von Andersdenkenden und Fremdgruppen. Mittels Verschwörungsphantasien lassen sich komplexe, schwer durchschaubare soziale oder politische Problemlagen in plakative Schwarzweiß-Muster übersetzen und auf Fremdgruppen projizieren, die dann als Sündenböcke für die wahrgenommenen Mißstände bekämpft werden können. Verbunden mit dieser Erzeugung von einfachen und überschaubaren Weltbildern ist häufig eine Selbststilisierung zum Märtyrer, der zwar um die wahren deutschen Werte weiß, an ihrer Umsetzung aber derzeit gehindert wird.

Ohne Zweifel ist bei vielen Wählern der Republikaner eine Protesthaltung gegen die etablierten Parteien auszumachen. Dieser Protest konzentriert sich zumindest auf der kommunalen Ebene in den Problemzonen der jeweiligen Städte und verweist somit auf die Notwendigkeit, den aktuell sich äuffernden Unmut mit strukturellen Veränderungen im politisch-kulturellen und wirtschaftlichen Bereich sowie individuellen Dispositionen in Beziehung zu setzen. Die Kombination von kurz- und langfristigen Einflußfaktoren rechtsextremer Wahlerfolge in einem Erklärungsmodell vermag darüber hinaus auch die periodenhaften Erfolge entsprechender Parteien in ein klareres Licht zu rücken.

2. Ein komplexes Erklärungsmodell rechtsextremen Wahlverhaltens

Ein erster, **langfristiger Faktor** zielt auf ein Potential von Wählern mit einer autoritären und rigiden Persönlichkeitsstruktur.⁷⁾ Diese Personen verarbeiten die Widersprüchlichkeiten des Lebens durch die Ausprägung eines eigenen, starren Werte- und Orientierungsmusters. Begründet wird eine solche Neigung zu Rigidität und Dogmatismus zum einen seit Theodor W. Adornos legendären "Studien zum autoritären Charakter" mit frühkindlichen Erfahrungen, zum anderen überfordert offensichtlich die komplexe Struktur unserer Gesellschaft trotz aller Bildungsanstrengungen einen gewissen Teil der Bevölkerung. Diese Menschen werden tagtäglich durch für sie widersprüchliche Verhaltenserwartungen

⁵⁾ Zur Struktur des rechtsextremen Sammelbeckens vgl. *Innenministerium Baden-Württemberg* (1993) (Hg.): Verfassungsschutzbericht Baden-Württemberg 1992, Stuttgart; *Uwe Backes, Patrick Moreau* (1993): Die extreme Rechte in Deutschland, München; *Siegfried Jäger* (1988) (Hg.): Rechtsdruck. Die Presse der Neuen Rechten, Berlin.

⁶⁾ Vgl. *Norbert Lepszy* (1989): Die Republikaner. Ideologie, Programm, Organisation, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 39. Jg. B 41-42, S. 3-9; *Karl-Heinz Klär* u.a. (1989) (Hg.): Die Wähler der extremen Rechten, 3 Bände, Bonn.

⁷⁾ Vgl. *Theodor W. Adorno* (1973): Studien zum autoritären Charakter, Frankfurt/M.; *Erwin K. Scheuch* (1967): Theorie des Rechtsradikalismus in westlichen Industriegesellschaften, in: *Hamburger Jahrbuch für Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik* 12. Jg., S. 11-29; *Siegfried Schumann* (1990): Wahlverhalten und Persönlichkeit, Opladen.

ihrer Umgebung verunsichert: Die zwischenmenschliche Kommunikation bei einem Behördengang beispielsweise unterscheidet sich in hohem Maße von der am Arbeitsplatz und nochmals von derjenigen im engsten Familienkreis. Die Auswahl der jeweils adäquaten Reaktion vor verschiedenen Verhaltenshorizonten führt bei einigen Menschen zur dauerhaften Unsicherheit und Überforderung. Deren Bearbeitung wiederum kann eine Ausprägung rigider und autoritärer Mechanismen der Wahrnehmung und Beurteilung zur Folge haben. Erwin K. Scheuch hat diesen Zusammenhang aufgezeigt und als "normale Pathologie westlicher Industriegesellschaften" (S. 15)⁷⁾ bezeichnet. Die Größe eines solchen Potentials in der Bundesrepublik ist nach wie vor umstritten und abhängig vom Meßindikator. Die meisten Studien gehen von einem Anteil bis etwa 30% aus. Diese aufgezeigten Charakterzüge wie Rigidität, Konfliktscheue oder auch Ich-Schwäche streuen mehr oder minder quer über alle Bevölkerungskreise, was eine relativ breite und unspezifische Verteilung des rechtsextremen Sockelpotentials in der gesamten Wählerschaft erklärt. Ein höheres Bildungsniveau wirkt allerdings der Aufrechterhaltung allzu simpler Deutungsmuster in Maßen entgegen.

Als **mittelfristige**, politisch aber zu beeinflussende **Faktoren** müssen das Ausmaß ökonomischer Marginalisierungsängste und der Grad der politischen Entfremdung von den traditionellen Parteien angesehen werden. Der drohende Verlust von wirtschaftlicher Sicherheit und die subjektiv empfundene Gefahr, in der sozialen Hierarchie abzurutschen, befördern die Suche nach tatsächlichen oder vermeintlichen Sündenböcken. Unter der Voraussetzung einer entsprechenden Persönlichkeitsstruktur steigt dann die Bereitschaft zur Wahl einer rechtsextremen Partei um so mehr, je weniger diese Personen sich an eine der etablierten Parteien gebunden fühlen. Ein rauhes soziales Klima und ein stetiger Abbau von traditionellen Parteiloyalitäten steigern die Chancen für rechtsextreme Wahlerfolge.

Ausgewählte sozialstrukturelle und politische Merkmale der Hochburgen der Republikaner bei der Landtagswahl 1992 in Freiburg i. Br. (in %, Differenzen in Prozentpunkten)

Stadtbezirk	REP 1992	Aus- länder ¹⁾	Haupt- schulab. ²⁾	CDU 92/88	SPD 92/88	WBT ³⁾ 1992
Brühl-Industriegebiet	14,5	69,7 ⁴⁾	66,0	- 4,6	- 5,4	62,6
Stühlinger-Beurbarung	12,7	21,5	67,6	- 5,1	- 5,1	60,1
Haslach-Weingarten	12,5	16,2	63,1	- 7,6	- 4,9	56,9
Haslach-Schildacker	12,2	10,8	63,1	- 11,3	- 0,9	59,9
Brühl-Güterbahnhof	11,9	11,5	57,8	- 9,9	- 3,2	64,7
Landwasser	11,8	8,2	54,3	- 8,3	- 4,1	66,9
Mooswald-Ost	11,6	16,1	59,5	- 8,7	- 1,9	59,5
Mooswald-West	10,9	5,9	53,3	- 10,3	- 5,4	67,9
Haslach-Gartenstadt	10,3	16,1	62,2	- 9,1	- 5,7	59,4
Haslach-Egerten	9,8	12,0	51,1	- 9,4	- 4,2	63,1
Stadt Freiburg i. Br.	7,2	10,5	42,4	- 7,8	- 2,8	66,8

¹⁾ Ausländer: Anteil der Ausländer an der Wohnbevölkerung in % (1. 1. 1993).
²⁾ Hauptschulab.: Anteil der Personen mit Hauptschulabschluß an der Wohnbevölkerung 1987 in %.
³⁾ WBT: Wahlbeteiligung in %.
⁴⁾ inkl. des Übergangwohnheims für Asylbewerber.

Die Ergebnisse der Republikaner in Freiburg und Baden-Württemberg bei der Landtagswahl 1992 folgen einem entsprechenden Muster. Die Freiburger Hochburgen der Republikaner liegen alle in der Weststadt und weisen überdurchschnittlich große soziale Problempotentiale auf. Ein hoher Ausländeranteil, stark verdichtete Wohnverhältnisse und ein überdurchschnittlicher Anteil von Personen mit Hauptschulabschluß können als Indikatoren für Schwierigkeiten im Modernisierungsprozeß betrachtet werden. Damit einher gehen in diesen Stadtbezirken eher instabilere politische Bindungen. Größere Umschichtungsprozesse in den letzten beiden Jahrzehnten haben ihre Spuren hinterlassen. Zwar zählen diese Gebiete heute zu den klassischen SPD-Revieren, aber die unterdurchschnittliche Wahlbeteiligung und die teilweise überdurchschnittlichen Verluste der beiden großen Parteien deuten auf einen weiteren Abbau traditioneller Parteibindungen hin.⁸⁾

Wahlerfolge der Republikaner bei der Landtagswahl 1992 in Wahlkreisen mit unterschiedlicher kultureller und wirtschaftlicher Struktur (Stimmanteile in %)

	Baden-Württemberg ^{*)}			
REP	10,9			
CDU	36,6			
SPD	29,4			
GRÜNE	9,5			
F.D.P.	5,9			
Konfession	katholisch		nicht-katholisch	
REP	8,8		12,3	
CDU	43,9		36,9	
SPD	28,1		30,5	
GRÜNE	8,9		9,7	
F.D.P.	5,1		6,3	
Prod. Gewerbe	niedrig	hoch	niedrig	hoch
REP	8,4	9,2	10,9	13,6
CDU	41,5	46,6	35,6	38,1
SPD	29,6	26,4	32,8	28,3
GRÜNE	10,4	7,1	10,5	9,1
F.D.P.	5,5	4,7	6,3	6,3
N (Anzahl der Wahlkreise)	15	13	20	22

^{*)} = Gemittetes Ergebnis der 70 Wahlkreise.
Konfession: katholisch = Wahlkreise mit einem Katholikenanteil von über 50 %.
Prod. Gewerbe: hoch = Wahlkreise mit den höchsten Anteilen von ausländischen Erwerbstätigen im Produzierenden Gewerbe.
Lesehilfe: Die Republikaner erzielen im gesamten Wahlgebiet 10,9%, in den nicht-katholischen Wahlkreisen 12,3% und in den nicht-katholischen Wahlkreisen mit einem hohen Anteil von ausländischen Erwerbstätigen im Produzierenden Gewerbe 13,6% der Stimmen.

Regressionsgleichung (Landtagswahl 1992):

	% Katholiken +	% Prod.Gew. +	% Wahlbeteil. +	Einwohnerdichte	R² / F
Anteil REP =	- 320	+ 420	+ 244	+ 224	52 % / 17,5
Anteil CDU =	+ 660	+ 296	-	- 212	71 % / 52,8

Standardisierte, signifikante Regressionskoeffizienten x 1000.

⁸⁾ Vgl. Gerd Mielke (1990) Anm. 4; eine erneute Analyse erfolgt nach der Europawahl 1994.

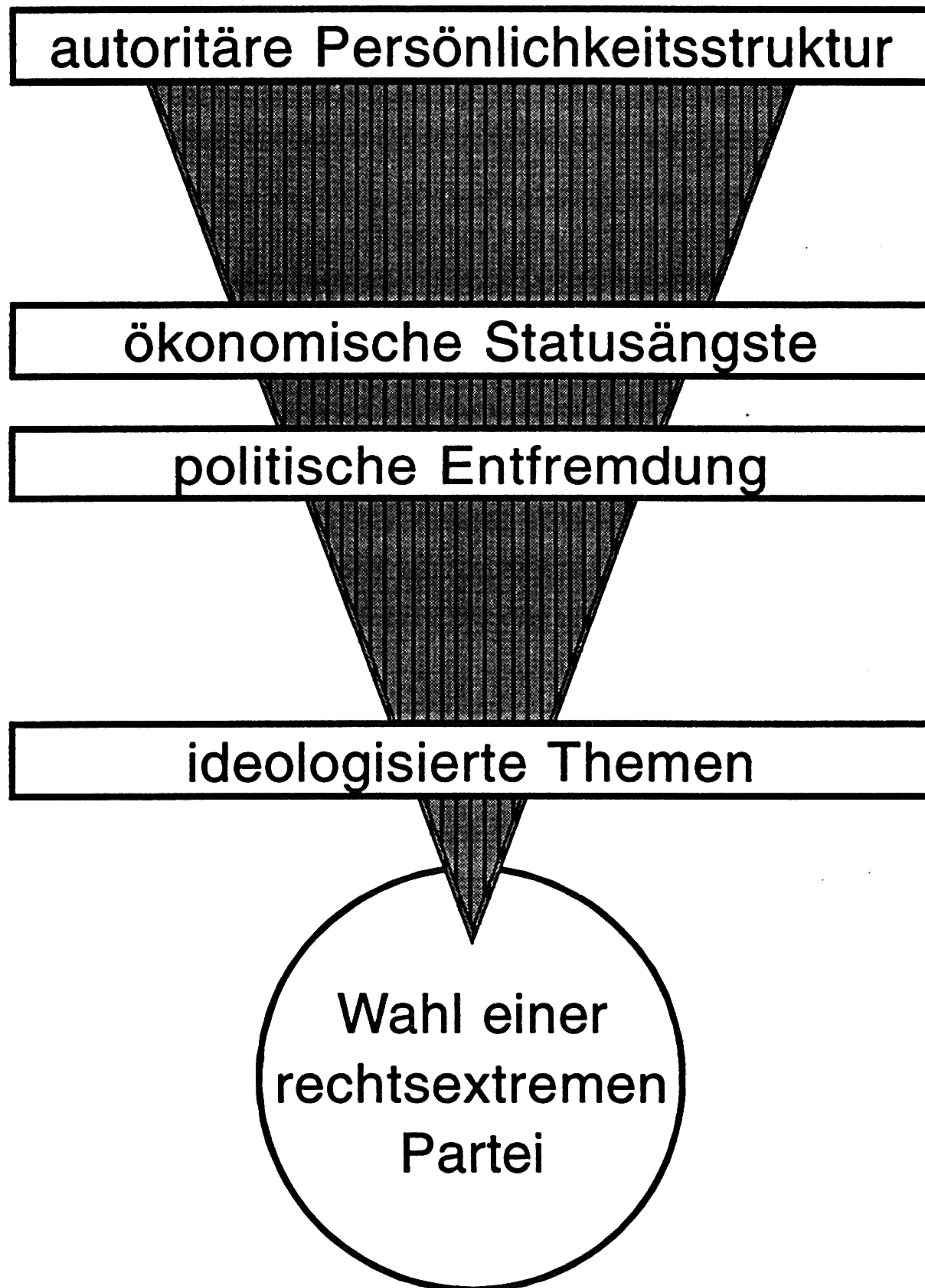
Eine ähnliche Situation findet sich auf Landesebene. In den altliberalen protestantischen Wahlkreisen des nördlichen Schwarzwalds und im industrialisierten Raum Mittlerer Neckar rund um Stuttgart profitieren die Republikaner 1992 von einer hohen Wahlbeteiligung und erzielen zweistellige Resultate. Befördert durch die schmerzhaften wirtschaftlichen Strukturanpassungen im ländlichen und industriellen Bereich sowie die spezifisch baden-württembergische Parteienkonstellation – CDU als einstmals übermächtige Landespartei und SPD als strukturelle Diasorapartei – hat sich über die Jahre hinweg nahezu unbemerkt ein breites Repräsentationsvakuum entwickelt, das den Republikanern als günstiger Nährboden dient. Die im Kern bürgerliche Ausrichtung der GRÜNEN und die Konzentration der großen Parteien auf die mobilen und vermeintlich wahlentscheidenden neuen Mittelschichten haben den Zugang der Politiker zu den Lebenswelten und Problemen der städtischen Industriearbeiter und kleinbürgerlichen Schichten sowie der ländlich-kirchlichen Milieus in entscheidendem Maße verringert.⁹⁾

Kurzfristig manifest werden individuelle und strukturelle Dispositionen im allgemeinen aber erst, wenn sich die komplexen ökonomischen und politischen Problemlagen zu einfachen und prägnanten, ideologisch aufgeladenen Weltbildern verdichten lassen: Die Ausländer oder die Juden sind schuld an der Krise. Rechtsextreme Parteien übernehmen und radikalisieren solche griffigen Formeln und erfüllen damit die Erwartungen ihrer potentiellen Klientel. Modernisierungsängste und Abkopplungstendenzen finden sich sowohl im ländlichen als auch im städtischen Bereich, sie äußern sich lediglich in unterschiedlichen politischen Themen. Die befürchtete Zerstörung bäuerlicher Traditionen und Existenzformen sowie die Furcht vor Kriminalität und die Sorge um Arbeitsplatz oder Wohnraum lassen sich gleichermaßen auf Fremdgruppen projizieren. Die Verfügbarkeit solcher ideologisch-plakativer Deutungsmuster unterliegt einem kurzfristigen Wandel und ist stark abhängig vom herrschenden Meinungsklima.

Dieses hier in aller Kürze skizzierte Erklärungsmodell eröffnet den Blick für die möglichen Ansatzpunkte einer demokratischen Gegenstrategie. Rechtsextreme Wahlerfolge sind keine unabwendbaren Naturereignisse. Rechtsextremen Parteien gelingen nur dann Einbrüche in breitere Wählerkreise, wenn deren Interessen auf der politischen Bühne nicht adäquat vertreten werden. Sollten sich über einen längeren Zeitraum hinweg wirtschaftliche und politische Problemlagen durchdringen und ideologisch verfestigen, dann erscheint die Kristallisation eines dezidiert rechten Milieus nicht ausgeschlossen. Die ersten Anzeichen mehren sich auch in Freiburg. Nahezu unbemerkt von der auf ökologische und entfaltungsorientierte Themen fixierten Öffentlichkeit hat sich während der 80er Jahre zunehmend eine an Sicherheitsbedürfnissen festhaltende Gegenbewegung aufgebaut. Dieser auf Recht und Ordnung insistierende "Rollback des Kleinbürgertums" dringt spätestens seit der deutschen Einheit, die mit katalysatorischer Wucht nationales Gedankengut bis weit in ehemals liberale Gruppen befördert hat, an die Oberfläche. Noch verspricht eine demokratische Gegenstrategie Erfolg. Politik und Öffentlichkeit sind gefordert.

⁹⁾ Vgl. *Dieter Oberndörfer, Gerd Mielke, Ulrich Eith* (1992): Die These vom Denkmittelvotum greift viel zu kurz, in: dies. (Hg.): Die Bundesrepublik im Umbruch. Analysen zur ersten gesamtdeutschen Bundestagswahl 1990, Freiburg, S. 112-122; *Ursula Feist* (1992): Rechtsruck in Baden-Württemberg und Schleswig-Holstein, in: K. Starzacher u.a. (Hg.) Protestwähler und Wahlverweigerer. Krise der Demokratie?, Köln, S. 69-76.

Bedingungen rechtsextremen Wahlverhaltens



Freiburg – Musterstädtchen der Emanzipation? Politische Partizipation und Wahlverhalten von Frauen

von Beate Rosenzweig

Nach der Gemeinderatswahl vom Sommer 1989 avancierte Freiburg zur Nummer eins der kommunalpolitischen Repräsentanz von Frauen in Baden-Württemberg. Mit einem Frauenanteil von 40 % bildet das Stadtparlament der Stadt Freiburg die einsame Spitze verglichen mit einem landesweiten Durchschnitt von nur 13 % Frauen in den Gemeindevertretungen.¹⁾ Auch im diesjährigen Kommunalwahlkampf spielt die Beteiligung und Aktivierung von Frauen eine herausragende Rolle. So betonen die Vertreter der beiden Volksparteien CDU und SPD, daß sie die Frauen als eine besondere Zielgruppe ihres Wahlkampfes ansehen, was nicht zuletzt eine Reaktion auf die beiden erstmals in Freiburg kandidierenden Frauenlisten ist.²⁾ Die Liste "FREIBURG FÜR FRAUEN" will parteiunabhängig die Perspektive von Frauen stärker in die Kommunalpolitik einbringen, und die "Unabhängige Frauenliste" setzt sich zum Ziel, die männliche Dominanz im Freiburger Stadtrat zu brechen.

Das starke Engagement von Frauen im Kommunalwahlkampf und die hohe weibliche Repräsentationsrate im Freiburger Gemeinderat lassen sich sicherlich im wesentlichen mit der besonderen Situation der Stadt Freiburg erklären. Der überdurchschnittlich hohe Studierenden- und Akademikeranteil, die mittelständische Dienstleistungsstruktur und damit verbunden die vergleichsweise großen Wahlerfolge der GRÜNEN begünstigen die Chancen von Frauen in der Freiburger Kommunalpolitik.

Blickt man jedoch über die Stadtgrenzen Freiburgs hinaus, so läßt sich die Situation von Frauen in der Politik immer noch als andauernde Unterrepräsentanz charakterisieren. Auf kommunaler Ebene rangiert der Frauenanteil proportional zur Gemeindegröße gerade zwischen 7 % und 22 %. In den Landesparlamenten liegt er zwischen 9,6 % und 29,1 % und im Deutschen Bundestag wurde 1990 erstmals die 20 %-Marke erreicht.³⁾ Trotz einer steigenden Präsenz von Frauen in der Öffentlichkeit wird somit auch heute die magische 30 %-Hürde kaum übersprungen.

Der folgende Artikel versucht, der Frage nach den Gründen für die "ungleiche" Rolle von Frauen in der Politik nachzugehen. Dabei soll zunächst die politische Beteiligung von Frauen dargestellt werden, wobei der Fall Freiburg vergleichend herangezogen wird. Mögliche Erklärungen für ein "besonderes" Verhältnis von Frauen zur Politik schließen sich an.

Bezogen auf die sogenannten klassischen Formen politischer Beteiligung belegen die grundlegenden Studien einhellig eine Angleichung des Partizipationsverhaltens. Der Faktor Geschlecht spielt heute bei Wahlen im Vergleich zu den Einflußgrößen Sozialstruktur, Bildung und Konfession eine eher

¹⁾ Vgl. *Helmut Köser* (1991): Der Gemeinderat in Baden-Württemberg. Sozialprofil, Rekrutierung, Politikverständnis. In: *Pfitzer, Theodor* und *Hans-Georg Wehling*: Kommunalpolitik in Baden-Württemberg. Stuttgart ²1991, S.144.

²⁾ Vgl. den Beitrag von *Gabriele Wenger* und *Pavel Richter* in diesem Band. Der Frauenanteil bei den Listen zur kommenden Kommunalwahl beläuft sich bei CDU und SPD auf jeweils 30%. Bei der SPD sind jedoch mehr Frauen auf den vorderen Listenplätzen zu finden als bei der CDU. Bei den GRÜNEN erfolgte eine nahezu paritätische Besetzung der Bewerber/innenliste.

³⁾ Bis 1983 lag der Frauenanteil im Deutschen Bundestag immer unter 10 %. Dies ist um so erstaunlicher, als bei der ersten deutschen Wahl 1919 ein Frauenanteil in der Nationalversammlung von 9,6 % erreicht wurde. Erst 64 Jahre später konnte dies wieder erreicht werden.

untergeordnete Rolle. Allenfalls von einer "(très) petite difference"⁴⁾ ist die Rede. So hat sich die **Wahlbeteiligung** von Männern und Frauen nahezu angeglichen. In jüngster Zeit läßt sich ein Rückgang der Wahlbeteiligung von jungen Frauen und Männern bei Landtags- und Bundestagswahlen feststellen.⁵⁾ In den meisten Bundesländern zeigen sich bei den Landtagswahlen kaum geschlechtsspezifische Unterschiede. Einzige Ausnahmen bilden Hessen und Baden-Württemberg, wo sich eine signifikant geringere Beteiligung von Frauen feststellen läßt. Die niedrigste Wahlbeteiligung war dabei bei den 18- bis 25jährigen Frauen zu verzeichnen. Das Abstimmungsverhalten in Freiburg entsprach diesem landesweiten Trend nicht ganz. Zwar wiesen auch hier die Wahlberechtigten der unteren Altersstufen bei der Landtagswahl 1992 eine unterdurchschnittliche Beteiligungsrate auf, in der Gruppe der 21- bis 24jährigen lag die Beteiligungsrate der Frauen mit 62,9 % allerdings über der der männlichen Altersgenossen (59,3 %).

Ein ebenfalls signifikanter geschlechtsspezifischer Unterschied ist bei der Altersgruppe der über 70jährigen zu verzeichnen. Hier beteiligten sich 11 % weniger Frauen als Männer an der letzten Landtagswahl.⁶⁾

Wahlbeteiligung nach Altersgruppen und Geschlecht (einschließlich Wahlscheinempfängern)
bei der Landtagswahl 1992 in Freiburg i. Br. – Repräsentative Wahlbezirke

Im Alter von ... bis ... Jahren	W a h l b e t e i l i g u n g i n %		
	Männer	Frauen	ingesamt
18 - 20	66,5	59,5	62,8
21 - 24	59,3	62,9	61,2
25 - 29	62,6	63,2	62,9
30 - 34	67,2	65,5	66,4
35 - 39	68,1	65,6	66,8
40 - 44	70,8	70,4	70,6
45 - 49	71,3	70,8	71,1
50 - 59	75,4	73,1	74,2
60 - 69	78,4	75,0	76,4
70 und älter	77,7	66,8	70,0
zusammen	70,1	68,2	69,1

Die Gründe für die abnehmende Beteiligungsbereitschaft sind sicherlich vielschichtig und lassen sich mit dem Begriff "Politikverdrossenheit" nur schemenhaft beschreiben.⁷⁾ Die wachsende Distanz zu

⁴⁾ So Jürgen W. Falter und Siegfried Schumann (1990): Vive la très petite difference! Über das unterschiedliche Wahlverhalten von Männern und Frauen bei der Bundestagswahl 1987. In: Max Kaase und Hans-Dieter Klingemann (Hg.): Wahlen und Wähler. Analysen aus Anlaß der Bundestagswahl 1987. Opladen. S. 109-142.
⁵⁾ Für Freiburg gibt es erst seit 1972 nach Alter und Geschlecht aufgeschlüsselte Daten des Wahlverhaltens. Das baden-württembergische Kommunalwahlrecht erlaubt kein alters- und geschlechtsdifferenzierendes Abstimmen.
⁶⁾ Vgl. Institut für Demoskopie Allensbach (Hg.): Junge Nichtwählerinnen. Eine Analyse der Entwicklung, der Anzahl, Struktur und Motive junger Nichtwählerinnen. Nov. 1992, S. 4ff.
⁷⁾ Vgl. den Beitrag von Ulrich Eith in diesem Band.

klassischen Formen politischer Beteiligung scheint jedoch, wie neuere Studien belegen, insbesondere für junge Nichtwählerinnen ein Hauptmotiv ihrer Wahlenthaltung zu sein. Die Überzeugung, von den traditionellen Gremien politischer Entscheidung nicht vertreten zu werden, ist bei jüngeren Frauen weitaus ausgeprägter als bei Männern.⁸⁾

Betrachtet man nun das **Abstimmungsverhalten** von Frauen und Männern, so lassen sich kaum mehr geschlechtsspezifische Unterschiede festmachen. Die Parteipräferenzen haben sich nahezu angeglichen. Dies gilt für die alten und die neuen Bundesländer in gleichem Maße.

Ein stärker nach Geschlecht differierendes Wahlverhalten zeigt sich in West- und in noch höherem Maße auch in Ostdeutschland lediglich bei der Klientel der Republikaner. Dies gilt für Landtags- und Bundestagswahlen gleichermaßen. So stimmten bei der baden-württembergischen Landtagswahl 1992 10,6 % der Freiburger, aber nur 6,3 % der Freiburgerinnen für diese Rechtspartei. Bei der Bundestagswahl 1990 fiel dieses Verhältnis zwischen Wählern und Wählerinnen noch deutlicher aus.⁹⁾ Frauen neigen somit weniger als Männer zu extremen Parteien, zumindest solange diese eine "Neu-erscheinung" in der Parteienlandschaft sind.

Wahlverhalten von Männern und Frauen bei den Landtagswahlen 1980, 1984, 1988 und 1992
in Freiburg i. Br. – Repräsentative Wahlbezirke

Partei	Von 100 abgegebenen gültigen Stimmen entfielen in den Jahren ... auf ...							
	1980		1984		1988		1992	
	Männer	Frauen	Männer	Frauen	Männer	Frauen	Männer	Frauen
CDU	38,5	41,8	37,9	38,6	34,3	39,1	26,9	27,8
SPD	38,9	37,0	40,8	41,6	35,6	35,0	33,9	34,4
GRÜNE	13,4	11,8	14,6	13,1	16,1	14,2	19,2	19,8
FDP	8,8	9,2	5,4	5,8	5,5	5,2	4,6	4,8
REP + NPD ¹⁾					3,2	1,4	10,6	6,3

¹⁾ 1992 waren in Freiburg nur die Republikaner zur Wahl angetreten.

⁸⁾ Vgl. Allensbach Untersuchung (Anm. 6), S. 47ff.
⁹⁾ So stimmten im Bundesgebiet West 3,4% der Männer und 1,5% der Frauen für die Republikaner und im Bundesgebiet Ost 2,3% der Männer und 0,6% der Frauen.

Wahlverhalten von Männern und Frauen bei den Bundestagswahlen seit 1972
in Freiburg i. Br. – Repräsentative Wahlbezirke

Partei	Von 100 abgegebenen gültigen Zweitstimmen entfielen in den Jahren ... auf ... Partei											
	1972		1976		1980		1983		1987		1990	
	Männer	Frauen	Männer	Frauen	Männer	Frauen	Männer	Frauen	Männer	Frauen	Männer	Frauen
CDU	39,2	41,5	42,3	44,2	36,9	37,6	38,9	42,1	32,2	33,5	32,7	35,3
SPD	43,6	42,0	45,2	42,7	43,0	44,2	38,4	38,8	33,5	32,2	37,0	37,9
FDP/DVP	15,9	16,1	10,0	11,7	14,9	15,0	8,0	7,6	10,6	10,9	11,2	10,8
GRÜNE					3,6	3,0	13,9	10,8	19,9	19,7	11,5	11,1

Die weitgehende Angleichung des Wahlverhaltens von Frauen und Männern ist historisch gesehen eine relativ junge Entwicklung. Vor 1972 stimmten Männer und Frauen nach dem sogenannten "Weimarer Muster" ab : Die Frauen wählten durchweg konservativer als die Männer. Mit dem Aufkommen der GRÜNEN erneuerte sich dieser Trend kurzfristig noch einmal in einer deutlicheren Zustimmung der männlichen im Vergleich zur weiblichen Wählerschaft. Insgesamt läßt sich aber momentan nicht von einem spezifisch weiblichen Wahlverhalten sprechen. Neueste Untersuchungen deuten jedoch an, daß eine neue Welle geschlechtsspezifischen Wahlverhaltens bei Männern und Frauen nicht ganz unwahrscheinlich ist. Insbesondere der schon erwähnte Rückgang der Wahlbeteiligung junger ostdeutscher und auch westdeutscher Frauen deutet darauf hin, daß die Wahrnehmung einer geschlechtsspezifischen Benachteiligung stärker in das individuelle Bewußtsein rücken könnte. So sind insbesondere alleinstehende Frauen und Mütter in den neuen Bundesländern von den Veränderungen im Zuge der deutschen Einigung betroffen. Eine weitere Verschlechterung ihrer sozialen Lage könnte möglicherweise auch zu einer Abkehr von den traditionellen Strukturen politischer Einflußnahme führen oder ein verändertes Abstimmungsverhalten mit sich bringen.¹⁰⁾

Hat sich das Wahlverhalten von Frauen und Männern heute im wesentlichen angeglichen, so lassen sich bei der **aktiven Parteiarbeit** deutliche geschlechtsspezifische Unterschiede ausmachen. Die Bereitschaft von Frauen, in eine Partei einzutreten, ist erheblich geringer als die der Männer, wobei zur Zeit bei beiden Geschlechtern eine rückläufige Bereitschaft zur Parteiarbeit zu verzeichnen ist.

¹⁰⁾ Vgl. *Falter/Schumann* (Anm. 4) und *Ute Molitor* (1993): Gibt es eine frauenspezifisches politisches Verhalten? Befunde der empirischen Politikforschung der 80er Jahre. In: *Oscar W. Gabriel und Klaus G. Troitzsch* (Hg.): *Wahlen in Zeiten des Umbruchs*. Frankfurt am Main, S. 131-156.

Die Bereitschaft, in eine Partei einzutreten

Antworten	Frauen				Männer			
	1953	1979	1991 ^{*)}		1953	1979	1991 ^{*)}	
			West	Ost			West	Ost
	%	%	%	%	%	%	%	%
ja	4	12	9	3	10	17	15	8
nein	95	84	88	92	85	75	76	85
bin schon in einer Partei	1	3	3	5	5	7	9	7
keine Angaben		1				1		
insgesamt	100	100	100	100	100	100	100	100

^{*)} 1991: Gesamtdeutschland
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen 225, 1287, 3210.

Auch bei den weiteren konventionellen politischen Partizipationsformen, wie politische Diskussionen führen, Freunde für eigene politische Ansichten gewinnen oder Kontaktaufnahme zu Politikern, zeigen Frauen eine geringere Bereitschaft zur Beteiligung. Diese Befunde werden häufig auf das mangelnde Interesse der Frauen an der Politik zurückgeführt. Frauen sind eher unpolitisch und interessieren sich nicht für Politik, so lauten altbekannte, oft zu hörende Vorurteile und Stereotypen, die auch von Frauen so empfunden und vermittelt werden. Erst in jüngster Zeit versuchen Frauenforscherinnen diesen immer auf das weibliche "Partizipationsdefizit" rekurrierenden Ansatz mit einem weiterreichenden Begriff von Partizipation zu kontrastieren. Der Partizipationsbegriff wird dabei im wesentlichen verstanden als Engagement der Bürgerin an sozialen Prozessen, d. h., auch die Mitwirkung im Elternbeirat oder gesellschaftlich-politische Aktivitäten in nicht-staatlichen Organisationen werden unter den Begriff politische Partizipation subsummiert.¹¹⁾ Die Ergebnisse dieser Forschungen, die auch unkonventionelle Formen der Beteiligung mit einschließen, zeigen, daß Frauen ähnlich hohe Beteiligungswerte erreichen wie Männer. Bei jüngeren berufstätigen Frauen und Männern entspricht sich die Partizipationsbereitschaft völlig.

¹¹⁾ Vgl. *Birgit Meyer* (1992): Die unpolitische Frau. Politische Partizipation von Frauen oder: Haben Frauen ein anderes Verständnis von Politik? in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* B 25-26, S.3-13.

Konventionelle und unkonventionelle Partizipationsformen nach Geschlecht

Partizipationsformen	Männer	Frauen
Konventionelle Formen ^{a)}		
- politische Diskussionen führen	58,2	35,3
- Freunde für eigene polit. Ansichten gewinnen	31,3	16,1
- Kontaktaufnahme zu Politikern	12,1	5,9
- Kandidaten / Partei unterstützen	9,0	3,7
Unkonventionelle Formen ^{b)}		
- in einer Bürgerinitiative mitarbeiten	51,0	41,0
- Teilnahme an Unterschriftensammlung	60,8	53,1
- Teilnahme an Boykott	26,5	18,1
- Teilnahme an genehmigter Demonstration	36,4	22,7

.....

Quelle: Molitor (Anm. 10), S. 145.

^{a)} Bei den Fragen zu den konventionellen Formen wurden die Befragten aufgefordert anzugeben, wie oft sie persönlich so etwas tun bzw. wie häufig das bei ihnen vorkommt. Als Antwortkategorien standen die Vorgaben Oft/Manchmal/Selten/Niemals zur Verfügung. Die in der Tabelle ausgewiesenen Werte sind die prozentualen Anteile der zusammengefaßten Kategorien Oft und Manchmal.

^{b)} Bei den Fragen zu den unkonventionellen Formen wurden die Befragten aufgefordert anzugeben, ob sie sich daran beteiligen würden, wenn es um eine wichtige Sache geht, oder ob sie sich nur in einer ganz außergewöhnlichen Situation beteiligen würden oder ob sie sich unter keinen Umständen an einer solchen Aktion beteiligen würden. Die in der Tabelle angegebenen Werte sind die prozentualen Anteile der zusammengefaßten Kategorien "Habe mich bereits beteiligt" und "Würde mich in einer wichtigen Sache beteiligen".

Ausgehend von einem umfassenderen Partizipationsbegriff läßt sich somit die These von der "unpolitischen Frau" deutlich relativieren. Die bloße Verneinung der Frage "Interessieren Sie sich für Politik?" läßt somit keine angemessene Bewertung des politischen Interesses von Frauen zu. Erst durch einen erweiterten Politikbegriff, der auch soziales Engagement im Nahbereich als politisch begreift, kann der Grad des politischen Interesses von Frauen erfaßt werden.

Die Gründe für das stärkere Engagement von Frauen im Nahbereich und die teilweise, insbesondere bei jungen erwerbstätigen Frauen, bewußte Abkehr von den traditionellen Formen politischer Arbeit lassen sich wohl am ehesten in den traditionellen geschlechtsspezifischen Festschreibungen des Rollenverständnisses finden. Die Ausbildung von sogenannten "Geschlechtscharakteren" im 18. Jahrhundert führten zu einer arbeitsteiligen Trennung des privaten und des öffentlichen Bereiches. Die Frau wurde auf den privaten Reproduktionsbereich festgelegt, während die Öffentlichkeit als männliche Domäne angesehen wurde. Die Entpolitisierung des individuellen Privatbereiches war eine notwendige Folge. Daraus entwickelten sich unterschiedliche, geschlechtsspezifische Lebens- und Erfahrungswelten, die auch ein anderes Politikverständnis beinhalten. So geben alle in jüngster Zeit erhobenen Erfahrungsberichte von Politikerinnen in überwältigender Deutlichkeit und quer durch alle Parteien wieder, daß Frauen in anderer Weise als Männer in der Politik aktiv sind. Größere persönliche Betroffenheit, stärkere Konsensorientierung und Kooperationsbereitschaft und ein skeptischeres

Verhältnis zur Macht sind Beispiele für den "anderen" Umgang von Frauen mit der Politik.¹²⁾ Diese Ergebnisse dürfen keinesfalls als moralische Wertung im Sinne eines "besseren" Umgangs von Frauen mit der Politik oder als biologistische Determination des Wesens der Frau im Gegensatz zum Wesen des Mannes interpretiert werden. Sie sind vielmehr als historisch vermittelte Sozialisationsbedingungen aufzufassen, die auch heute noch weitgehend das Geschlechterverhältnis bestimmen und die nur allmählich ihren sich gegenseitig ausschließenden Charakter verlieren.

Für die zukünftige politische Kultur der Bundesrepublik erscheint das Aufbrechen der traditionellen Rollenbilder und Klischees als eine Grundvoraussetzung und Chance des demokratischen Systems. Dies bedeutet jedoch zunächst, daß das "andere" Politikverständnis von Frauen und ihr politisches Engagement, sei es auf konventioneller oder unkonventioneller Ebene, ernst genommen und dem männlichen als gleichwertig gegenübergestellt wird. Noch bestehende Barrieren, die Frauen daran hindern, sich politisch zu betätigen, wie beispielsweise rigide männliche Karrieremuster oder fehlende Kinderbetreuungseinrichtungen, müssen beseitigt werden. Frauen und Männer sind gleichermaßen gefordert, überkommene Rollenmuster und Klischees auch aus den eigenen Köpfen zu verbannen. Das Beispiel Freiburg zeigt gerade im diesjährigen Kommunalwahlkampf, daß der Aufbruch der Frauen ansteht und die paritätische Repräsentanz von Frauen und Männern in der Politik keine Utopie mehr bleiben muß.

¹²⁾ Vgl. *Inge Volk* (1992): Gibt es eine weibliche Politik? Gespräche mit Politikerinnen. Weinheim

Die Alten – das zukünftige Machtpotential?

von Carmen Wenkert

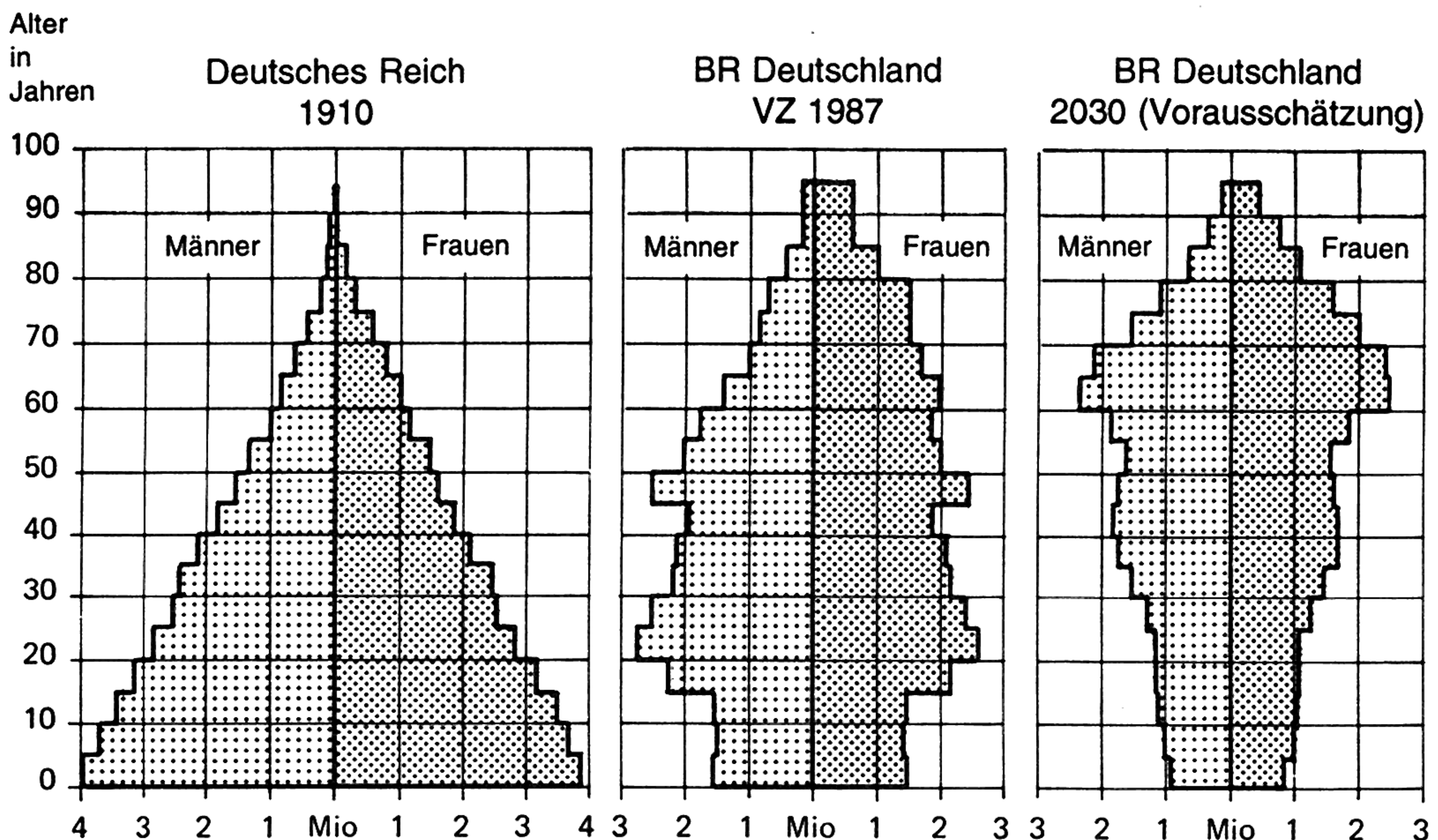
Überall auf der Welt steigt der Anteil der älteren Menschen. Schon spricht man von einer Vergreisung der Gesellschaft und düstere Zukunftsszenarien werden entwickelt. Manch ein Autor spricht sogar von einem Kampf der Generationen im Hinblick auf bevorstehende Verteilungskämpfe.¹⁾ Dieser Artikel will nun auf die demographische Entwicklung und den damit verbundenen Wandel in der Altersstruktur eingehen. Es geht aber auch darum, wer diese "Alten" sind und welche Themen für sie eine wichtige Rolle spielen.

Derzeit gibt es in Deutschland 16 Millionen Menschen über 60 Jahre, damit gehört jeder fünfte dieser Altersgruppe an. Die Alten stellen also ein gewaltiges Machtpotential dar, sowohl als Wähler, aber auch als Konsumenten. Sind sich die Alten dieses Potentials bewußt, bzw. nutzen es die Parteien? Wen wählen die Alten und was beeinflußt ihre Wahlentscheidung?

1. Die demographische Entwicklung in Deutschland

Die Veralterung unserer Gesellschaft scheint unaufhaltsam zu sein. Ein Wandel in der Bevölkerungsstruktur hat stattgefunden. Heute können Frauen im Durchschnitt von einer Lebenserwartung von 79,2 Jahren und Männer von 72,7 Jahren ausgehen. Gleichzeitig wird die heutige Bevölkerung von

Altersstruktur im Wandel, Altersgruppen von 5 Jahrgängen²⁾

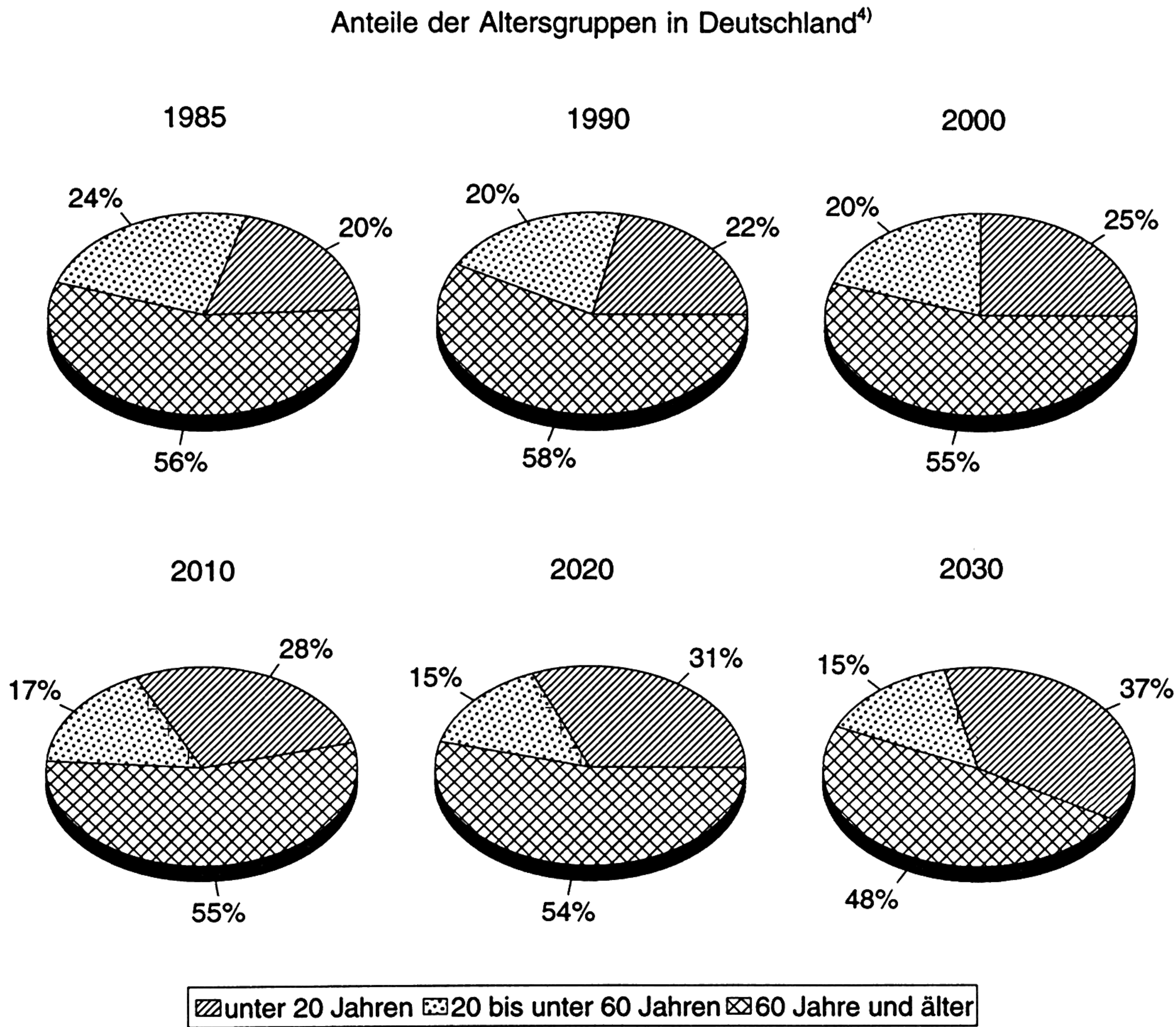


¹⁾ Vgl. Gronemeyer, Reimer (1989): Die Entfernung vom Wolfsrudel. Über den drohenden Krieg der Jungen gegen die Alten, Düsseldorf.

²⁾ Rosenberg, Peter (1990): Das soziale Netz vor der Zerreißprobe, Frankfurt, S. 21.

ca. 80 Millionen (1990) auf rund 63 Millionen Einwohner (2030) schrumpfen.³⁾ So stellt der Altersaufbau in Deutschland schon lange keine Pyramide mehr dar, sondern gleicht mehr und mehr einem Pilz, wobei die älteren Generationen, etwa die über 60jährigen, das Bild der Bevölkerung im Jahr 2030 bestimmen werden.

Gibt es derzeit ca. 16 Millionen Menschen über 60 Jahre, so wird im Jahr 2030 bereits jeder dritte Deutsche dieses Alter erreicht haben. Für das Verhältnis der verschiedenen Altersgruppen bedeutet das eine grundlegende Verschiebung.



Die Anzahl der Personen im erwerbsfähigen Alter sinkt bis zum Jahr 2030 auf 47 % gegenüber 58 % 1990. Gleichzeitig steigt der Anteil der über 60jährigen Personen um 15 Prozentpunkte, besonders der Anteil der Hochaltrigen, d.h. der über 75jährigen, wird in den nächsten Jahren stark zunehmen. Ihr Anteil betrug 1975 noch 2,7 % und 1990 7,2 %. Er wird im Jahr 2020 auf voraussichtlich 10,4 % ansteigen.

³⁾ Süddeutsche Zeitung vom 20.01.1994, Beilage.
⁴⁾ S. Klose, Hans-Ulrich (1993): Altern hat Zukunft. Opladen, S. 16.

Auch für Freiburg lassen sich diese Tendenzen festmachen. Bei einer Wohnbevölkerung von ca. 185 000 (1994) betrug der Anteil der 65jährigen und älteren 15,9 %. Die Zahl der über 64jährigen hat sich innerhalb von 20 Jahren um knapp ein Viertel erhöht und die Gruppe der unter 18jährigen um fast 23 Prozentpunkte reduziert. Und auch in Freiburg wird die Zahl der Hochaltrigen stark zunehmen, denn innerhalb der nächsten sechs Jahre wächst die Zahl der über 85jährigen um mehr als ein Drittel.⁵⁾

Wie im Bundesgebiet besteht auch in Freiburg ein Frauenüberschuß, der sich vor allem in den höheren Altersgruppen bemerkbar macht. So liegt der Frauenanteil in der Altersgruppe der 60–65jährigen bei 61 %. Auf 100 Männer kommen in dieser Altersgruppe 158 Frauen. Noch deutlicher wird das Bild, wenn man die Altersgruppe der über 85jährigen betrachtet. 77 % der älteren Personen sind hier Frauen, dies entspricht einem Verhältnis von 100 Männern gegenüber 329 Frauen.⁶⁾ Man kann deshalb auch von einer Feminisierung des Alters sprechen.

Die demographische Entwicklung zeigt, daß die Gesellschaft sich auf die kommenden Veränderungen in der Bevölkerungsentwicklung einstellen muß. Noch dominiert in der Gesellschaft ein negatives Bild von den Alten. Eine alternde Gesellschaft kann nichts Positives sein, ihr werden eher Attribute wie Innovationsunfähigkeit, Unflexibilität und Armut zugeschrieben. So hängt es auch von den Alten selbst ab, ob sie ihr Potential, ihr Selbstbewußtsein und auch ihren Einfluß nutzen, damit sie nicht als "Alterslast", sondern als "Alterskapital" bewertet werden.

2. Wer sind "die Alten"?

Wünsche, Bedürfnisse und Lebensstile älterer Menschen

Wer sind nun diese Alten bzw. Senioren (im neueren Sprachgebrauch)? Die demographische Entwicklung hat gezeigt, daß die Altersphase sich stark ausgeweitet hat. Sie reicht von den 60- bis zu den 100jährigen. Alter muß heute viel differenzierter gesehen werden, wobei neue Lebensphasen entstehen. Schon spricht man von jungen und alten Alten.⁷⁾

Die heutige ältere Generation hat eine Phase relativ ununterbrochenen wirtschaftlichen Wachstums durchlebt, was sich auch in ihrer Vermögenssituation niederschlägt. Doch nicht alle älteren Menschen haben an dieser Wohlstandsentwicklung teilhaben können. Vor allem Frauen sind von Altersarmut betroffen. Die heutige ältere Generation unterscheidet sich in vielerlei Hinsicht von früheren Alten, und auch die zukünftigen Alten werden anders sein als die heutigen. So weist jede Altersgruppe ein höheres Ausbildungsniveau und einen besseren gesundheitlichen Zustand auf. In einer repräsentativen Umfrage⁸⁾ unter den 55–70jährigen nach ihren Wünschen und Lebenszielen steht ganz weit vorne der Wunsch, körperlich und geistig fit zu bleiben. An zweiter Stelle folgt der Wunsch nach einem gesicherten Auskommen. Eine sehr wichtige Rolle spielen die zwischenmenschlichen Beziehungen, die

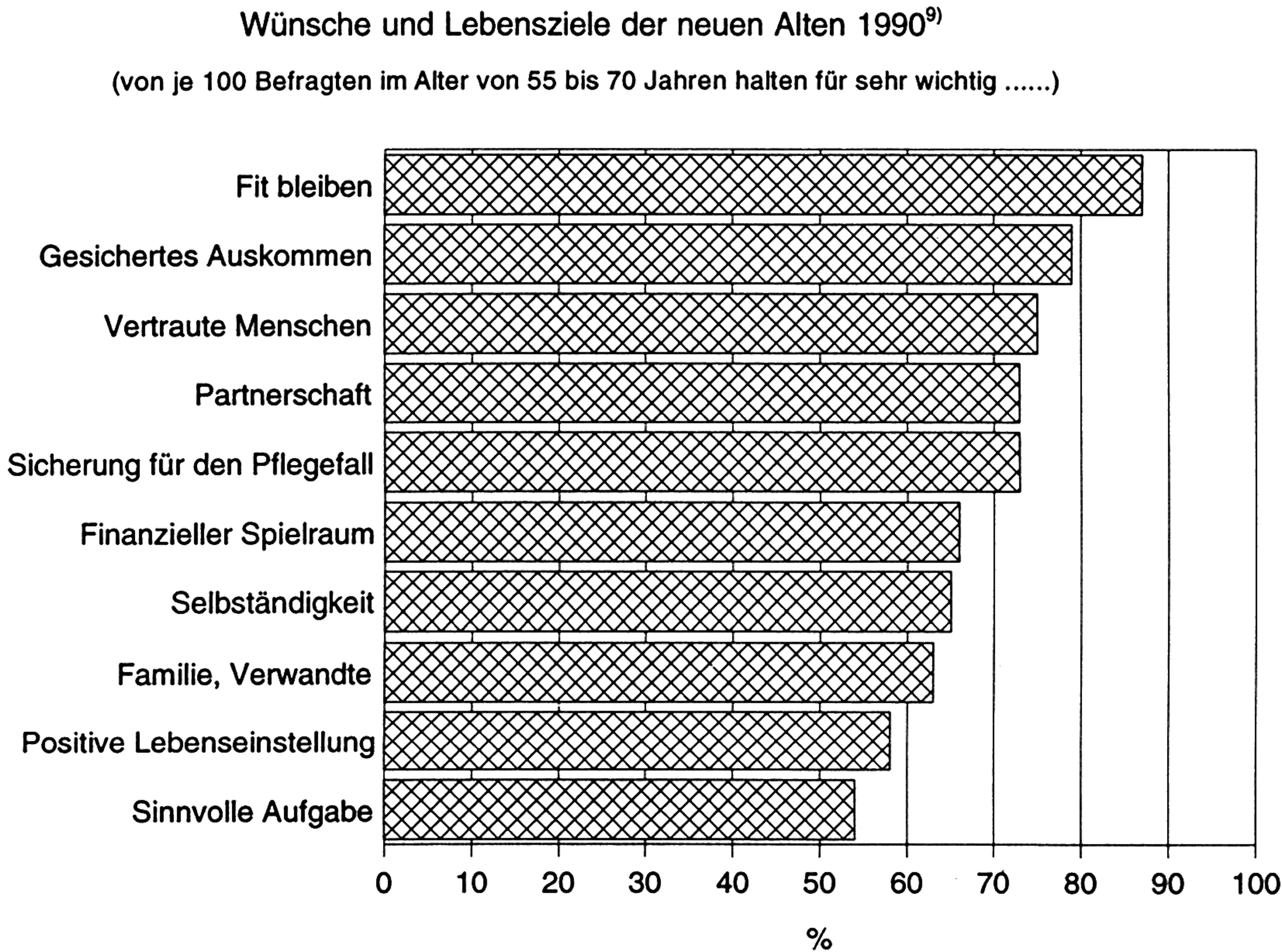
⁵⁾ Siehe Badische Zeitung vom 24.03.1994.

⁶⁾ Amt für Statistik und Einwohnerwesen der Stadt Freiburg i. Br. (Hrsg.): Ältere Menschen in Freiburg i. Br. Ergebnisse der Volkszählung von 1987, Sonderberichte H. 3, S. 16.

⁷⁾ *Buttler, Günter* (1988): Die Jungen Alten: Eine neue Lebensphase als ordnungspolitische Aufgabe. Baden-Baden, S. 14ff.

⁸⁾ *Mackroth, Petra / Ristau, Malte* (1993): Die Älteren als dynamischer Faktor. Handlungspotentiale und gesellschaftliche Interessen, in: *Klose, Hans-Ulrich* (Hrsg.): Altern der Gesellschaft. Antworten auf den demographischen Wandel, Köln, S. 288ff.

für drei Viertel aller 55–70jährigen lebenswichtig sind. Aber auch das Thema der Pflegeversicherung hat bei den Älteren eine hohe Priorität und weist damit auf den notwendigen Handlungsbedarf des Gesetzgebers hin. Eine große Rolle in den Bedürfnissen der älteren Menschen spielen Gesundheit und ökonomische Situation. Die alten Menschen wollen sich positiv erleben und erfahren, deshalb ist es sehr wichtig, ein selbstbestimmtes Leben im Alter zu führen, eine positive Lebenseinstellung zu haben und sinnvolle Aufgaben zu verrichten.



Die Marktforschung untersucht schon lange ausgewählte Personengruppen, um verschiedene Einstellungen und Eigenschaften aufzuzeigen. Es werden Typengruppen mit Hilfe sozialstruktureller Merkmale, Lebensstile und Wertorientierungen erstellt. Danach läßt sich die ältere Generation in vier Gruppen unterteilen.¹⁰⁾

Typ 1 stellt die "resignierten, zurückgezogenen Älteren" (ca. 15 %) dar. Bei ihm handelt es sich um sozial und materiell benachteiligte Menschen, die für sich eine äußerst negative Lebensbilanz aufstellen, sich aber resigniert mit dem status quo abfinden. Einsamkeit und Ohnmachtsgefühle sowie das Bedürfnis nach Sicherheit prägt diese Gruppe.

Typ 2 repräsentiert die "sicherheits- und gemeinschaftsorientierten Älteren" (ca. 29 %). Sie stehen dem Leben positiver gegenüber als Typ 1. Man will den wohlverdienten Ruhestand genießen und pflegt zwi-

⁹⁾ Westdeutsche Repräsentativ-Untersuchung (1990), Angaben: Infratest, Friedrich-Ebert-Stiftung/Globus 8503.

¹⁰⁾ Ueltzhöffer, Jörg (1992): Ältere im Spiegel der Gesellschaft, in: forum demographie und politik, H. 1, S. 54ff.

schenmenschliche Beziehungen. Treten hierbei Schwierigkeiten auf, so besteht ein starkes soziales Protestpotential, das noch durch vorhandene Wertverluste und Orientierungsprobleme vermehrt werden kann.

Die stärkste Gruppe stellt Typ 3 dar, jene "pflichtbewußten-häuslichen Älteren" (ca. 31 %), die großen Wert auf traditionelle Normen und Pflichterfüllung legen. Sie treten den Rückzug ins Private an und stehen gesellschaftlichen und politischen Veränderungen sehr skeptisch gegenüber.

Der Trendsetter bildet Typ 4, die mobilen "neuen Alten"¹¹⁾ (ca. 25 %). Sie weisen ein aktives Freizeitverhalten auf, streben nach Selbstverwirklichung, Kreativität und Aufgeschlossenheit gegenüber Neuem. Da sie sich meist in gutsituierten Verhältnissen befinden, wollen sie das Leben genießen und Unternehmungen betreiben, für die vorher keine Zeit vorhanden war, z. B. reisen, sich weiterbilden und kulturelle Angebote wahrnehmen. Wichtig ist für sie, am politischen und gesellschaftlichen Leben teilzunehmen. Sie sind hierbei auch bereit, wichtige Aufgaben zu erfüllen.

Lassen sich nun Hinweise finden, wie sich diese Werteveränderungen hinsichtlich politischer Beteiligung und Wahlverhalten äußern?

3. Politische Beteiligung und Wahlverhalten der alten Menschen

Untersuchungen zeigen, daß ältere Wähler politisch eher konservativ und stabilitätsorientiert denken und handeln. Betrachtet man die Beteiligung der älteren Wahlberechtigten an Bundestagswahlen, so stellt man fest, daß durchschnittlich ca. 85–90 % sich daran beteiligen. Am fleißigsten wählen die 60–70jährigen Männer, aber auch die Frauen haben in dieser Altersgruppe die höchste Wahlbeteiligung.¹²⁾ Diese überdurchschnittliche Wahlbeteiligung läßt auf eine hohe Systemakzeptanz schließen. Zudem sehen die Älteren es als staatsbürgerliche Pflicht an, sich an Wahlen zu beteiligen. Frauen wählen im allgemeinen seltener als Männer. Auffallend ist jedoch die sinkende Teilnahme bei den Frauen ab 70 Jahren. Die Beteiligung der Männer nimmt in dieser Altersstufe zwar auch ab, doch nicht so wie bei den Frauen (Bundestagswahl 1990: Männer 81,3 % ; Frauen 71,3 %).¹³⁾ Gründe für die sinkende Wahlbeteiligung im hohen Alter sind Krankheit und Gebrechlichkeit, aber auch soziale und gesellschaftliche Isolierung.

Es wird für die Parteien zunehmend wichtiger, die ältere Generation für sich als Wähler zu gewinnen, denn ohne Stimmengewinne in dieser Gruppe sind gute Wahlergebnisse nicht mehr zu erzielen. Bisher ging man davon aus, daß die Zunahme des politischen Konservatismus mit dem Alter (Lebenszyklusthese) das Wahlverhalten präge. Doch vor dem Hintergrund anderer generationsspezifischer Erfahrungen und veränderter Wertorientierungen hat sich auch das Wahlverhalten der Älteren geändert. Ihre Entscheidungen sind kurzfristiger und flexibler geworden und sie stellen höhere Ansprüche. Auch

¹¹⁾ Hierzu insbesondere Tews, Hans-Peter (1993): Die "neuen Alten" – aus der Sicht der Soziologie, in: forum demographie und politik, H. 3, S. 9ff.

¹²⁾ Mayer, Hans-Ludwig (1991): Wählerverhalten bei der Bundestagswahl 1990 nach Geschlecht und Alter, in: Wirtschaft und Statistik, H. 4, S. 254.

¹³⁾ Ebenda, S. 252.

in dieser Bevölkerungsgruppe lockern sich die Partei- und Kirchenbindungen, wenn auch nicht so stark wie in anderen Altersgruppen. Trotzdem wählen die Älteren vor allem die Unionsparteien. Die Stimmanteile der CDU/CSU bei Bundestagswahlen blieben bei den über 60jährigen immer relativ konstant um die 50 % ¹⁴⁾, wobei der Erfolg bei den über 60jährigen Frauen noch größer ist als bei den Männern. Die SPD hat ausgeglichene Wähleranteile bei Männern und Frauen. Gemessen am Gesamtergebnis hat die SPD bei den Älteren eher einen unterdurchschnittlichen Erfolg (s. folgende Tabelle).

Bei den anderen Parteien sind die Älteren eher unterrepräsentiert bzw. kaum vertreten. Und auch die GRAUEN, die ja angetreten waren, die Interessen der älteren Generation zu vertreten, erreichen bei kommunalen und regionalen Wahlen gerade mal Ergebnisse zwischen 0,5 und 2 %.

Stimmabgabe der über 60jährigen in der Bundesrepublik (Bundestagswahlen 1972 – 1990)
in Prozent der gültigen Zweitstimmen

Bundes- tagswahl	CDU/CSU über 60jährige			Gesamt- ergebnis der Union	SPD über 60jährige			Gesamt- ergebnis der SPD
	insg.	Mann	Frau		insg.	Mann	Frau	
1972	50,6	49,3	51,7	44,9	42,2	42,5	42,0	45,8
1976	51,9	51,2	52,5	48,6	42,0	42,0	42,0	42,6
1980	49,8	50,6	49,3	44,5	42,1	41,2	42,6	42,9
1983	52,6	50,9	53,5	48,8	39,8	39,9	39,7	38,2
1987	52,3	50,1	53,3	44,3	37,5	38,0	37,2	37,0
1990 ¹⁾	52,9	50,1	54,8	44,1	33,4	34,3	32,8	35,9
1990 ²⁾	46,6	41,4	49,7	41,8	26,3	28,7	24,9	24,3
1990 ³⁾	51,7	48,6	53,9	43,8	31,8	33,0	31,0	33,5

¹⁾ Deutschland West, ²⁾ Ost, ³⁾ Deutschland insgesamt.
Quelle: Repräsentative Wahlstatistik der Wahl zum 12. Deutschen Bundestag am 2.12.1990, Statistisches Bundesamt

Doch wie steht es mit den politischen Mitwirkungsrechten der Älteren? Einerseits steigt der Anteil der älteren Menschen an der Bevölkerung, andererseits sinkt ihr Anteil an gesellschaftlichen und politischen Ämtern. Dieser Trend zur Verjüngung der Eliten in Deutschland nimmt beständig zu. Müßte nicht gerade deshalb eine Partei wie die GRAUEN einem steigenden Teilnahmebedürfnis älterer Menschen entgegenkommen? Doch dies entspricht nicht der Realität. Zwar zeigen repräsentative Meinungsumfragen ein großes Sympatiepotential (20 %) für eine eigenständige Altenpartei auf, doch haben sich diese Neigungen noch nicht verankert.

¹⁴⁾ Roth, Dieter / Emmert, Thomas (1993): Wahlchancen bei den Senioren, in: forum demographie und politik, H. 3, S. 138.

Die etablierten politischen Parteien brauchen in nächster Zeit hier keine Konkurrenz zu fürchten, doch muß es in ihrem Interesse liegen, die Älteren stärker einzubinden. Die älteren Menschen unterscheiden sich zwar kaum von anderen Bevölkerungsgruppen hinsichtlich Mitgliedschaft in einer Partei, aber ein Parteiamt oder ein Mandat im Parlament wird von ihnen kaum besetzt. Im Bundestag sind z. B. nur sechs Abgeordnete über 65 Jahre alt, was 0,9 % des Plenums darstellt.¹⁵⁾ Die Bereitschaft zu politischer Mitwirkung ist weitgehend vom Grad der Konventionalität oder der Unkonventionalität der entsprechenden Aktion abhängig. Bei unkonventionellen Partizipationsformen, z. B. Demonstrationen, wilden Streiks, Hausbesetzungen usw., geht die Bereitschaft mit zunehmendem Lebensalter zurück. Daraus ergibt sich auch die geringe Anhängerschaft der Älteren für die neuen sozialen Bewegungen.¹⁶⁾

Wie wählen nun aber die älteren Freiburger? Die Altersstruktur ist für die Regierungsparteien von Vorteil, denn bei den Bundestagswahlen 1990 waren knapp die Hälfte der Wahlberechtigten in Freiburg älter als 45 Jahre und ca. jede(r) vierte älter als 60 Jahre. Die Ergebnisse auf Bundesebene setzten sich in Freiburg fort. So steigt auch hier die Wahlbeteiligungsquote mit zunehmendem Alter und erreicht bei den 60jährigen ihren Höchststand.¹⁷⁾ Auch hier liegt die CDU in der Gunst der älteren Männer und Frauen vorne und erreicht bei den Frauen (60 Jahre und älter) den höchsten Wähleranteil. In den Parteipräferenzen folgen die Freiburger dem Trend auf Bundesebene. Die Älteren wählen vor allem die CDU, die Jüngeren eher die GRÜNEN und die SPD.

Stimmabgabe der Männer und Frauen nach Altersgruppen bei der Bundestagswahl 1990
in Freiburg i. Br. – Repräsentative Wahlbezirke

Bewerber/ Partei	Von 100 abgegebenen Stimmen der Altersgruppe ... entfielen auf																	
	Männer						Frauen						Männer und Frauen					
	18 - 24	25-34	35-44	45-59	60 u.m.	insg.	18-24	25-34	35-44	45-59	60 u.m.	insg.	18-24	25-34	35-44	45-59	60 u.m.	insg.
CDU	25,6	17,2	30,8	43,6	54,2	35,9	19,4	16,1	31,7	44,6	54,1	37,6	22,5	16,6	31,2	44,1	54,1	36,9
SPD	42,7	46,1	45,7	39,2	31,9	40,4	37,8	40,4	42,1	36,6	31,8	36,7	40,2	43,2	43,8	37,8	31,9	38,4
FDP	3,6	4,4	3,1	5,1	4,5	4,3	5,1	3,6	5,0	6,7	6,2	5,5	4,4	4,0	4,1	5,9	5,5	5,0
GRÜNE	18,8	23,2	12,9	4,9	1,5	11,2	29,0	32,6	15,9	4,7	1,2	13,2	24,0	28,0	14,5	4,8	1,3	12,3
Sonstige	9,3	9,1	7,5	7,2	7,9	8,2	8,7	7,3	5,3	7,4	6,7	7,0	8,9	8,2	6,4	7,4	7,2	7,4
insges.	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0

Zweitstimme

CDU	23,0	17,2	28,5	39,2	49,8	33,2	20,0	14,1	29,2	42,6	51,5	35,6	21,5	15,7	28,9	41,0	50,9	24,5
SPD	40,4	43,2	40,8	35,4	31,1	37,6	42,7	45,1	40,2	35,1	31,2	37,3	41,6	44,2	40,4	35,3	31,2	37,4
FDP	11,3	9,3	10,9	14,4	10,8	11,4	10,1	8,1	10,9	13,3	11,2	10,9	10,7	8,7	10,9	13,8	11,1	11,1
GRÜNE	18,8	24,6	14,7	5,1	1,1	11,7	21,1	27,1	16,6	4,2	1,1	11,2	19,9	25,9	15,8	4,6	1,1	11,4
Sonstige	6,5	5,7	5,1	5,9	7,2	6,1	6,1	5,6	3,1	4,8	5,0	5,0	6,3	5,5	4,0	5,3	5,7	5,6
Insges.	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0

¹⁵⁾ s. Das Parlament v. 6.11.1993, S. 8.
¹⁶⁾ s. Bürklin, W.P. (1989): Politisches System und politische Interessenartikulation alter Menschen, in Baltes, Margret M.: Erfolgreiches Altern. Bedingungen und Variationen. Bern u.a., S. 63.
¹⁷⁾ Amt für Statistik und Einwohnerwesen der Stadt Freiburg i.Br.(Hrsg.): Wahl der Abgeordneten zum 12. Deutschen Bundestag am 2.12.1990 in Freiburg i.Br., in: Beiträge zur Statistik der Stadt Freiburg im Breisgau 1991, S. 39ff, siehe Tab. S. 42ff.

4. Ausblick

Welche Konsequenzen können für künftige Wahlen und Wahlentscheidungen aus dem demographischen Wandel entstehen?

Die 60jährigen und älteren beteiligen sich überdurchschnittlich an Wahlen und können den Wähleranteil bis ins Jahr 2030 bis auf 50 % erhöhen. Zukünftige Wahlentscheidungen werden daher zunehmend von alten Menschen bestimmt. Die Älteren stellen ein geballtes Machtpotential dar, doch müssen sich viele dessen erst bewußt werden. Noch ist der Anteil der selbstbewußten Alten, die ihre Interessen mit Nachdruck vertreten, relativ klein. Er wird aber in Zukunft, als Folge der gewandelten Lebensformen, deutlich steigen.

Unterstellt man für das Wahlverhalten der älteren Menschen lebenszyklische Muster – mit zunehmendem Alter wird konservativer gewählt –, so ergeben sich für die CDU/CSU die besten Zukunftsaussichten: In 40 Jahren sind sie die strukturelle Mehrheitspartei. Ist das Wahlverhalten aber stärker an die Generationszugehörigkeit gekoppelt, so kann die Union lediglich mit ca. 30 % rechnen.¹⁸⁾

Die SPD könnte dann auf keinen Zugewinn aus dieser Wählerschicht rechnen und bliebe eine Minderheitspartei. Die Alten von morgen sind jedoch anders als die von heute. Geht die SPD auf die neuen Themen und Lebensformen ein, kann es ihr gelingen, dieses anwachsende Wählerpotential für sich zu nutzen und die Dominanz der Unionsparteien zu verhindern.

¹⁸⁾ Bürklin, W.P. a.a.O., S. 65f.

Wahlverhalten in städtischen Problembezirken

Empirische Befunde und Interpretation am Beispiel Freiburg im Breisgau

von Andreas Pfeil

Arbeitslosigkeit, Rezession, Steuern, Wirtschaft: Das ökonomische Wohlbefinden der Nation und ihrer Bürger war in der Geschichte der Bundesrepublik immer schon ein besonderes Wahlkampfthema, da die Deutschen dem Staat und der Regierung eine beträchtliche Verantwortung für die Entwicklung der Wirtschaft und ihrem ganz persönlichen finanziellen Wohlergehen zuweisen. Dementsprechend hoch sind die Erwartungen an die zur Wahl stehenden Parteien. Die wirtschaftliche Situation ist in fast allen Wahlkämpfen des Superwahljahres '94 das zentrale Thema, das aus zwei Gründen tatsächlich eine ganz besonders kritische Rolle für die Wahlentscheidungen dieses Jahres zu spielen scheint: Erstens sind mehr Wähler als in den letzten Jahren persönlich direkt von der Wirtschaftsmisere betroffen. Das Heer der registrierten Arbeitslosen zählt an die vier Millionen. Berichte über das Ausmaß der alten neuen Armut dokumentieren den Ernst der Lage. Zweitens stecken die Regierungsparteien in Bonn, CDU/CSU und F.D.P., die von den Wählern traditionell als "kompetenter in Wirtschaftsfragen" eingeschätzt werden, in der Klemme. Während ihrer Regierungszeit ist eine der tiefsten Rezessionen der Nachkriegszeit zu verzeichnen, die die Koalitionsparteien erstmals seit der Regierungsübernahme in Bonn 1982 daran hindern könnte, die traditionelle Trumpfkarte des "Kompetenzvorsprungs" unbelastet auszuspielen.

Wirtschaftlich enttäuschte Bürger neigen verstärkt dazu, sich gegen die Regierungspartei zu entscheiden bzw. der Wahl fern zu bleiben. Am Beispiel der Stadt Freiburg soll nun gezeigt werden, wie das Wahlverhalten in Wahl- bzw. Stadtbezirken aussieht, die mit großen sozialen Problemen belastet sind. Die Stadt Freiburg ist nicht den sozialen und wirtschaftlichen Auswirkungen des Zechensterbens oder der Schließung von Werften ausgesetzt, sie ist aber dennoch für eine solche Untersuchung durchaus geeignet: Freiburg besitzt sowohl eine der höchsten Sozialhilfequoten als auch eine der höchsten Arbeitslosenquoten in Baden-Württemberg.¹⁾

1. Für die Analyse verwendete Daten

Grundlage der vorliegenden Analyse sind die Ergebnisse der Landtagswahl von Baden-Württemberg vom 5. April 1992 in Freiburg. Diese werden in Verbindung gesetzt mit Indikatoren, die anzeigen, ob und in welchem Ausmaß ein Stadtbezirk mit sozialen Problemen belastet ist, das heißt, ob dort relativ viele Menschen wohnen, die z. B. von einer wirtschaftlichen Krisensituation betroffen sind.

¹⁾ Sozialhilfeempfänger pro 1000 Einwohner (1991): Baden-Baden 42, Ulm 48, Heidelberg 51, Pforzheim 55, Heilbronn 56, Karlsruhe 60, Stuttgart 60, *Freiburg* 82, Mannheim 87, Baden-Württemberg 40. Arbeitslosenquote in % (März 1992): Baden-Baden 3,7; Stuttgart 4,2, Ulm 4,5, Karlsruhe 5,1, Heilbronn 5,4, Pforzheim 5,5, Heidelberg 6,1, *Freiburg* 7,0, Mannheim 7,1, Baden-Württemberg 4,0.

Der erste Indikator ist der **Anteil der Sozialhilfeempfänger pro 1000 Einwohner** in den einzelnen Stadtbezirken Freiburgs. Der Anteil der Sozialhilfeempfänger an der Bevölkerung eines Stadtbezirks ist in der Freiburger Weststadt wie Haslach-Gartenstadt (104 ‰), Mooswald-Ost (126 ‰), Stühlinger-Beurbarung (135 ‰), Haslach-Schildacker (139 ‰), Alt-Stühlinger (163 ‰) und Haslach-Weingarten (211 ‰) besonders hoch und erreicht seinen Spitzenwert im Stadtbezirk Brühl-Industriegebiet (723 ‰).

Zusammenhang zwischen dem Anteil der Sozialhilfeempfänger pro 1000 Einwohner und den Ergebnissen der Landtagswahl von 1992 in Freiburg i. Br.

Bezirke mit ... Sozialhilfeempfängern pro 1000 Einwohner (Quartile) ¹⁾	Wahl- beteiligung	CDU	SPD	GRÜNE	F.D.P.	REP
Stadt Freiburg i. Br.						
1. Quartil	72,1	32,6	29,0	20,9	6,7	5,2
2. Quartil	69,5	29,0	32,0	21,7	4,9	6,6
3. Quartil	51,9	26,0	35,4	20,3	4,0	8,5
4. Quartil	60,3	24,6	36,3	20,1	3,8	9,4
insgesamt	66,8	28,4	32,8	20,8	5,0	7,2
Osten von Freiburg ²⁾						
1. Quartil	73,5	34,2	24,8	24,0	7,2	3,9
2. Quartil	69,9	30,5	27,2	27,0	5,5	4,1
3. Quartil	64,7	26,7	30,8	25,8	4,7	6,3
4. Quartil	68,8	28,5	26,6	28,2	5,5	6,0
zusammen	69,8	30,8	27,0	25,8	6,0	4,6
Westen von Freiburg ²⁾						
1. Quartil	70,3	30,2	34,8	16,5	6,1	6,9
2. Quartil	67,6	27,4	36,7	16,4	4,2	9,0
3. Quartil	65,1	25,6	38,0	17,2	3,6	9,7
4. Quartil	57,2	22,8	40,5	16,6	3,1	11,4
zusammen	64,6	26,3	37,6	16,7	4,2	9,4

¹⁾ Das erste Quartil umfaßt das Viertel der Stadtbezirke mit den niedrigsten Anteilen an Sozialhilfeempfängern, das zweite Quartil das nächst höhere Viertel der Stadtbezirke usw. ²⁾ Östlich / westlich der Hauptbahnlinie Basel – Karlsruhe.

Als zweiter Indikator dient der **Anteil der Bewohner in Wohnungen der städtischen Siedlungsgesellschaft (SG)** in den einzelnen Wahlbezirken. Die Siedlungsgesellschaft besitzt ca. 9000 Wohnungen (Sozialwohnungen) im Freiburger Stadtgebiet, in denen rund 11% der Freiburger Bevölkerung leben. Mieter dieser Wohnungen sind in hohem Maße Personen, die finanziell mit der auf dem freien Markt üblichen Mietpreisentwicklung nicht mithalten können und somit auch unter die Kategorie der mit sozialen Problemen belasteten Gruppen fallen. Der Anteil der rangniedrigen Sozialgruppen an den Mietern der Siedlungsgesellschaft ist demnach überdurchschnittlich hoch. Obwohl die folgende Tabelle zwischen Mietern der Siedlungsgesellschaft im Freiburger Osten und Freiburger Westen unterscheidet, muß doch an dieser Stelle darauf hingewiesen werden, daß der Großteil der SG-Wohnungen sich im Westen Freiburgs befindet. 1988 lebten in Haslach-Weingarten und Stühlinger-Beurbarung ca. 60% der Bevölkerung in Wohnungen der Siedlungsgesellschaft, im Bezirk Haslach-Gartenstadt betrug der Anteil rund 41%.

Zusammenhang zwischen dem Mieteranteil der städtischen Siedlungsgesellschaft
und den Ergebnissen der Landtagswahl 1992 in Freiburg i. Br.

Bezirke mit Sozialmieteranteil an der Wohnbevölkerung von ... bis unter ... Prozent	CDU	SPD	GRÜNE	F.D.P.	REP
Osten von Freiburg					
unter 10	29,9	27,8	26,3	5,7	4,4
10 bis 30	23,0	35,7	22,2	4,6	8,0
Westen von Freiburg					
unter 10	26,1	38,2	15,1	4,7	9,1
10 bis 30	24,2	39,5	16,2	3,1	10,9
30 bis 50	19,9	44,6	13,1	2,9	13,6
50 bis 70	22,2	43,5	11,6	3,0	13,5
70 und mehr	24,3	42,3	11,0	2,1	14,4
Freiburg i. Br. insgesamt	28,4	32,8	20,8	5,0	7,2

2. Beobachtungen und Interpretation

Anhand des herangezogenen Datenmaterials lassen sich vier Beobachtungen machen.

- Je größer der Anteil von Sozialhilfeempfängern und Mietern der Siedlungsgesellschaft in einem Stadtteil ist, desto mehr Stimmen entfallen auf SPD und Republikaner. In den Wahlbezirken Freiburgs, die besonders mit sozialen Problemen konfrontiert sind – Brühl-Industriegebiet, Brühl-Güterbahnhof, Landwasser, Haslach-Egerten, Haslach-Weingarten, Haslach-Schildacker, Haslach-Gartenstadt, Stühlinger-Beurbarung, Mooswald-Ost und Mooswald-West – , befinden sich die Hochburgen von Republikanern und Sozialdemokraten.
- Das umgekehrte Ergebnis gilt für die F.D.P.: Je größer der Anteil von Sozialhilfeempfängern und Mietern der Siedlungsgesellschaft an den Wählern eines Stadtbezirks ist, desto weniger Stimmen entfallen auf diese Partei. In Wahlbezirken, in denen sich soziale Probleme häufen, bekommt die F.D.P. also deutlich weniger Stimmen als im Durchschnitt der Stadt Freiburg.
- Bei der CDU und den GRÜNEN sind diese Zusammenhänge weniger eindeutig. Zwar geht der Anteil der CDU mit dem Anteil der Sozialhilfeempfänger etwas zurück, doch sind die Unterschiede im Osten und Westen der Stadt relativ gering. Die CDU hat von allen Parteien über alle Stadtbezirke hinweg das ausgeglichenste Ergebnis, was ihren Anspruch, Volkspartei zu sein, bestätigt. Bei den GRÜNEN ist kein Zusammenhang zwischen Wahlergebnis und Anteil der Sozialhilfeempfänger erkennbar, doch auffällig ist, daß die GRÜNEN im Osten von Freiburg rund 10 % mehr Stimmen erhalten als im Westen. Dies gilt auch für das Merkmal Sozialmieter, wobei hier aber der Stimmenanteil der GRÜNEN mit wachsendem Anteil der Mieter von Sozialwohnungen fällt.
- Die Wahlbeteiligung ist in sozial belasteten Gebieten deutlich geringer als in wohlhabenderen Bezirken.

Wie sind nun diese Beobachtungen zu erklären? Es werden hierzu Theorieansätze bezüglich des Wählerverhaltens dargestellt, die in der Wahlforschung in den bisher erstellten Studien zur Erklärung des Wahlverhaltens von sozial belasteten Gruppen erarbeitet worden sind.²⁾ Es handelt sich hierbei um die Theorieansätze der **Anti-Regierungs-** und der **Klientelwahl**.

Die These von der **Anti-Regierungswahl** geht von einem sozial ungebundenen, rational abwägenden Wähler aus, der dazu neigt, die Gründe für seine schlechte wirtschaftliche Situation den an der Regierung beteiligten Parteien anzulasten. Prinzipiell ergeben sich für ihn drei Möglichkeiten, die Regierungspartei/en zu "bestrafen": Erstens, er wählt die größte Oppositionspartei, die Partei also, die die besten Aussichten hat, nach den Wahlen die neue Regierung zu stellen. Zweitens könnte der frustrierte Wähler ein Protestwahlverhalten aufweisen und das Kreuz auf dem Stimmzettel beispielsweise bei den Republikanern machen. Von keiner der etablierten Parteien erhofft er sich dann eine Besserung seiner Situation und tritt mit der Wahl einer radikalen Partei für die Schaffung "ganz neuer Verhältnisse" ein. Außerdem ist denkbar, daß er bei einer "Denkzettel-Wahl", wofür der Wähler besonders Europawahlen nutzt, durch die Wahl einer radikalen Partei den großen Parteien einmalig seinen Unmut über ihre jüngste Politik ausdrückt. Schließlich bleibt dem Wähler als dritte Option die Möglichkeit der Nichtwahl. Die Nichtwähler halten keine der zur Wahl stehenden Kandidaten oder Parteien für kompetent genug oder ganz allgemein Parteien überhaupt für nicht fähig, ihre schlechte wirtschaftliche Situation positiv zu beeinflussen.

Die **Klientelwahl** stellt das zweite Erklärungsmuster für das mögliche Wahlverhalten von Wählern sozial belasteter Bezirke dar. Dieser Ansatz unterstellt einen sich mit einer sozialen Gruppe identifizierenden Wähler, der seine Interessen durch die starke Bindung an eine bestimmte Partei, die er immer wieder wählt, vertreten sieht. Auch wenn der Wähler also allen Grund hat, mit der Arbeit "seiner" Partei nicht zufrieden zu sein, wird er dieser Partei dennoch seine Stimme geben. Sein Vertrauensvorschuß für diese Partei sowie Ausreden und Entschuldigungen, mit denen er sich die Inkompetenz "seiner" Partei erklärt, blockieren sowohl eine fundamentale Kritik an der Partei als auch eine Änderung seines Wahlverhaltens. Sollte die Frustration über die Partei dennoch stärker sein, wird er als wahrscheinlich einmalige und weitreichendste Bestrafung der Wahlurne fernbleiben. Ein Wähler, der zur Klientel einer Partei gehört, wählt normalerweise keine andere Partei.

Wird unterstellt, daß die Sozialdemokraten von vielen Wählern in den einkommensschwachen und mit sozialen Problemen belasteten Bezirken im Freiburger Westen nach wie vor als die Partei angesehen wird, die allein die Interessen des "kleinen Mannes" vertritt, so erscheint die Annahme einer Klientelwahl durch die hohen Stimmenergebnisse der SPD in der Weststadt plausibel.

Besonders interessant erscheint die Tatsache, daß die Hochburgen der Republikaner und der SPD zusammenfallen. Genaue Daten zu Wanderungen innerhalb der Wählerschaft können an dieser Stelle nicht vorgelegt werden. Dennoch könnte man aufgrund dieses Befundes die These näher untersuchen,

²⁾ Bürklin, Wilhelm P./Wiegand, Jürgen (1984): Arbeitslosigkeit und Wahlverhalten. In: Bonß, Wolfgang/Heinze, Rolf G.: Arbeitslosigkeit in der Arbeitsgesellschaft. Frankfurt/Main (Neue Folge 212), S. 273-297; und Krieger, Hubert (1985): "Anti-Regierungs-" oder "Klientelthese"? Wirkungen persönlicher Betroffenheit von Arbeitslosigkeit im Rahmen des etablierten Parteienspektrums (1980-1985). In: Politische Vierteljahresschrift 26, S. 357-380.

wonach die Wähler der Republikaner nicht notwendigerweise vom rechten Rand der CDU stammen, sondern Resultat von langfristigen Abkoppelungsprozessen von der SPD sind.³⁾

Die Unattraktivität der F.D.P. für Wähler in sozial stark belasteten Wahlbezirken geht aus den Tabellen deutlich hervor. In den Wahlbezirken, in denen sich die Hochburgen von Republikanern und der SPD befinden, liegen die Tiefburgen der F.D.P. Die F.D.P. zielt als Honoratiorenpartei auf eine andere Personengruppe als die in den sozial belasteten Gebieten der Freiburger Weststadt lebende und hat ihre Hochburgen in Günterstal, der Unterwiehre und Opfingen.

Bereits bei den oben gemachten Beobachtungen ist deutlich geworden, daß die Ergebnisse der CDU und der GRÜNEN in Freiburg je nach Indikator variieren. Der Indikator, der den Anteil der Bewohner der Siedlungsgesellschaft in einem Wahlbezirk abbildet, zeigt sinkende Stimmenanteile der GRÜNEN bei steigendem Anteil der SG-Mieter. Damit liegt die Vermutung nahe, daß die Wähler der GRÜNEN nicht identisch sind mit den Mietern der Siedlungsgesellschaft. Die Ergebnisse der GRÜNEN sind jedoch laut Tabelle, die den Anteil der Sozialhilfeempfänger pro 1000 an den Wählern der Stadtbezirke zeigt, konstant. Jene Konstanz in den Wahlergebnissen der GRÜNEN könnte darauf hindeuten, daß die Wähler der GRÜNEN "ihre" Partei aufgrund einer Weltanschauung wählen, die unabhängig von ihrem sozialen Status ist: Man könnte sich z.B. einen seit langer Zeit arbeitslosen, sozialhilfeempfangenden Studienrat vorstellen, der aufgrund seiner ökonomischen Situation zwar einen sehr niedrigen sozialen Status besitzt, der aber wegen seiner Sozialisation und seiner intellektuellen und beruflichen Qualifikation doch zu einem Milieu gehört, in dem "grüne" Themen, wie Ökologie und Abrüstung, eine vorrangige Rolle spielen.

Die Ergebnisse der CDU lassen sich auf zweierlei Arten interpretieren. Ihre im Vergleich zur SPD relativ gleich hohen Wahlergebnisse im Freiburger Stadtgebiet können so erklärt werden, daß ein Teil der CDU-Wähler dieser Partei aus Gründen ihre Stimme geben, die – wie bei den GRÜNEN auch – ebenfalls unabhängig von ihrer wirtschaftlichen Situation sind: Katholiken ziehen beispielsweise die CDU anderen Parteien vor, unabhängig von ihrem sozialen Status. Diese Wähler bilden den Sockel der CDU-Wählerschaft, dessen Größe im Falle ökonomischer Krisen nicht stark variiert. Die in den einzelnen Gruppen (Quartil 1 bis 4) sowohl für das Freiburger Stadtgebiet als auch in der Ost- und Weststadt ablesbaren Unterschiede sind dadurch erklärbar, daß in mit sozialen Problemen belasteten Stadtbezirken, wie z.B. Haslach-Weingarten, die Klientel der SPD traditionell größer ist als die der CDU.

3. Schluß

Solange nicht personenbezogene Daten von Sozialhilfeempfängern und Arbeitslosen vorliegen, kann das Wahlverhalten von Wählern, die von ökonomischen Krisen betroffen sind, nur unter Zugrundelegung der Wahlergebnisse ganzer Stadt- oder Wahlbezirke untersucht werden. Damit bleibt aber der direkte Zugriff auf das tatsächliche Wahlverhalten dieser Gruppen verwehrt.

³⁾ Zum Aspekt der Abkoppelungsprozesse siehe *Mielke, Gerd*: Strohfeuer oder Schwelbrand? Zur Diskussion um die Anhänger der neuen Rechtsparteien. Eine Analyse der Wähler der Republikaner bei der Europawahl und der Kommunalwahl 1989 in Freiburg. Sonderberichte des Amtes für Statistik und Einwohnerwesen, Freiburg i. Br. Wahlforschung, September 1990.

Festzuhalten bleibt, daß in Wahlbezirken, die von den sozialen Auswirkungen wirtschaftlicher Krisenerscheinungen, wie z.B. Arbeitslosigkeit, betroffen sind, das Phänomen des Nichtwählens und überdurchschnittliche Erfolge der Republikaner gehäuft auftreten.

Die Frage, ob das ebenfalls erfolgreiche Abschneiden der SPD auf ein Klientel- oder Anti-Regierungswahl-Verhalten zurückzuführen ist, kann nur dahingehend beantwortet werden, daß eine Überlappung beider Verhalten vorliegt: In Wahlbezirken mit sozialen Problemen besitzt die SPD eine starke Klientelwählerschaft, welche auch bei zukünftigen Wahlen für hohe Ergebnisse der Sozialdemokraten in diesen Bezirken sorgen wird. Die Klientelwahl stellt also dort das vorherrschende Erklärungsmuster für das Wahlverhalten dar. Als Oppositionspartei in Bonn und vor 1992 auch in Stuttgart, kann die SPD für den wachsenden Anteil sozial ungebundener Wähler aber auch eine Alternative gegenüber der regierenden CDU/CSU-F.D.P.-Koalition bzw. CDU-Regierung darstellen: Bei großer Unzufriedenheit werden die regierenden Parteien durch die Wahl der Opposition von diesen Wählern bestraft. Insofern läßt sich ein Teil der SPD-Stimmen auch auf eine Anti-Regierungswahl zurückführen.

Angesichts gewaltiger wirtschaftlicher Probleme im Deutschland der neunziger Jahre, besonders in den neuen Bundesländern, und angesichts einer steigenden Interventionstätigkeit des Staates (z.B. Steuern, Transferzahlungen) kann vermutet werden, daß die Erwartungshaltung der Bürger an Staat, Regierungen und Parteien, ihnen weiterhin einen gewohnten Lebensstandard zu garantieren, noch steigen wird. Zumindest können auch im Superwahljahr 1994 Wahlen von der Partei für sich entschieden werden, die vor dem Hintergrund der Rezession den Wählern am besten ihre wirtschaftspolitische Kompetenz vermitteln kann.

Sozialstruktur und Wahlverhalten in Freiburg

von Joachim Eicher

Individuelles politisches Verhalten resultiert aus vielfältigen Einflüssen. Das soziale Milieu, in das man eingebunden ist, langfristige Bindungen an eine Partei und persönliche Bewertungen von Sachfragen und Kandidaten entscheiden über die Stimmabgabe. Im nachfolgenden Beitrag soll die sozialstrukturelle Verankerung des Wählerverhaltens in Freiburg untersucht werden. Als Ausgangspunkt dient hierbei die in der Wahlforschung vielfach belegte Annahme, daß politische Parteien als Interessenvertreter spezifischer sozialer Gruppen fungieren. Nach einer kurzen Darlegung der unterschiedlichen Mischung von Berufs- und Bildungsgruppen in den verschiedenen Stadtbezirken Freiburgs gilt es, die Ergebnisse der Bundestagswahl 1990 auf dieses Profil zu beziehen. Vor dem Hintergrund der Entwicklung des letzten Jahrzehnts stellt sich die Frage nach Konstanz oder Wandel dieses Zuordnungsmusters.

1. Statusunterschiede zwischen den Freiburger Stadtteilen

Aus der Stadtforschung ist hinlänglich bekannt, daß eine Stadt keineswegs ein homogenes Gebiet ist. "Eine ungleiche räumliche Verteilung der einzelnen Bevölkerungsgruppen hat es sowohl in der mittelalterlichen wie der orientalischen Stadt gegeben. In beiden Typen von Städten ist eine räumliche Konzentration von einzelnen Gruppen des Handwerks nachweisbar; in der mittelalterlichen Stadt zudem der unterschiedlichen Stände, also eine Segregation aufgrund des sozioökonomischen Status."¹⁾ Trotz der vielfach beschriebenen nivellierten Mittelstandsgesellschaft lassen sich auch heute noch soziale Differenzen im Stadtgebiet aufzeigen. Bereits ein oberflächlicher Streifzug durch die Freiburger Wohnquartiere vermittelt einen Eindruck davon, wo sich die "besseren" und wo sich die "schlechteren" Wohnlagen in der Breisgaumetropole befinden. Die gehobenen Wohngebiete liegen allesamt im Ostteil der Stadt und dort hauptsächlich in den Hanglagen, also in Günterstal, Herdern, Littenweiler und in Ebnet. Die etwas weniger attraktiven Wohngebiete befinden sich dementsprechend alle im Westteil der Stadt, in Landwasser, Weingarten, Brühl und in Teilen Haslachs. Dieses Ost-West-Gefälle erklären *Humpert und Oehm*²⁾ mit den landschaftlichen Qualitäten des Ostens und der dort besseren Durchlüftung – dem Freiburgkundigen als "Höllentäler" bekannt. Auch bei den Miet- und Bodenpreisen bestand lange Zeit ein deutliches Ost-West-Gefälle. Im Zuge steigender Mieten verwischen sich jedoch zunehmend diese Unterschiede. Preiswerter Wohnraum ist auch im Westen knapp geworden.

*Willmann und Tressel*³⁾ haben die spezifische Siedlungsstruktur in Freiburg mit statistischen Methoden untersucht. Mittels einer Clusteranalyse wurden die Merkmale Beruf und Bildung aus der Volkszählung 1987 kleinräumig miteinander verknüpft. Die so entstandenen Gebietsprofile der einzelnen

¹⁾ *Jürgen Friedrichs* (1977): Stadtanalyse. Soziale und räumliche Organisation der Gesellschaft, Hamburg, 216. Zur spezifischen sozialräumlichen Entwicklung in Freiburg vgl. *Jörg Güssefeld / Bernhard Mohr / Wolf Dieter Sick / Jörg Stadelbauer*: Stadtviertel, Vorstädte, Eingemeindungen. Die innerstädtische sozialräumliche Differenzierung, in: *Heiko Haumann / Hans Schadek* (1992) (Hrsg.): Geschichte der Stadt Freiburg, S. 514-542, Stuttgart.

²⁾ *Klaus Humpert / Hans-Jörg Oehm* (1974): Sortierungsprozeß in Freiburg, in: Stadtbauwelt 41 S. 58-59.

³⁾ *Thomas Willmann / Rainer Tressel* (1992): Der Zusammenhang zwischen beruflichem Status der Wahlberechtigten und dem Wahlverhalten, in: Beiträge zur Statistik der Stadt Freiburg im Breisgau: Wahl der Abgeordneten zum 11. Landtag von Baden-Württemberg am 5. April 1992 in Freiburg i. Br., S. 49-55.

Stimmbezirke lassen sich dann zu fünf unterschiedlichen, aber jeweils relativ homogenen Gebietstypen zusammenfassen und wie folgt beschreiben:⁴⁾

- Typ 1: Statushöchste Wohngebiete: Sie sind gekennzeichnet durch den höchsten Anteil von Erwerbstätigen mit Hochschulabschluß und dem niedrigsten Anteil von Arbeitern und sonstigen Erwerbstätigen mit einfacher Ausbildung.
- Typ 2: Wohngebiete mit leicht gehobenem Status: Erwerbstätige mit Hochschulabschluß sind hier leicht über-, Arbeiter unterrepräsentiert. Andere Berufsgruppen finden sich in durchschnittlichem Ausmaß.
- Typ 3: Wohngebiete mit mittlerem Status: Die Berufsgruppen weichen in ihrer Zusammensetzung nur unwesentlich vom statistischen Mittelwert ab. Die Mischung entspricht in diesem Typ somit ungefähr derjenigen der Gesamtstadt.
- Typ 4: Wohngebiete der unteren Mittelschicht: In leicht überdurchschnittlicher Anzahl leben hier Arbeiter und sonstige Erwerbstätige mit einfacher Schulbildung.
- Typ 5: Wohngebiete einfacher Leute: Der Arbeiteranteil ohne Facharbeiterausbildung steigt auf über 30 Prozent, d. h. auf den doppelten städtischen Mittelwert. Nur in geringem Umfang finden sich Erwerbstätige mit hoher Qualifikation.

Insgesamt betrachtet liegt der Anteil der Personen mit Hauptschulabschluß im statushohen Gebiets-typ 1 rund 20 Prozentpunkte unter dem städtischen Durchschnitt. Entsprechend gegenläufig summiert er sich in dem statusniedrigen Gebietstyp 5 auf fast 25 Prozentpunkte über denselben. Spiegelverkehrt verhält sich der Anteil der Akademiker an der Wohnbevölkerung. Im Gebietsstyp 1 liegt er gut 11 Prozentpunkte über, im Gebietstyp 5 dagegen 11 Prozentpunkte unter dem Freiburger Durchschnitt.

Diese Einteilung der Stadt in fünf Gebietstypen reproduziert nun ebenfalls das bereits aufgezeigte Ost-West-Gefälle. Wie ein sozialer Äquator trennt hierbei die Hauptbahnlinie Karlsruhe-Basel den statushöheren Ostteil vom statusniedrigen Westteil: Die statushöchsten Wohngebiete des Typs 1 liegen dementsprechend alle im Osten der Stadt, während umgekehrt alle Wohngebiete der unteren Mittelschicht (Typ 4 und 5) im Westen Freiburgs liegen. Wohngebiete mit einem mittleren Status streuen über die gesamte Stadt. Im Osten findet man sie häufig in wenig attraktiver Lage entlang den verkehrsreichen Haupttangentialen Schwarzwald- oder Basler Straße, etwa die Unterwiehre-Nord, die Oberau oder auch die lärmintensive Innenstadt. Im Westen hingegen repräsentieren sie den gehobenen, ruhigen Wohnkomfort etwa im Bereich des Seeparks und in den Bezirken Alt-Stühlinger, Betzenhausen-Bischofslinde, Haslach-Egerten, St. Georgen, Tiengen und Munzingen.

⁴⁾ Die ursprünglich sieben Gebietstypen werden für diese Untersuchung aus statistischen Gründen zu fünf zusammengefaßt. Die weiteren Beiträge dieses Heftes beziehen sich ebenfalls auf die hier dargestellte fünfstufige Status-Skala.

2. Die Freiburger Bundestagswahlergebnisse in den verschiedenen Gebietstypen

In den Wahlergebnissen der Bundestagswahl 1990 spiegeln sich erwartungsgemäß die sozialräumlichen Unterschiede wider, die ja ganz wesentlich auf den beiden Variablen Beruf und Bildung basieren. Die SPD erzielt trotz aller postmaterialistischer Positionen nach wie vor in den statusniedrigeren Wohngebieten die höchsten Stimmanteile, auch wenn ihre Vormachtstellung in den sozialdemokratischen Stammquartieren zunehmend abschmilzt. Im direkten Gegensatz hierzu wachsen die Erfolge von F.D.P. und GRÜNEN mit zunehmendem Gebietsstatus. Die einstmals grün-alternative Protestpartei hat also längst ihr "Bürgerschreck-Image" verloren und findet in Freiburg unter den hochgebildeten Angestellten im Dienstleistungsbereich einen enormen Zulauf. Bei den GRÜNEN fällt jedoch das Ergebnis im Gebietstyp 3, der ja in seiner Berufsstruktur annähernd den Freiburger Stadtdurchschnitt repräsentiert, aus dem Rahmen. Die CDU kann über alle Gebietstypen hinweg relativ ausgeglichene Stimmanteile vorweisen und bestätigt in Freiburg somit ihren Charakter als Volkspartei. Die Republikaner konkurrieren neuerdings mit den Sozialdemokraten vor allem in den statusniedrigeren Gebietstypen. Wenn auch ihre Bundestagswahlergebnisse bislang eher bescheiden ausfallen, so findet sich in diesen Gebieten doch offensichtlich ein zunehmendes Wählerpotential, das sich von den etablierten Großparteien kaum noch vertreten fühlt, was sich besonders deutlich bei der Europawahl 1989 zeigen läßt.⁵⁾

Ergebnis der Bundestagswahl 1990 in Freiburg i. Br. in den verschiedenen Gebietstypen
– Zweitstimmenanteile in Prozent – (Lokalwähler)

Gebietstyp	Wahlbeteiligung*	CDU	SPD	F.D.P.	GRÜNE	REP	Sonstige
1	64,9	33,0	30,8	15,5	15,5	1,0	4,3
2	65,3	37,0	34,0	12,4	11,4	1,4	3,8
3	59,2	29,1	36,5	9,5	18,0	1,8	5,2
4	64,2	34,6	40,2	9,6	8,9	2,6	4,0
5	55,9	31,3	46,7	6,4	8,0	3,1	4,5
Lokalwähler zus.	63,6	33,9	37,0	11,3	11,5	2,0	4,2
Stadt Freiburg i. Br.	76,9	33,9	36,1	11,4	12,4	1,9	4,3

* Aus Gründen des Wahlheimnisses können die Briefwähler hierbei nicht berücksichtigt werden. Die Unterschiede zwischen dem amtlichen Endergebnis und dem der Urnenwähler sind allerdings nicht allzu gravierend und betreffen in erster Linie die Wahlbeteiligung.

⁵⁾ Vgl. Gerd Mielke (1990): Stroheuer oder Schwelbrand? Zur Diskussion um die Anhänger der neuen Rechtsparteien. Eine Analyse der Wähler der Republikaner bei der Europawahl und der Kommunalwahl 1989 in Freiburg, in: Sonderberichte. – Amt für Statistik und Einwohnerwesen der Stadt Freiburg im Breisgau (Hrsg.): – Wahlforschung – Freiburg.

den Durchschnitt Freiburgs repräsentiert, allerdings einen überdurchschnittlich hohen Anteil an Studenten und jungen Menschen hat, verliert die Union mit 7,7 Prozentpunkten ebenfalls überdurchschnittlich stark. Dies korrespondiert mit einem starken Zuwachs der GRÜNEN. Überraschend ist jedoch, daß die Christdemokraten in den statusniedrigen Gebieten des Typs 4 und 5 ihr Niveau von 1980 weitgehend halten konnten. Im Gebietstyp 5 kann die Union sogar einen minimalen Zuwachs der Stimmenanteile (+1,2 Prozentpunkte) verzeichnen.⁷⁾

Bei der *SPD* läßt sich ebenfalls ein Abschleifen der Hochburgen feststellen. In den traditionell stärksten SPD-Gebieten im Westen (Typ 4 und 5) gehen die Stimmenanteile zwischen 1980 und 1990 um rund 10 Prozentpunkte zurück, was sich nachhaltig im Gesamtergebnis auswirkt. In den Gebietstypen 4 und 5 konkurriert die SPD nicht nur mit den GRÜNEN, die dort unterdurchschnittlich abschneiden, sondern auch mit den beiden Rechtsparteien.⁸⁾ Im Gebietstyp 3 verlieren die Sozialdemokraten genau wie die Union 7,7 Prozentpunkte. In den beiden statushohen Gebietstypen verliert die SPD, berücksichtigt man nur die Veränderung von 1990 gegenüber 1980, nur geringfügig zwischen 3 bis 4 Prozentpunkten. Die SPD konnte damit die 1987 an die GRÜNEN verlorenen Stimmen zum Teil wieder zurückgewinnen.

Die *F.D.P.* verliert in allen Gebietstypen um die 3 Prozentpunkte. Je höher der Status des Wohngebietes, desto höher sind auch die Stimmenanteile der F.D.P. Hohe Verluste erfuhren die Freidemokraten 1983, als sie sich für eine Koalition mit der Union entschieden. Diese Verluste konnten 1987 zur Hälfte jedoch wieder wettgemacht werden.

DIE GRÜNEN haben, wenn man die Bundestagswahl von 1980 der von 1990 gegenüberstellt, riesige Gewinne einfahren können. In ihren Hochburgen, dem Gebietstyp 3 mit seinem überdurchschnittlich hohen Studentenanteil und dem statushöchsten Gebietstyp 1, waren die Zuwachsraten der GRÜNEN sogar zweistellig. Der Zuwachs der GRÜNEN ist aber nicht durchgängig gleichbleibend. Bis 1987 konnten sie im gesamten Stadtgebiet pro Wahl um die 9 Prozentpunkte zulegen, während sie 1990 (der Wahl unmittelbar nach der Vereinigung) wieder auf das Niveau von 1983 zurückfielen.

In Freiburg läßt sich die soziale Verankerung der Parteien deutlich zeigen. Ungeachtet soziostruktureller Veränderungen der Gesellschaft und trotz der Rückbildung der traditionellen und der Bildung neuer sozialer Milieus ist ein Zusammenhang zwischen Sozialstruktur und Wählerverhalten nicht zu leugnen. Von einer "... sozialen Nichtunterscheidbarkeit der Wähler der Volksparteien ..." ⁹⁾ kann in Freiburg nicht gesprochen werden.

Trotz dem starken Abschleifen der Hochburgen läßt sich für alle Parteien, mit Ausnahme der CDU, ein linearer Zusammenhang zwischen den Parteiergebnissen und dem Wohngebietsstatus feststellen. Das überdurchschnittliche Abschneiden der GRÜNEN im Gebietstyp 3 scheint den oben genannten linearen Zusammenhang ebenfalls zu untergraben. Da dieser Gebietstyp nur 11 Wahlbezirke umfaßt, fallen die

⁷⁾ Dieser Befund ist jedoch durch die Tatsache zu relativieren, daß der Wahlkörper seit 1980 absolut um 413 Wahlberechtigte abgenommen hat und daß die Wahlbeteiligung 1990 in diesem Gebietstyp mit 55,9 Prozent bei einer Bundestagswahl die niedrigste in ganz Freiburgs ist.

⁸⁾ Die Entwicklung der Abkopplung von Teilen der SPD-Wählerschaft in ihren westlichen Hochburgen zeichnet Mielke in seiner Studie über die Wählerschaft der Republikaner eindrucksvoll nach. Vgl. *Gerd Mielke*: Strohfeuer, a.a.O., S. 38-48.

⁹⁾ *Hans-Joachim Veer*: Die Wähler sind wählerischer geworden. Neue Generationen, neue soziale Mileus, in: Sonderdruck aus der Frankfurter Allgemeinen Zeitung vom 20.10.1988, S.1.

Studentenwohnheime am Basler Tor¹⁰⁾ und die Studentensiedlung in Betzenhausen-Bischofslinde besonders stark ins Gewicht, was einen Großteil dieser Ungleichgewichte erklären dürfte.

Die Bundestagswahl 1994 wird zeigen, ob die Karten (das Verhältnis von Sozialstruktur und Wahlverhalten) erneut gemischt werden müssen oder ob sich der bisherige Trend verfestigt. Entscheidend wird wieder das Abschneiden der GRÜNEN sein. Eine Zunahme ihrer Stimmen dürfte die anderen Parteien, insbesondere die SPD, erneut in starke Bedrängnis bringen.

¹⁰⁾ 1992 wurde das Studentenwohnheim Basler Tor aufgelöst und privat vermietet – größtenteils wieder an Studenten.

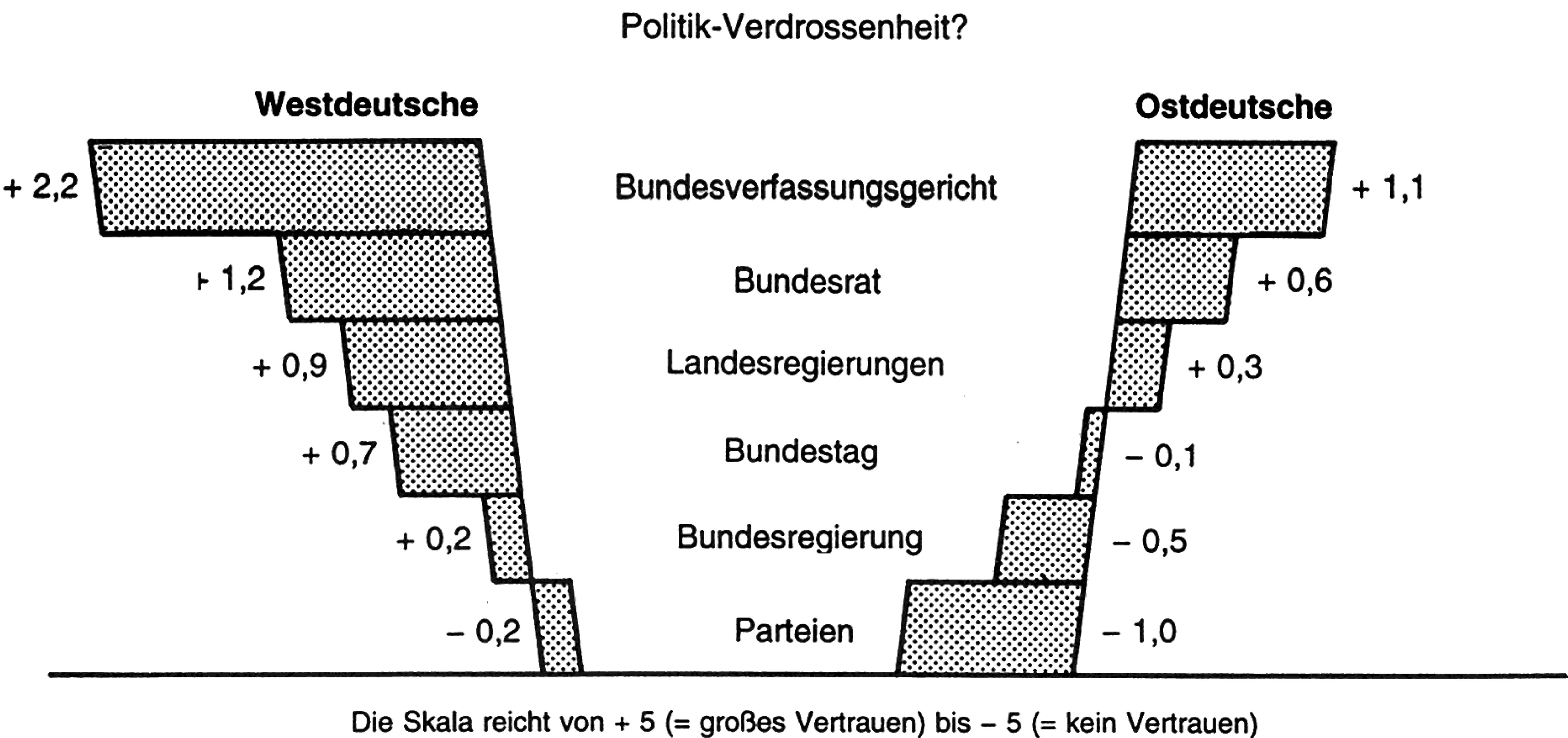
Politikverdrossenheit?
Plädoyer für eine realitätsgerechte Betrachtung der Politik

von Ulrich Eith

Die politisch relevanten Interessen und Einstellungen unterschiedlicher sozialer Gruppen und deren typisches Wahlverhalten sind in den voranstehenden Beiträgen am Beispiel Freiburgs ausführlich thematisiert worden. In dem abschließenden Beitrag des vorliegenden Hefts gilt es nun, diese einzelnen Befunde zu einem großflächigeren Bild über den Zustand des politischen Systems in den frühen 90er Jahren zu verknüpfen, das die Hintergrundfolie des Superwahljahres 1994 abgibt. Die direkten Auswirkungen des deutschen Einigungsprozesses werden hierbei nur am Rande behandelt, da dieser die Lebenswelten der meisten Bürgerinnen und Bürger in Südbaden wohl nur in Form von steuerlichen Mehrbelastungen berührt. Näher einzugehen ist hingegen auf das Phänomen der Politikverdrossenheit. Deren Konstatierung stellt derzeit so etwas wie den kleinsten gemeinsamen Nenner bei der Bewertung der politisch-gesellschaftlichen Situation aus unterschiedlichsten Blickwinkeln heraus dar. Nach einer kurzen Abgrenzung des Untersuchungsgegenstands sind aus der Perspektive der Wahl- und Einstellungsforschung langfristige Ursachen und Rahmenbedingungen dieser Verdrossenheit sowie mögliche Konsequenzen zu diskutieren.

1.

Die regelmäßigen demoskopischen Vermessungen der Bundesbürger geben Auskunft über ihre sich wandelnden politischen Einstellungen. Nach wie vor auf hohem Niveau liegen die Meßwerte für das generelle politische Interesse und das Vertrauen der Bevölkerung in die staatstragenden Institutionen der Judikative, Exekutive und auch Legislative.¹⁾ In Mißkredit geraten sind dagegen bislang in erster



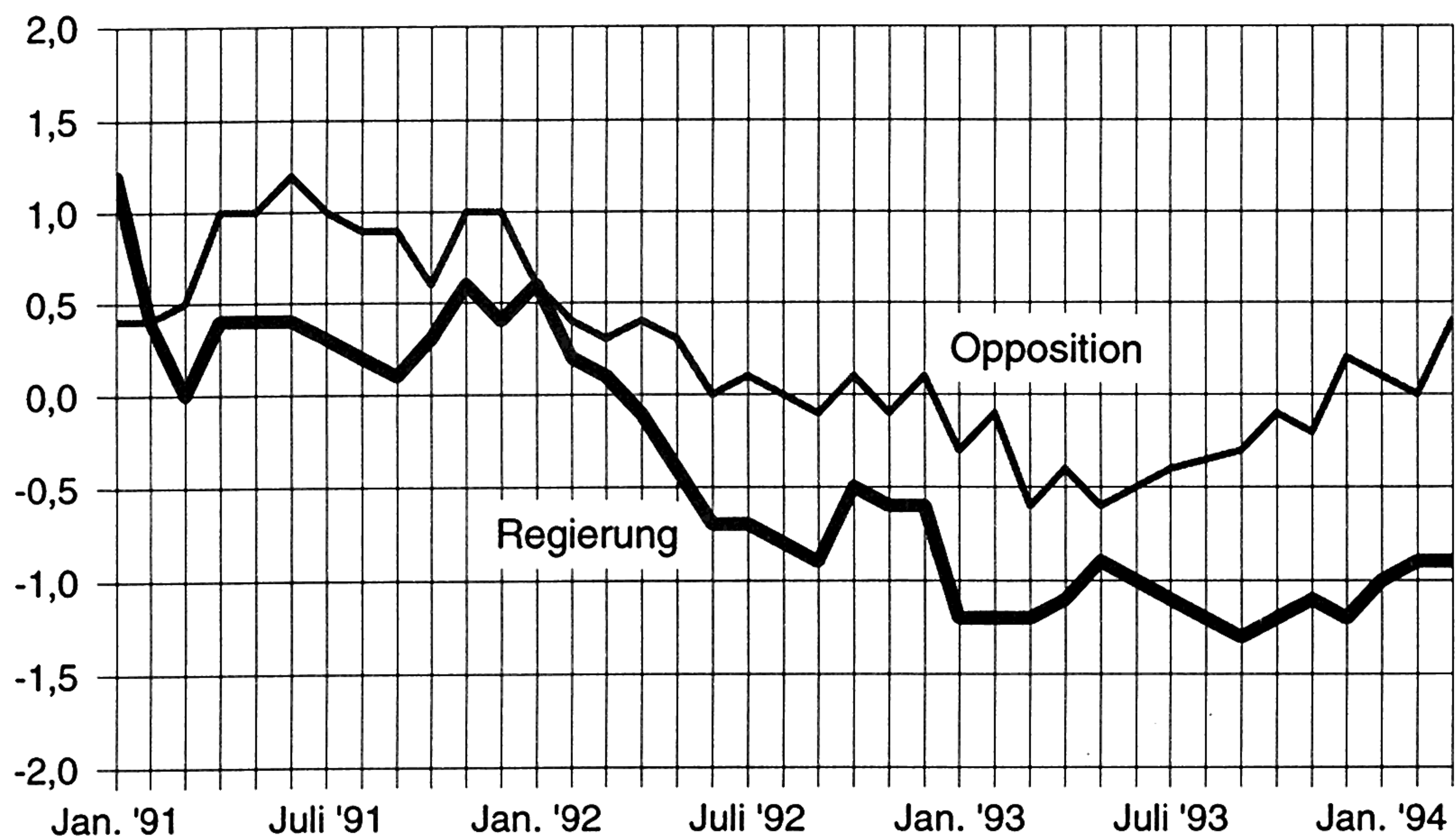
Quelle: Information zur politischen Bildung. Aktuell (1994): Ein ganz besonderes Wahljahr, Bonn, S. 4.

¹⁾ Vgl. Ursula Feist (1991): Zur politischen Akkulturation der vereinten Deutschen, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 41. Jg. B 11-12, S. 21-32; Oscar W. Gabriel (1993): Institutionenvertrauen im vereinigten Deutschland, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 43. Jg. B 43, S. 3-12.

Linie die Parteien. Die Unzufriedenheit mit deren Arbeit hat im letzten Jahr einen absoluten Tiefpunkt seit der regelmäßigen Erhebung des Politbarometers vor nunmehr 15 Jahren erreicht. Als Novum ist ebenfalls zu registrieren, daß die Opposition die Schwäche der Regierung keineswegs in eigene Pluspunkte ummünzen kann.

Nun hat die Parteienkritik zwar gerade in Deutschland eine lange Tradition,²⁾ aber der derzeitige Parteienverdruß ist schon außergewöhnlich. Dies schlägt sich gleichermaßen in Umfragedaten sowie in publizistischen Analysen und Kommentaren nieder. Die aktuelle Parteienschelte wird von prominenter Seite vorgetragen und kristallisiert sich in den Themen Machtversessenheit, Parteienklüngel und Parteienfinanzierung.³⁾

Zufriedenheit mit Regierung und Opposition (Mittelwerte auf einer Skala von +5 bis -5)



Quelle: Politikbarometer der Forschungsgruppe Wahlen e. V.

Dennoch soll es in dieser Untersuchung einmal nicht um die "Figaro-, Chauffeur- oder Hausmädchen-skandale" der politischen Elite, um ihren Umgang mit öffentlichen Geldern oder ihre Machtinteressen gehen. Dies alles fördert unbestreitbar den allgemeinen Verdruß. Aber ist menschliches Fehlverhalten wirklich ein neues oder auf Politiker beschränktes Phänomen? Im folgenden wird schwerpunktmäßig der Frage nachgegangen, welchen Beitrag die durch Wertwandelprozesse und Massenmedien geprägten bzw. veränderten Einstellungen und Wahrnehmungsmuster des politischen Publikums bei einer Erklärung der Parteienverdrossenheit zu leisten imstande sind.

²⁾ Vgl. Richard Stöss (1990): Parteienkritik und Parteienverdrossenheit, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 40. Jg. B 21, S. 15-24.
³⁾ Vgl. Richard v. Weizsäcker (1992): Im Gespräch mit Gunter Hofmann und Werner A. Perger, Frankfurt/M.; Erwin K. und Ute Scheuch (1992): Cliques, Klüngel und Karrieren, Reinbek; Hans Herbert v. Arnim (1990): Entmündigen die Parteien das Volk?, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 40. Jg. B 21, S. 25-36.

In allen westlichen Industrienationen lassen sich seit den 60er Jahren tiefgreifende **Änderungen in den Werte- und Einstellungsmustern** vorwiegend jüngerer Menschen mit höheren Bildungsabschlüssen nachweisen. Eine Abkehr von den traditionellen christlichen Religionen, die Etablierung neuer Formen des menschlichen Zusammenlebens und eine deutliche Geringschätzung von Pflicht-, Akzeptanz- und Solidaritätswerten kennzeichnen unübersehbare Facetten dieser "stillen Revolution". Individualisierung, Selbstverwirklichung und Mobilität hingegen gelten als deren Leitmotive.⁴⁾

Auswirkungen der Veränderungsprozesse finden sich auch im politischen Bereich.⁵⁾ So läßt sich bei einem Teil der Bevölkerung zum einen eine Abkehr vom traditionellen System politischer Interessenvermittlung nachweisen: Engagement in Parteien oder vorpolitischen Großgruppen wie Gewerkschaften oder Verbänden und selbst Wahlen, die ja eigentlich erst politische Machtausübung legitimieren, verlieren zunehmend an Attraktivität. Damit einher geht zum anderen ein stark gestiegenes Bedürfnis nach mehr persönlicher Mitsprache und politischer Beteiligung, das sich auch in relativ neuen Aktionsformen artikuliert: Unterschriftenaktionen, Protestdemonstrationen und selbst Verkehrsblockaden zählen inzwischen bis in die Reihen der eher konservativen Bauern- oder Vertriebenenverbände fast schon zur selbstverständlichen Form der politischen Auseinandersetzung. Diese Ausweitung des politischen Partizipationsbedürfnisses bei gleichzeitiger Abkehr von den traditionellen Formen der Beteiligung stellt die Frage nach der Regierbarkeit einer modernen nachindustriellen Gesellschaft mit 80 Millionen Menschen. Wer vertritt die Interessen derer, die sich von den politischen Organisationen abwenden? Welche Interessen vertreten andererseits Parteien und Verbände mit zunehmend schmälerer Mitgliederbasis und wie steht es um deren Legitimation?

In den letzten Jahren hat sich in gewisser Abgrenzung gegenüber diesen partizipatorischen Forderungen verstärkt eine Gegenbewegung herausgebildet, die in erster Linie wieder eine konsequentere politische Führung und hierarchische Entscheidungsstrukturen einfordert. Eine Bevorzugung bestimmter Formen der politischen Entscheidungsfindung korrespondiert hierbei nur teilweise mit inhaltlichen Positionen.⁶⁾ Lediglich die Randpunkte des politischen Spektrums lassen sich eindeutig beschreiben: Die Anhänger der GRÜNEN treten für kommunikative und partnerschaftliche Entscheidungsprozesse ein und verbinden dies mit postmaterialistischen Themen, wie Frieden, Ökologie und Selbstbestimmung, die Anhänger der Republikaner hingegen verknüpfen hierarchische bis autoritäre Regelungsvorstellungen mit den traditionellen Themen Ordnung und umfassende Sicherheit.

Der politische Willensbildungsprozeß ist insgesamt unübersichtlicher geworden.⁷⁾ Er vollzieht sich inzwischen nicht mehr auf zwei, er vollzieht sich auf drei Ebenen mit jeweils unterschiedlichen Konfliktkonstellationen: In der innerparteilichen Auseinandersetzung hat sich in allen Parteien mittlerweile eine

⁴⁾ Vgl. grundlegend *Ronald Inglehart* (1989): Kultureller Umbruch. Wertewandel in der westlichen Welt, Frankfurt/M.; *Ulrich Beck* (1986): Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne, Frankfurt/M.

⁵⁾ Vgl. *Elmar Wiesendahl* (1990): Der Marsch aus den Institutionen, *Aus Politik und Zeitgeschichte* 40. Jg. B 21, S. 3-14; *Max Kaase* (1989): Mass Participation, in: M. K. Jennings, J. van Deth (Hg.): *Continuities in Political Action*, Berlin, S. 23-64.

⁶⁾ Vgl. *Hans-Georg Betz* (1993): Krise oder Wandel? Zur Zukunft der Politik in der postindustriellen Gesellschaft, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 43. Jg. B 11, S. 3-13.

⁷⁾ Vgl. *Wilhelm Bürklin* (1992): Gesellschaftlicher Wandel, Wertewandel und politische Beteiligung, in: K. Starzacher u.a. (Hg.): *Protestwähler und Wahlverweigerer*, Köln, S. 18-39.

untere bis mittlere Funktionärsschicht als "Basis" massiv Gehör verschafft, die auf weitergehende Mitspracherechte bei der Politik- und Personalkonzeption der Parteiführung besteht. Im Parlament ringen dann die Parteien unter den noch zu diskutierenden Bedingungen einer Mediengesellschaft um Mehrheiten für politische Programme. Legale parlamentarische Entscheidungen schließlich müssen heute vor allem im kommunalen Bereich zunehmend noch die legitimatorischen Weihen einer wie auch immer gearteten Öffentlichkeit bekommen, um überhaupt durchsetzbar zu sein. In Freiburg bieten insbesondere die Auseinandersetzungen um den Bau der Kultur- und Tagungsstätte und den Verlauf der Bundesstraße im Dreisamtal diesbezüglich reichlich Anschauungsmaterial.

Doch nicht nur die Entscheidungsprozesse haben sich verändert. Gleichzeitig vergrößerte und wandelte sich in mehrfacher Hinsicht auch der **Zuständigkeitsbereich der Politik** und umfaßt inzwischen nahezu alle gesellschaftlichen Bereiche.⁸⁾ Der Staat hat sich zum Dienstleistungsunternehmen entwickelt. Er ersetzt die persönlichen Abhängigkeiten von Familie und Nachbarschaft durch Bezahlung und fördert durch die Absicherung der individuellen Lebensrisiken wie Alter, Krankheit, Arbeitslosigkeit oder Armut eine zunehmende, prinzipielle Anspruchshaltung gegenüber staatlichen Leistungen.

Zudem sind die Politikfelder nicht nur zahlreicher, sondern auch komplexer geworden. Die Abstimmung zwischen den verschiedenen nationalen und internationalen Akteuren, eine gesteigerte öffentliche Sensibilität für die Folgen der Politik sowie teils schwer auflösbare Zielkonflikte - etwa zwischen Ökologie und Ökonomie - führen häufig notgedrungen zu einer Politik der kleinen und kleinsten Schritte. Die staatliche Gestaltungsmacht hat abgenommen. Umwelt-, Friedens- oder Ausländerpolitik - aber auch Kriminalitätsbekämpfung - kann sich nicht an nationalen, letztlich zufälligen Grenzen orientieren. Der ökologische Nutzen einer Katalysatorpflicht für Kraftfahrzeuge beispielsweise ist gering, wenn diese Maßnahme nur auf Deutschland beschränkt bleibt.

Die größten Veränderungen im gesellschaftlich-kulturellen Bereich der letzten 20 Jahre gehen einher mit der **flächendeckenden Verbreitung des Fernsehens**. Nicht die Schulen, die Universitäten oder die politische Erwachsenenbildung, sondern die Massenmedien prägen im wesentlichen die Vorstellungen der Bevölkerung von und über Politik.⁹⁾

Medien inszenieren ihre eigene Realität. Sie berichten nur über das Außergewöhnliche, das Neue. Politik erscheint als permanentes Krisenmanagement. *"Was nun Herr Kohl?" "Was nun Herr Kinkel?" "Was nun Herr Scharping?"* Das Gewöhnliche, das Alltägliche oder Vertraute findet kaum oder keine Berücksichtigung.

Medien spiegeln nur in Ansätzen komplexe Zusammenhänge wider. Besonders das Fernsehen vermittelt durch die mediumimmanent notwendige Visualisierung und Personalisierung der Berichterstattung nur ungenügend Strukturen und Hintergründe des Zeitgeschehens. Das Fernsehen zeigt Bilder, im allgemeinen handelnde Personen. Sachzwänge hingegen sind nicht in Bilder umsetzbar,

⁸⁾ Vgl. *Wolfgang Jäger* (1994): *Wer regiert die Deutschen? Innenansichten der Parteiendemokratie*, Zürich, bes. S. 12-69; *Ulrich Beck* (1986) *Anm. 4*, bes. S. 300-374.

⁹⁾ Vgl. *Wolfgang Bergsdorf* (1987): *Politik und Fernsehen*, in: M. Funke u.a. (Hg.): *Demokratie und Diktatur*, Bonn, S. 567-580; *Wolfgang Jäger* (1992): *Fernsehen und Demokratie*, München; *Neil Postman* (1988): *Wir amüsieren uns zu Tode. Urteilsbildung im Zeitalter der Unterhaltungsindustrie*, Frankfurt/M.

nicht fernsehgerecht. Politische Willensbildungs- und Entscheidungsprozesse verlaufen für den Betrachter in scheinbar ähnlicher Art und Weise wie die gewohnte Meinungsfindung in der Familie oder im Freundeskreis. Als Folge überträgt der Zuschauer seine privat bewährten Konfliktlösungsmechanismen und Verhaltensrichtlinien unbesehen auf den politischen Bereich. Die Lösung von politischen Problemen erscheint somit in erster Linie als eine Frage der Gutwilligkeit der entsprechenden Akteure: *"Der Kohl und der Scharping sollen sich mal zusammensetzen und eine vernünftige Regelung der anstehenden Probleme ausarbeiten!"*

Medien verändern das Verhalten der Politiker. Die in Mode gekommenen Polit-Shows dienen allein der Unterhaltung des Publikums. Für Politiker sind Moralisierungen und die Forderung von politisch nie durchsetzbaren, in der Öffentlichkeit aber populären Aktionen hierbei mediengerechte und medienwirksame politische Verhaltensweisen - zumal wenn die fachliche Kompetenz einmal fehlen sollte. Rigide moralische Wertungen sichern die begeisterte Zustimmung der eigenen Klientel und – vor allem – eine Interview-Chance in den Tagesthemen. Die praktische, häufig auch Frustrationen erzeugende Umsetzung konkreter politischer Positionen hingegen, das langsame Bohren von "harten Brettern mit Leidenschaft und Augenmaß zugleich"¹⁰⁾ läßt sich bei der Kurzlebigkeit des Medienbetriebs weit schwieriger "public relation"-gerecht verwerten.

Selbstverständlich erhöhen Massenmedien letztlich die Transparenz der politischen Entscheidungsabläufe. Sie sind als vierte Gewalt ein notwendiger Bestandteil unseres politischen Systems. Eine realistische Sicht ihrer Wirkung und deren Vor- und Nachteile hat aber gleichzeitig zu konstatieren, daß durch die Herstellung von Öffentlichkeit auch die Prestigezwänge aller Beteiligten vergrößert werden. Die Möglichkeiten für politische Kompromisse ohne Gesichtsverlust der jeweiligen Akteure schränken sich somit ein.

Diese hier nur kurz und pointiert skizzierten langfristigen Veränderungen lassen sich in folgender These summieren und zuspitzen: *Politikverdrossenheit resultiert zu einem beträchtlichen Teil aus der Differenz zwischen den gestiegenen Erwartungen an die Politik einerseits und den verschlechterten Rahmenbedingungen für effektive politische Führung andererseits.* Vielfach gründet sich die Erwartungshaltung auf unrealistische Vorstellungen über die Struktur und Funktionsweise des politischen Systems. Problemverschärfend kommt hinzu, daß diese Erwartungen an die Politik sehr unterschiedlicher, teilweise widersprüchlicher Natur sind. Die Einforderung von mehr Mitspracherechten und die Aufforderung zu stärkerer politischer Führung schließen sich in gewisser Weise aus. Die eingeschränkte Steuerungsmacht der Politik hat zum einen ihre Ursache in den überzogenen Machtansprüchen der Parteien und Politiker: Der Staat ist überfordert. Zum anderen ist eine verringerte staatliche Gestaltungsmacht aber auch das Ergebnis des ausgebauten Sozialstaats und der erfolgreichen Demokratisierung. Die Bürger sind zunehmend imstande und willens, ihre Interessen und Rechte wirkungsvoll wahrzunehmen.

Dieses strukturell angelegte Defizit des politischen Handelns erzeugt um so mehr Unzufriedenheit, je schärfer sich das soziale Klima in der Bundesrepublik zuspitzt. Neuere Autoaufkleber mit dem bezeichnenden Slogan *"Eure Armut kotzt mich an!"* signalisieren entsprechende Entwicklungen. Implizite oder explizite Benachteiligungen bei der Vergabe öffentlicher Gelder führen zu Neidgefühlen und fördern die

¹⁰⁾ Max Weber ⁶(1977): Politik als Beruf, Berlin, S. 67.

Suche nach Sündenböcken. Politiker- und Parteienverdrossenheit erscheinen als erste logische Konsequenz dieser Situation, eine gründliche Delegitimierung des politischen Systems kann sich dem anschließen.

3.

Die hier gewählte Betrachtungsperspektive eröffnet den Blick auf mögliche Strategien und Konsequenzen, die der konstatierten Parteienverdrossenheit entgegenwirken können. Den partizipatorischen Bedürfnissen größerer Bevölkerungskreise kann ohne weiteres durch den stärkeren Ausbau plebiszitärer Elemente im kommunalen Bereich Rechnung getragen werden. Politische Entscheidungen in den Gemeinden berühren unmittelbar den Erfahrungshorizont der Bürgerinnen und Bürger. Kommunale Volksentscheide vereinfachen zudem den komplizierten Entscheidungsprozeß, verleihen ihm eine eigene Legitimation und stärken somit letztlich die politische Handlungsfähigkeit der Städte und Gemeinden.¹¹⁾

Auf Bundesebene lassen sich die Forderungen nach einer Ausweitung der Partizipationsmöglichkeiten im Rahmen der innerparteilichen Demokratisierung aufgreifen. Personalplebiszite werden aller Voraussicht nach in allen traditionellen Parteien in naher Zukunft ein entscheidendes Verfahren der Elitenrekrutierung sein. Die Durchsetzungsfähigkeit bei Wahlen sichert dem Politiker generell einen größeren individuellen Freiraum und ein gewisses Maß an Unabhängigkeit gegenüber Parteigremien.¹²⁾ Hier liegt ein erfolgversprechender Ansatzpunkt gegen Politikerverdruß, zumal die larmoyanten Klagen über die angeblichen moralischen Schwächen der Politikerklasse keine Besserung der konstatierten Zustände versprechen, solange ein "passives Wahlrecht für Engel" nicht in Sicht ist und weiterhin nur Menschen mit all ihren Fehlern für die politische Arbeit zur Verfügung stehen.

Wenn die aktuelle Parteienverdrossenheit auch durch eine Konfusion der politischen Erwartungen und Maßstäbe des politischen Publikums gefördert wird – und das ist die hier vertretene These –, dann erscheint es notwendig, diese teilweise illusionären Vorstellungen über Politik mit der Realität und den Prinzipien einer pluralistisch-repräsentativen Demokratie zu kontrastieren. So läßt sich politisches Handeln in der Bundesrepublik keineswegs durch den Verweis auf vermeintlich nationale oder gar völkische Aufgaben ausreichend begründen oder gar legitimieren.¹³⁾ Eine Ablösung des Verfassungspatriotismus durch die Beschwörung der ethnischen Einheit führt zu einem "Rückfall in provinziellen Nationalismus" (Oberndörfer 1993, S. 9) und wird weder der internationalen Verflechtung der Politik noch den auf Recht und Freiheit abhebenden Verfassungsnormen des Grundgesetzes gerecht. Als ebenfalls untaugliches Legitimationsverfahren kann der Rückgriff auf ein wie auch immer verbindlich zu definierendes Gemeinwohl oder einen ethisch-moralischen Rigorismus betrachtet werden. Es gehört gerade zum bundesdeutschen Grundkonsens der Nachkriegsära, daß diese Gesellschaft pluralistisch strukturiert, also durch vielschichtige und sich teilweise auch gegenseitig ausschließende Interessenlagen gekennzeichnet ist. Schließlich führt auch die Forderung von seiten der neuen STATT Partei nach einer "ideologiefreien Politik" in die falsche Richtung. Der proklamierte Vorzug von pragmatischen Lösungen

¹¹⁾ Vgl. Rolf Böhme ²(1994): Je mehr wir haben, desto mehr haben wir zu wenig. Bemerkungen aus dem politischen Alltag, Bonn, bes. S. 102-122; Jürgen Rüttgers (1993): Dinosaurier der Demokratie. Wege aus Parteienkrise und Politikverdrossenheit, Hamburg, bes. S. 38-57.

¹²⁾ Vgl. Gerd Mielke (1989): Angenommen, alle Mitglieder wählen den Parteivorsitzenden, in: Frankfurter Rundschau Nr. 9 vom 11. 1. 1989, S. 10; Wolfgang Jäger (1992): Sehnsucht nach der goldenen Demokratie, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung Nr. 243 vom 19. 10. 1992, S. 9.

¹³⁾ Vgl. Dieter Oberndörfer (1993): Der Wahn des Nationalen. Die Alternative der offenen Republik, Freiburg.

und dem gesunden Menschenverstand vor ideologischer Blindheit erscheint auf den ersten Blick als prägnante, Zustimmung sichernde Zuspitzung, klärt aber auf den zweiten Blick noch nicht die entscheidende Frage, welches Weltbild denn der Maßstab für die anvisierten pragmatischen Lösungen sein soll. Wie steht denn der gesunde Menschenverstand zum Bau der Kultur- und Tagungsstätte? Was ist denn die pragmatische Lösung des Problems B 31-Ost; und mit welchen Argumenten läßt sich das zweifelsfrei begründen?

Appelle an national begründete Gemeinsamkeiten, die Annahme eines existenten und definierbaren Gemeinwohls und auch der unerschütterliche, aber völlig unpolitische Glaube, allein mittels Vernunft eine gerechte und objektivierte Antwort auf politisch anstehende Fragen zu finden, entspringen gleichermaßen den monistischen, in der praktischen Umsetzung häufig totalitären politisch-philosophischen Weltbildern des 18. und 19. Jahrhunderts.¹⁴⁾ Forderungen nach einem weiteren Ausbau der Partizipationsmöglichkeiten, also nach der stärkeren Berücksichtigung individueller Interessen, lassen sich sinnvollerweise nur in pluralistischen Systemen aufstellen: Eine Vielzahl von Organisationen - etwa Bürgerinitiativen, Verbände oder Gewerkschaften - aggregieren und artikulieren die unterschiedlichen gesellschaftlichen Problemlagen. Institutionalisierte Konflikte können bearbeitet werden, diffuser und passiver Protest findet keinen Adressaten und staut sich auf. Gerade die Entwicklung der GRÜNEN zeigt, daß eine dauerhafte und wirkungsvolle Interessenvertretung nur mit Hilfe stabiler Organisationsstrukturen gelingt. Die Voraussetzung hierzu ist allerdings ein möglichst aktives Engagement der Bürgerinnen und Bürger. Die empirische Forschung beleuchtet aber die ernüchternde Realität, wonach nur ein kleiner Teil der Bevölkerung zur dauerhaften und intensiven Beschäftigung mit Politik bereit ist. Praktikabel und diskutierbar erscheinen somit Volksentscheide auch auf Bundesebene. Diese beinhalten jedoch nicht nur irrationale und medial aufputschbare Unwägbarkeiten, auch die politische Verantwortung für die Folgen läßt sich nicht festmachen. Ihre Durchführung sollte daher restriktiv auf einige wenige und explizit definierte Fälle begrenzt bleiben.

Eine pluralistisch-repräsentative Massendemokratie sichert die individuelle Freiheit, die Berücksichtigung vielschichtiger Interessen und die Kontrolle der politischen Herrschaft durch den Konkurrenzkampf der Parteien und politischen Eliten. Die niedersächsische Landtagswahl vom März 1994 dient als Beleg, daß in der stärkeren Betonung der Wettbewerbsfunktion von Wahlen ein probates Mittel gegen Parteienverdrossenheit gefunden werden kann.¹⁵⁾ Politik muß als Kampf um Wählerstimmen begriffen, Alternativen müssen sichtbar, Wahlen wieder gewonnen werden. Die untereinander konkurrierenden politischen Eliten treffen zwar zeitlich befristet, "unabhängig von den Weisungen ihrer Wähler und allein ihrem Gewissen verantwortlich die politischen Entscheidungen für das Volk"¹⁶⁾. Organisierte Interessengruppen, eine freie Presse und die Existenz einer aktiven öffentlichen Meinung garantieren jedoch die gesellschaftliche Anbindung und Rückkopplung der Politik. Das beinhaltet durchaus auch die Möglichkeit eines umfassenden Austausches des politischen Führungspersonals, wenn die alten Entscheidungsträger nach sorgfältiger und kritischer Prüfung durch den Wähler das Etappenziel nicht erreicht haben und neue Anwärter auf die politische Macht eine bessere Politik "versprechen".

- - - - -

¹⁴⁾ Vgl. *Dieter Oberndörfer* (1975): Volksherrschaft - Zur normativen Prämisse der Demokratie, in: ders., W. Jäger (Hg.): Die neue Elite. Eine Kritik der kritischen Demokratietheorie, Freiburg, S. 11-43.

¹⁵⁾ Vgl. *Dieter Oberndörfer, Gerd Mielke, Ulrich Eith* (1994): Eine schmerzhaft Pose – die CDU im Spagat, in: Frankfurter Rundschau Nr. 65 vom 18. 3. 1994, S. 20.

¹⁶⁾ *Dieter Oberndörfer* (1975) Anm. 14, S. 16.

Die Funktionsweise des politischen Systems, seine normativen Grundlagen – insbesondere auch das Spannungsverhältnis zwischen der Freiheit des Individuums und der Solidarität gegenüber der Gemeinschaft – sowie die Arbeitsweise und die Manipulationsmöglichkeiten der elektronischen Medien stellen für die öffentliche Diskussion und die politische Bildung immer wieder aufs neue zu bearbeitende Themenfelder dar. Die Demokratie bedarf nicht nur stabiler Institutionen, sie lebt vom kritischen Engagement der Bürgerinnen und Bürger und deren sicherer Urteilsfähigkeit. Grundlegende Voraussetzung hierzu ist eine realitätsgerechte Betrachtung der Politik.

Autorinnen und Autoren

Eicher, Joachim, M.A.	Doktorand am Seminar für Wissenschaftliche Politik, Universität Freiburg
Eith, Ulrich, M.A.	Wiss. Angestellter am Seminar für Wissenschaftliche Politik, Universität Freiburg und Mitglied der "Arbeitsgruppe Wahlen Freiburg"
Haeusler, Wilma	Wiss. Hilfskraft am Seminar für Wissenschaftliche Politik, Universität Freiburg und Mitglied der "Arbeitsgruppe Wahlen Freiburg"
Pfeil, Andreas	Wiss. Hilfskraft am Seminar für Wissenschaftliche Politik, Universität Freiburg
Richter, Pavel	Wiss. Hilfskraft am Seminar für Wissenschaftliche Politik, Universität Freiburg
Rosenzweig, Beate, M.A.	Wiss. Angestellte am Seminar für Wissenschaftliche Politik, Universität Freiburg
Schmidt, Jochen, M.A.	Wiss. Mitarbeiter am Institut für Politik- und Verwaltungswissenschaften, Universität Rostock
Tressel, Rainer, Dipl.-Soz.	Stadtforscher im Amt für Statistik und Einwohnerwesen der Stadt Freiburg i. Br.
Wenger, Gabriele	Wiss. Hilfskraft am Seminar für Wissenschaftliche Politik, Universität Freiburg
Wenkert, Carmen	Wiss. Hilfskraft am Seminar für Wissenschaftliche Politik, Universität Freiburg

Kartengrundlage:
Vermessungsamt
Für statistische Zwecke
bearbeitet und
herausgegeben:
Amt für Statistik
u. Einwohnerwesen

Grenzen der
Stadtbezirke

